

Norman

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 1. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Bekanntmachungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Das Geständnis des Russentums.

Seit zwei Jahren mehren sich die Anzeichen, daß preussische Behörden die russische Regierung in ihren Bestrebungen bedienen, die russische Freiheitsbewegung zu unterdrücken. Der Fall der Frau Angel, die unschuldig fast ein Jahr lang in russischen Gefängnissen gehalten wurde, gab den ersten Anlaß zum Einschreiten der Sozialdemokratie; im März vorigen Jahres wurde dann im Reichstage über die Auslieferung des Studenten Kalajew und die Polizeiveruntreuung der deutschen Universitäten Klage geführt. Der Vertreter der Regierung suchte diese Klagen abzuwehren, indem er die Vorkommnisse als möglichst harmlos darstellte; mit Enttäufung wies er den Vorwurf ab, daß Liebesdienste für Rußland besorgt werden. Aber seitdem und offenbar in demselben Maße, in dem in Rußland die Furcht vor der wachsenden Volksbewegung stetig häuften und verschärfen sich die Thatsachen der preussischen Bedientenhaftigkeit. Sie erreichten ihren Gipfel in dem unsäglichen Strafverfahren gegen preussische Staatsbürger in Königsberg wegen Hochverrat gegen Rußland und Beleidigung des Zaren. Als die Sozialdemokratie diese ungeheuerlichen Dinge vor den Reichstag brachte, versuchte zunächst wiederum der Staatssekretär v. Nitschhofen Ablenkung und Ablenkung, verschränkte aber zugleich zu heftigen Bedrohungen der in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht nur ausgewiesen werden sollen, wenn sie sich „lästig machen“, die sich auch gefallen lassen müssen, an diejenige Grenze gebracht zu werden, die der Regierung beliebt.

Da die Mehrheit des Reichstages die Haltung des Herrn v. Nitschhofen verworfen und nun die preussischen Minister — zunächst im Versteck des Abgeordnetenhauses — Polizei und Justiz zu rechtfertigen versuchten, trieb die Angelegenheit zur endlichen gründlichen Auseinandersetzung und Klärung. Die Frage war gestellt: Sind die Thatsachen des Russendienstes zusammenhanglose Einzelunternehmungen untergeordneter Behörden und wird die Reichsregierung zur Umkehr rufen? Oder beruht die Ausländerhede auf einem von oben gebilligten und geleiteten System? Ist die neue Heilige Allianz nicht nur Vermutung, sondern Wirklichkeit?

Die Klärung ist erfolgt. Schon durch die Geständnisse des preussischen Justizministers am Sonnabend und in vollem Umfange am Montag durch den Reichskanzler selbst. Da die beste Politik bleibt, festzustellen was ist, so hat die Sozialdemokratie beste Politik geleistet, sie hat durch alle Versuche der Vertuschung und Verstreitung hindurch die Wirklichkeit des systematischen und aus politischen Gründen erfolgenden Russendienstes der preussischen und der Reichsbehörden festgestellt. Die Kulturwelt weiß, woran sie ist.

Zu einer sehr langen, bewegten Sitzung des Reichstages wurde diese Klärung erreicht. Graf Bülow hatte jüngst scherzend sich zum russischen Atavismus bekannt, er erschien im Reichstage, um in brutaler Thatsächlichkeit den Rückfall in die sibirische Barbarei als höchstes Prinzip der modernsten deutschen Reichspolitik zu verkünden.

Zunächst kamen die Redner aus dem Hause zum Wort. Daß Herr Norman für die Konservativen und Herr Kardorff für die Reichspartei uneingeschränktes Russentum reden würden, war selbstverständlich. Ihm schloß sich Herr Dr. Sattler an, der nicht unbefähigt wäre, die Rolle des Ministers v. Hammerstein zu führen, der alle unbedeutenden Thatsachen nicht sieht, der jede Regierungsmaßnahme bewundert. Kritische Stellung zur preussischen Russenpolitik nahmen die anderen Parteien ein: die Abgeordneten Müller, Kleinigen und Schrader schlossen sich, wenn auch unter mancherlei Einschränkungen, in vieler Hinsicht der sozialdemokratischen Anklage an, und Herr Spahn wiederholte im wesentlichen seine schon am 19. Januar ausgesprochene Auffassung. Herr Dr. Spahn verhielt sich zwar in der Form äußerst entgegenkommend und mild zur Oppositionsregierung, sprach er doch von seiner Uebereinstimmung mit den Ministern, aber in der Sache bestand er doch auf einer Behandlung der Ausländer, die der von der Regierung vertretenen Anschauung entgegengefeht ist. Er forderte, daß der Ausländer nur dann ausgewiesen werden solle, wenn er sich gegen unsere Gesetze vergeht, nicht aber sollen fremde Gesetzgebungen maßgebend sein. Er forderte sorgfältige Bewachung fremder Polizei-Agenten. Er lehnte die Ausweisung an eine bestimmte Grenze ab und verlangte die Knechtung des reaktionären russisch-preussischen Auslieferungsvertrages.

Zwischen diesen Reden ergänzten und vermehrten die Ministerdiplomaten Hammerstein und Schönstedt ihre Abgeordnetenhaus-Anbeholdenheiten. Auch im späteren Verlauf der Debatte — um dies sogleich abzuheben — erfreuten sie noch wiederholt den Reichstag mit geistigen Leistungen, wie sie im Dreiklassen-Parlament geübt werden. Man mag zugestehen, daß sich mit Menschenmaterial von der Hammerstein-Art keine andre Politik treiben läßt als jene der starken Nerven, die Herr v. Kroscher näher bezeichnet hat. Mit Herrn v. Hammerstein und nicht minder mit Herrn Schönstedt zu diskutieren ist keine erfreuliche Aufgabe, sie hören nicht und verstehen nicht, was der Gegner sagt, sie wiederholen das längst Widerlegte und nennen sich dann Sieger des Schlachtfeldes.

Gewisse Vebel hatte zunächst die unanbathbare Aufgabe, die Verteidigung der Thatsachen, welche die Minister am Sonnabend angegriffen hatten, wieder zu lösen. Er ging das ganze Material nochmals gründlich durch, pedantisch die Thatsachen, fügte mancherlei wichtige Ergänzungen hinzu und behandelte den politischen Sinn der Auseinandersetzung. Zum Königsberger Prozeß wies er die große Wahrscheinlichkeit nach, daß Spigel ihre Hand im Spiel hatten. Er zeigte die Sonderbarkeit der ministeriellen Zumutung, daß die

Sozialdemokratie die Spigelüberführung für die Behörden leisten solle, während die Behörden die von uns deutlichaft gewiesenen Spuren der Spigelschäfte lässlich Sinnes unversorgt lassen. Er verwahrte eindringlich die russischen Studenten gegen die Vorwürfe, die Herr v. Hammerstein wegen ihrer Protesterklärung erhoben hatte, die eine notwendige Folge der Beleidigungen seitens v. Nitschhofen war und die das lobenswerte Ehrgefühl der russischen Jugend beweist, die auf die Gefährdung der Ausweisung hin tapfer handelt. In wichtigen Schlägen geißelte Vebel die konservativen Parteien und die Regierungen, die durch Russendienst die preussische Reaktion zu stützen beabsichtigen. Krampfhaft unwahre Nachversuche der Rechten bewiesen nur, wie sehr die Schläge trafen.

Während Vebels Rede war der Reichskanzler erschienen. Er hatte empfunden, daß die Minister rednerischer Weisheit bedürften, und kein Zweifel, daß ihm an höherer Stelle nahegelegt war, die Russenpolitik vor dem Reichstage zu retten. Graf Bülow hat zur Rechtfertigung des Russentums nicht ein Wort neues gebracht, das Neue und allerdings Entscheidende seiner Rede beruhte in der Bestimmtheit und Schärfe des Russen-geständnisses.

Zur Begründung des Russendienstes wiederholte Graf Bülow nur, was schon immer alle Reaktionsregierungen und alle Ministerreden erfüllte, es handle sich um die internationale Abwehr des Anarchismus. Der Reichskanzler zählte alle Attentate auf, die in neuerer Zeit geschehen sind, und fügte hinzu, daß in den letzten fünf Jahren überhaupt „nur drei“, „notorische Anarchisten“ über die russische Grenze ausgewiesen seien. Gerade die Attentate der Vergangenheit beweisen aber die völlige Unmöglichkeit, durch Polizeispionage solche Ereignisse zu hindern. Am wenigsten ist die Russenbeispiegelung und die preussische Ausweisungspolitik dazu geeignet, da der Verzeiwelste, der unter Aufopferung seines Lebens zur Gewaltthat schreitet, seinen Entschluß durchaus individuell faßt. Und so weit Russen sich in Deutschland aufhielten, die dann in ihrer Heimat zum Terror griffen, hat die Polizeikunst verlagert, während sie Bedeutendes leistete in der Chikanierung und Verjagung von Unschuldigen.

Jedenfalls aber ist durch den Reichskanzler nun festgestellt, daß thatsächlich in drei Fällen Rußen über die russische Grenze „ausgewiesen“ worden sind. Es sollen „notorische Anarchisten“ gewesen sein. Woher weiß dies der Reichskanzler? Hätten sie in Deutschland irgend etwas Straßbares begangen, so wären sie dem deutschen Gesetz verfallen gewesen; der Fall lag mithin nicht vor. Sie hätten also wohl „anarchistische Gesinnungen“. Wenn es wirklich erwiesen wäre, daß die Ausgewiesenen dem Terror huldigten, so ist dies angesichts der namenlos fürchterlichen Zustände in Rußland, angesichts des russischen Terrorismus von oben keineswegs Grund, sie zu verwehren und an Rußland auszuliefern in der Art der Ausweisung. Aber sind denn auch nur die „terroristischen Gesinnungen“ festgestellt? Wahrscheinlich zählt zu den drei Ausgewiesenen, von denen Graf Bülow sprach, auch jener Kalajew, der im Herbst 1902 an die russische Grenze geschleppt wurde und der angeblich anarchistische Litteratur bei sich geführt haben soll. Es ist aber schon früher mitgeteilt worden, daß Kalajew, nachdem er einige Monate in russischen Gefängnissen geschmachtet hat, selbst von der russischen Behörde als harmloser Mensch erkannt und freigelassen worden ist!

Zur schmachvollen Auslieferungsthat fügte Graf Bülow das schmachvollere Prinzip des systematischen Russendienstes. Da ihm irrtümlich Bismarck als Vorbild tapferer Politik gegenüber Rußland vorgehalten wurde, berief er sich gerade auf Bismarck und, um diese Verurteilung zu begründen, enthielt er aus den Akten des Auswärtigen Amtes Mitteilungen, die den preussischen Russendienst vollständiger und erschreckender offenbaren, als er selbst von uns vermutet werden konnte. Indem sich Graf Bülow die Geheimnisse des Fürsten Bismarck aus den achtziger Jahren atavistisch aneignete, bestätigte er die lange bestrittene Ansicht der Sozialdemokratie, die wir erhoben haben. Die Bismarck, so betriebe Graf Bülow aus politischen Gründen das Entgegenkommen an den Zarismus; Gefälligkeiten sollen erwiesen, nach besonderen Wünschen soll in Petersburg geforscht werden, um das Vertrauen des Zaren zu gewinnen. Nur der eine Zug ist neu im Russenprogramm der Bülow-Staatskunst: Bismarck diente Rußland aus Gründen der auswärtigen Politik, Bülow aber zugleich und in besonderer Maße, um in Rußland eine Rückversicherung für den Bestand der preussischen Reaktion zu sichern. Graf Bülow hat unterhöhlet die Solidarität der osteuropäischen Antikultur proklamiert!

Graf Bülow hat dann sofort Zeugnis abgelegt, wie die russische Solidarität den deutschen Charakter hebt. Er hat in dem milden Protest der russischen Studenten, den Herr v. Hammerstein kurz zuvor als die That unreifer junger Leute beiseite schieben wollte, plötzlich gefährliche Auflehnung erkannt und er leistete das Heldentum, den Studenten die Ausweisung anzudrohen. Er verdollständigte die erhebende That des modernen Staatsmannes, indem er den Tod anstimmte, durch den Kälwardt reduzierter Triumph zu ernten pflegt.

Unsere Parteigenossen Gasse und Vebel haben die nun zugedehnte Russenpolitik gebrandmarkt. Aus ihrer Empörung stammte die Scham, das Heimland der revolutionären Dichtung und der weltumwandelnden Philosophie wiederum einer Politik der reaktionären Schmach preisgegeben zu sehen, wie es sie nur in den Zeiten der tiefsten Erniedrigung erdulden mußte.

Vebel schloß seine letzte Rede mit der Ueberzeugung, der sozialdemokratische Angriff werde demnach den Erfolg haben, daß die Regierung in der Uebung des russischen Liebesdienstes Zurückhaltung üben müsse. Wir wünschen, daß der Protest der europäischen Öffentlichkeit diese Ueberzeugung bestätigt — gegen den Willen der Russenregierung, die Preußen und Deutschland beherrscht!

Vorpostengefechte auf Korea.

Der Russischen Telegraphen-Agentur wird aus Peking vom Sonntag gemeldet: Chinesen vom Pazifik berichten, daß ein russisches berittenes Avantgarde-Detachement etwa 200 Werst jenseits des Fluusses nach Korea hinein vorgeritten und mit einer japanischen Abteilung zusammengestoßen ist. Die Japaner wurden zurückgeworfen und flohen unter Zurücklassung von Pferden, die ihnen von Kosaken abgenommen wurden. General Linewitsch ließ der berittenen Abteilung ein Infanteriecorps auf dem Fuße folgen, um sich in Nord-Korea festzusetzen.

Von amtlicher japanischer Seite wird mitgeteilt, daß am Sonntagmorgen um 9 Uhr eine Kosakenabteilung bis auf 700 Meter an Pinghang heranritt, sich aber vor japanischem Infanteriecorps zurückzog. Dem „Daily Express“ wird dazu aus Tschemulpo telegraphiert: Eine Schwadron Kosaken traf aus der Richtung von Njuu kommend auf der Straße nach Seoul auf eine Abteilung japanischer Infanterie, der die Nähe des Feindes durch Vorpostengefechte bekannt war. Die Japaner eröffneten ein Gewehrfeuer auf die avancierende russische Kavallerie-Abteilung, worauf diese alsbald Recht machte.

Die japanische Invasionsarmee auf Korea.

Port Arthur, 20. Februar. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Ungeachtet des Sturmes in der vorigen Nacht wurden, Gerüchten zufolge, am Horizont die Lichter japanischer Aufklärungsschiffe bemerkt. — „Courrier de Tientsin“ meldet, trotz der Maßnahmen der Japaner, ihre Verluste zu verheimlichen, sei doch zuverlässig bekannt, daß das Panzerschiff „Jashima“ und die Kreuzer „Tama“ und „Tosima“ beschädigt wurden und nach Nagasaki bugsiert werden müßten. Ferner meldet das Blatt, daß 60 000 Japaner in Gensan zusammengezogen seien, welche beabsichtigen, in die Mandchurie einzubringen. Der Anmarsch der chinesischen Truppen zur Grenze sei angeblich auf den 5. März verschoben worden.

„Times“ beziffern die bis jetzt bei Tschemulpo gelandeten japanischen Truppen auf 20 000 Mann. Darin seien enthalten: die zwölfte Division und ein Teil der zweiten. Die Garde fehle noch. Die Artillerie bestehe bisher aus sechs Batterien der zwölften Division und zwar Gebirgsgeschützen, die von je fünf Ponies gezogen werden. Zur Ausrüstung des Marsches, und zwar um etwa fünf Tage, würden auch bei Haiju (nordwestlich von Tschemulpo) Truppen gelandet, wenn auch in geringerer Zahl, um von dort nordwärts auf Wonsju vorzugehen. Man könne annehmen, daß bereits achttausend Japaner mit einigen Geschützen zwischen Seoul und Pinghang ständen, wo eine japanische Vorhut von 150 Mann schon angelangt sei. Der russische Vormarsch lasse sich bequem am Telegraphen ablesen, insofern sich die Telegraphenverbindung von Seoul nach Norden immer um so viel verlänge, wie die Russen vorgerückt seien. Schon am 21. stand ein russischer vorgeschobener Posten in einer unmaßhlichen Stärke von 40 Mann 20 Meilen nördlich von Pinghang bei Sunan. Koreanische Berichte geben die Anzahl der russischen Truppen, die bis zum 21. die Grenze überschritten hatten, auf 3000 an, von denen 1000 bei Wiju, 1000 bei Kasan, der Rest über das Land verstreut stehen.

Kriegsstimmung in Oestreich.

Aus Wien wird uns vom 28. Februar geschrieben: Von irgendwelcher gemeinschaftlichen Ansicht kann in Oestreich natürlich nicht gesprochen werden, wo sich die Anschauungen nicht allein nach den Klassen, sondern auch nach den Nationalitäten sondern. Was die offiziellen Kreise betrifft, so sind sie natürlich auch in der Hofburg streng „neutral“: das heißt äußerlich von peinlichster Korrektheit beflissen und innerlich den russischen Waffen alles mögliche Schlimme wünschend. Wohl stellt man sich so, als würde man Rußland eine rasche Beendigung seines ostasiatischen Abenteuers gönnen, weil man seine Mißhilfe zur Wändigung der Wirren am Balkan braucht; aber darüber ist man sich am Ballplatz doch nicht unklar, daß Europas und damit in allererster Reihe Oestreichs Ruhe um so gewisser verbürgt ist, je mehr Rußland in Asien in Fährnisse gerät und je stärker sein Selbstbewußtsein durch Japan gedemütigt wird. Zudem würde ein Sieg Rußlands, und gar ein mißloser, nicht ohne Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse Oestreichs bleiben: indem er die Slaven zu Ansprüchen anregen würde, die das schwache Gefüge des staatlichen Verbandes weder zu befriedigen, noch auszuhalten vermöchte. Natürlich wirkt auch in Oestreich gegen diese politische Erkenntnis das, was man kurz Dynastensolidarität nennen kann — die den Mikado eben nicht inbegriff, wohl aber den Moskowiter, den man so oft Bruder genannt und mit dem man Umarmungen getauscht. Infolgedessen sind die Zeitungen, die mit dem Auswärtigen Amt nur die leichesten Beziehungen unterhalten — und das ist in Oestreich so ziemlich die ganze deutsch-liberale Presse — von einer Zurückhaltung, von einer „Objektivität“, die hart an Bestimmungslosigkeit grenzt. Der Krieg reduziert sich da auf ein strategisches Problem; daß in ihm auch ein Stück Antikultur enthalten ist, kommt diesen „Neutralen“ nicht in den Sinn.

Während sich nun die deutsche Bourgeoisie in eine mehr oder minder künstliche Zurückhaltung gedrängt sieht, nehmen die chauvinistischen Elemente der slavischen Völkerschaften leidenschaftlich Partei — für die Russen natürlich, von denen sich ihre Bedeutung für Welt und Geschichte ableitet. So hat Herr Dr. Kramarsch, der „auswärtige“ Politiker des Junggeheimnisses, in der österreichischen Delegation den „Segen Gottes“ für die russischen Waffen ersehnt und das „tückische Japan“ mit einer gelotischen Verfluchung belegt, wie sie in dem Jargon des Junggeheimnisses sonst nur denen zu teil wird, die sich herausnehmen, seinen Parteibedürfnissen hindernd im Wege zu stehen. Was toller treibt es die Prager Presse und die von ihr kommandierte Stadtversammlung, die letztlich einen Wittgottesdienst arrangierte, der sich dann in Straßenmanifestationen fortsetzte, die, wie stadtbekannt, damit endeten, daß deutsche Studenten

Legendwo geprügelte wurden. Weniger komödiantenhaft, aber dennoch offenkundig für das russische „Brudervolk“ ist die Stimmung bei den andren Nationalitäten — mit Ausnahme natürlich der Polen, die zwar in ihren bürgerlichen Schichten mit dem Jaren schon längst Frieden gemacht haben, zu Jubelstürmen aber dennoch nicht die Courage finden. So bietet das Bürgertum in Oesterreich — allerdings als einheitliche Klasse nur in der Obstruktion anzutreffen — ein buntes Bild aller Stimmungen. Die fanatischsten Freunde des Jarenismus sind zum Beispiel die Wiener Christlich-Sozialen: sie sind von der Kulturmission Rußlands in Rischinew überzeugt und von russischen Siegen erhoffen sie ein großes Judenschlachten in ganz Europa. Dazu gefellen sich die unermüdlichen Russenfeinde, die uns „Väterchen“ und sein Amtenregiment plötzlich als Massengemeinschaft aufzufassen möchten, und von der „gelben Gefahr“ deklamieren, die uns, soweit sie ernstlich besteht, niemand anders befehrt hat als der europäische Kapitalismus. In den unbefriedigten Schichten des Bürgerturns überwiegt natürlich die Sympathie für die couragierten, entschlossenen Japaner — und sie leidet richtig, denn die Vorsehung des gelben Insektvolkes ist ein Ausdruck von Leben, wie das Ungemach und das Ungeheiß der Russen nicht minder eine Folge der Erstarrung ist.

Ueber die Anschauung der Socialdemokratie konnte natürlich nie ein Zweifel obwalten: sie weiß, was auf dem Spiele steht und was der Krieg für ihr Gesamtinteresse bedeutet. Der Haß gegen den Jarenismus reicht, wie eine gestern in Prag, dem österreichischen Moskau, abgehaltene Versammlung bezeugt, weit hinein in die Intelligenz; was modern denkt, eint sich in dem glühenden Verlangen, daß der Krieg dem eingeklemmten Jarenismus den Garaus machen möge. Mit gewohnter Tapferkeit führen sich die ezechischen Socialdemokraten auf, die bei ihrer Beurteilung der russischen Despotie die ganze Wut der heimischen Moskowiter zu bekämpfen haben. Wenn es schon ein Verdienst ist, daß man in Frankreich die „Vöckerung“ des Bündnisses anzustreben übernimmt, so ist es ein noch weit größeres, innerhalb eines der Russenmacht so unterthänigen Volkstammes, wie es die Ezechen seit jeher waren, die volle Wahrheit zu sagen: die über den Krieg und nicht minder über das russische Regierungssystem selbst.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Februar.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause hat am Montag zunächst den Gesetzentwurf betr. die Bewilligung weiterer Etatmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten an die Budgetkommission verwiesen. In der kurzen Debatte, die voranging, erklärten Redner aller Parteien ihr Einverständnis mit der Vorlage. Der bekannte nationalliberale Grubendörner Abg. Priebe glaubte noch ein übriges thun zu müssen, indem er den Entwurf als ein Heilmittel gegen die Socialdemokratie anpries. Seine Rede hat weder den Vorzug aktuell, noch den wahr zu sein; aktuell deshalb nicht, weil das Herrenhausmitglied Graf Hohenhausen vor zwei Jahren das Gleiche in viel schönerer Form gesagt hat, und wahr deshalb nicht, weil seit der ersten Bewilligung von Staatsmitteln für Beamtenwohnungen im Jahre 1895 die Socialdemokratie nicht zurückgegangen, sondern bedeutend fortgeschritten ist.

Hierauf begann das Haus die zweite Beratung des Etats der P a u e r w a l t u n g. Die Debatte drehte sich lediglich um die Verhältnisse auf dem Dortmund-Ems-Kanal sowie um die Frage der Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen. Während die Konservativen und das Centrum für die Erhebung von Gebühren eintraten, stellte sich die Linke auf den Standpunkt, daß eine solche Maßnahme dem Artikel 54 der Reichsverfassung widerspreche. Der Minister Budde begnügte sich mit der Erklärung, daß er auf demselben Boden steht wie der Reichskanzler, der sich bekanntlich erst vor wenigen Monaten im Reichstage über diese Frage im Sinne der Linken geäußert hat. Am Dienstag fällt die Sitzung mit Rücksicht auf die Budgetkommission aus. Die Weiterberatung des Etats findet am Mittwoch statt, und zwar steht zunächst der konservative Antrag auf Regelung des Submissionswesens zur Debatte.

Gefälschte Citate.

Bisher hatten auch wir angenommen, daß die terroristischen Citate, die Herr Schönsiedt in preussischen Abgeordnetenhause vorgebracht hatte, wenigstens richtig seien. Da es uns bekannt war, daß die angeführten Schriften von Eingängern stammen, die keiner politischen Organisation Rußlands angehören, so wären solche Nachbildungen des deutschen bürgerlichen Revolutionismus an sich nicht undenkbar gewesen. Nun ist aber nicht einmal dieser Strohhalm der ministeriellen Anklage echt. Die „Leipziger Volkszeitung“ führt heute den Nachweis, daß die Citate durchweg gefälscht sind, natürlich nicht von ihm, sondern von dem schuldigen Agenten, der die Uebersetzung bewirkt hat.

Die Schriften, aus denen der Minister citiert hat, sind „Die Wiedergeburt des Revolutionismus in Rußland“ von L. Radeckichin. Auf Grund dieses Programms wollte der Verfasser eine neue Gruppe bilden, die aber niemals aus mehr Personen als aus ihm selbst bestanden hat. Die andren Schauerzitate finden sich in der Londoner Zeitschrift „Korodowoloz“, von der 1897 vier Nummern erschienen sind, die dann unter dem Titel: „Wieder mit dem Jaren“ gesondert herausgegeben worden sind. Auch hier steht nichts hinter dem Verfasser wie er selbst.

Nachstehend die Fälschungen, wie sie unser Leipziger Parteiorgan darstellt:

Fälschung Nr. 1. Der Minister brachte aus der Broschüre Radeckichins das folgende Citat vor:

„Wenn auch die Gegner des Terrorismus es für nötig halten, gegen ihn (den Terrorismus) anzukämpfen, so dürfen wir doch keine Stunde und keinen Tag in diesem Kampfe nachlassen, der zum Ergebnis der gegenwärtigen politischen Ordnung und Gründung einer neuen führt.“

In der Broschüre heißt aber die betreffende Stelle:

„Wenn auch die Gegner des Terrorismus es für nötig halten, gegen ihn anzukämpfen, so werden sie selber doch als argumentum heroicum (Argument unserer Entschlossenheit) die Notwendigkeit einer verstärkten politischen Agitation in den Massen anerkennen, und die bestehende politische Propaganda, die weder Tag noch Stunde weilt, wann ihre Ideale erfüllt werden, wird abgelöst werden durch die unaußerliche Agitation, die zum Begründung der bestehenden politischen Ordnung und zur Bildung einer neuen ruft.“ (Seite 81.)

Der Autor spricht von der politischen Agitation, nicht vom Terror.

Fälschung Nr. 2. Der Minister citiert aus derselben Broschüre Radeckichins:

„Nikolaus II. nicht durch die Angel führt, sondern auf dem Schafott. Ob er nun auf dem schmutzigen Lastwagen dahingeschleppt wird, oder ob er auf der Straße baumelt, oder ob er endet wie Ludwig XVI., das ist Sache der Zukunft.“

In dem Original heißt es aber:

„Auf einer Versammlung sagte Plechanow, in jedem von uns Socialdemokraten steckt und muß ein Stück Terrorismus a la Robespierre stecken, und fügte hinzu: Ich bin selber Terrorist in der Seele, ich ziehe es aber vor, daß Nikolaus nicht von der Angel führt, sondern auf dem Kasanschen Platz auf dem Schafott.“

Diese angebliche Aeußerung apostrophiert der Verfasser der Broschüre:

„Welchen Reichtum von Robespierres haben wir!“ und fügt dann hinzu: „In Wahrheit gelagt, wir ziehen gar nichts vor, wir denken an den Tod Nikolaus überhaupt nicht. Als Louis Philipp im Jahre 1848 aus Paris in einer Mietkutsche flüchten mußte, da lag kein einziger Stein nach ihm. Das Volk war so gutmütig, daß eine Prinzessin das Geschick als eine angenehme Abwechslung in dem Hofleben bezeichnete. Ob Nikolaus II. in einer Mietkutsche vom Kasanschen oder Semenovschen Platz abfährt, ob er in einem Wagen unter schmutziger Wäsche versteckt weggeführt wird wie ein andrer Häuptling der Reaction während der Revolution, oder ob er in Frankreich wie ein andrer Magister der Unterjochungskunst flieht, das alles interessiert und wenig: die Geschichte selbst wird das Schicksal bestimmen. Ob das Schafott Ludwigs des Sechzehnten oder der Frauenvon Guizot — das ist die Sache der Zukunft, und nicht wir haben mit operettenblutigen Strömen herumzusprechen.“

Fälschung Nr. 3. Der Minister citiert aus der Broschüre Radeckichins:

„Weder ein Jaun von Bajonetten noch die Ruten der Gendarmen, noch das Geheul der Unterthanen, noch die Autorität des Jaren werden auf die dunkle Masse des Volkes wirken. Nichts kann sie bewahren vor der blutigen Vergeltung, welche der Terror an Alexander genommen hat. (Hört! hört!)“

In der Broschüre heißt es aber:

„Der Thron des russischen Selbstherrschers wird bei einer starken Gärung in den Massen vor dem revolutionären Rußland in seiner Nacktheit erscheinen; dieser Thron ist kein mit Gold geschmückter Granit, er ist ein vergoldeter Klotz, der von Holzwürmern zerfressen ist. Es sind keine gigantischen Anstrengungen nötig, um ihn von der Stelle zu bringen — er zerfällt in Scherben bei dem ersten Anprall der Massen. Weder ein Jaun von Bajonetten, noch die Polizeispießelchen, noch die Geldbeutel der Großkapitalisten, noch das unterthänige Geheul des Adels, noch die Autorität des Jaren in den dunklen Massen — nichts rettet den absolutistischen Thron.“ (Seite 82.)

Keine einzige Zeile spricht vom Jarenmord oder fordert dazu auf. Im Gegenteil, wie wir gesehen haben, ist der Autor ein Gegner solcher „operettenhaften Blutströme“.

Fälschung Nr. 4. Gehen wir zu der Broschüre des andren Verfassers über, aus der der Minister folgendes Citat vorzubringen weiß: „Der Gedanke der Vernichtung des Jaren ist natürlich richtig.“

Woher dieser Satz?

Der Verfasser citiert in seiner Broschüre eine Stelle aus einer revolutionären Zeitschrift, in der es heißt, daß die russische revolutionäre Bewegung sich wohl mit der Rolle einer Hebamme nicht werde begnügen können, da vielleicht eine schwere Geburt bevorsteht, bei der es notwendig sein werde, den Kaiserschnitt vorzunehmen. Zu dieser Phrase bemerkt der Autor: „Der Gedanke von dem Kaiserschnitt ist natürlich richtig. Ein Polizeigeheul hat bei dem medizinischen Termin „Kaiserschnitt“ flugs an das Abschneiden des Kaiserkopfs gedacht, und so entstand die schauerlich-blutige Phrase: „Der Gedanke der Vernichtung des Jaren ist natürlich richtig.“

Und mit solchem Blödsinn erscheint ein Minister vor der Öffentlichkeit, und solchem Blödsinn laßt die „gebildete Presse“ Weisfall, bemerkt der Gewährsmann der „L. V.“ dazu.

Die nach dem obigen Satz folgende Fortsetzung: „Schüsse sind erforderlich, sonst fängt die Gesellschaft von neuem an zu zaudern. Her mit dem alten Terrorismus des Blutes und der Rache“, ist in der Broschüre aus einem Keinen Schriftchen citiert, das einen vollständig Unbekannten zum Verfasser hat. Burzew, der Autor, betont es ausdrücklich, daß das Citat nicht seine Ansichten wiedergebe, daß zwischen seinen Anschauungen und denen des unbekanntem Autors „ein großer Unterschied“ besteht (Seite 21) und an einer andren Stelle sagt Burzew ausdrücklich: „Wer unsere Schriften gelesen hat, der weiß auch, wie fern wir dem reinen Terrorismus stehen (Seite 12).“

Fälschung Nr. 5. Der Minister citiert aus einem Artikel Burzew's:

„Das hat der Volkswille vorzüglich verstanden und das bildet sein Hauptverdienst in der Geschichte, die Bestimmung des Volkstreckungssystems, das dahin geht, den Jaren hinzurichten. Ohne Kampf mit dem Jaren kann es in Rußland keinen ernstlichen politischen Kampf geben. Der Kampf muß gipfeln im Jarenmord, und, wenn nötig, in einer ganzen Reihe von Jarenmorden und einem systematischen politischen Terror. Das muß unser Programm des Minimums sein.“

Das Citat ist von Anfang bis zu Ende zusammengefaßt.

In dem Artikel heißt es:

„Alexander III. regierte 14 Jahre und Nikolaus II. schon das sechste Jahr, und das in einer Zeit, wo die Reaction augenscheinlich den stärksten Widerstand seitens der Revolutionäre hervorgerufen und ihr ganzes Kampfprogramm zu einem Postulat reduzierten mußte: dem Jarenmord, und wenn das nötig erschiene, zu einer ganzen Reihe von Jarenmorden und einem systematischen politischen Terror.“

Der Autor spricht hier seine Verwunderung aus, daß die Greuel während der Regierungszeit Alexanders III. und des jetzigen Kaisers nicht schon zu den krassensten Formen des Kampfes geführt haben, wo doch diese Greuel so schrecklich gewesen sind. Der Autor will die Schreckensherrschaft des Absolutismus unterstreichen, bei dem Minister erscheint das Citat als ein Aufruf zum Jarenmord. Der erste Satz des Citats: „Das muß unser Programm des Minimums sein“ (nämlich der Jarenmord und die Hinrichtung des Jaren) ist aus einem ganz andren Artikel herausgerissen und steht dort im folgenden Zusammenhang: „Als unsere erste Aufgabe erscheint die Vernichtung des Jarenismus (also des absolutistischen Systems). Der Minister legt aber statt „Jarenismus“ „Jar“, und wir haben die blutigste Aufforderung zum Jarenmord.“

Fälschung Nr. 6. Der Minister citiert:

„Der Hinblick auf den früheren systematischen Terror muß uns beleben, die Attentate im Winterpalast, die Explosionen, die Jarenmorde. Auf zum directen Angriff mit bewaffneter Hand wider den Jaren Nikolaus II. Nehmt Revolver und Bomben in die Hand und nehmt so den Kampf gegen das jetzige reaktionäre System auf; man muß sie zum Jittern bringen. Tod Nikolaus II., Tod allen Reactionären, es lebe die Volkstheokratie.“

Dieses Citat ist von Anfang bis zu Ende erdichtet; es findet sich nirgends.

Damit sind die Akten des Herrn Schönsiedt auch in ihrer letzten Bestie gefehlt. Man hat sich nicht damit begnügt, unsocialdemokratische Schriften Socialdemokraten zuzuschicken, und man hat auch obendrein die Citate noch gefälscht, um die öffentliche Meinung besser terrorisieren zu können. Welcher Uebersetzer hat denn dieses Meisterwerk geleistet? Fast gewinnt man den Eindruck, daß diese Fälschung der von Anfang an beabsichtigte Endzweck des ganzen von russischen Agenten inscenirten Nummels war.

Freilich es kommt für die Beurteilung preussischer Politik gar nicht mehr darauf an, ob terroristische Schriften geschmuggelt, ob Citate gefälscht worden sind. Nach der Rede des Reichskanzlers, die mehr zugegeben hat, als die kleinste socialdemokratische Phantasie zu behaupten gewagt hätte, steht ja fest: Das Geschwäg von Terrorismus, Anarchismus, Jarenmord ist nur Vorwand. Worauf es der preussischen Regierung ankommt, ist, zu verhindern, daß der Absolutismus irgend welche Schwächung erfährt. Gegenüber der kulturellen Solidarität Westeuropas hat der Kanzler die Interessengemeinschaft Osteuropas proklamirt und mit dem Stolz den Ruhm aufs neue zu verdienen erstrebt, daß Preußen als das Land der Weiskalmücken zu gelten habe, die Väterchens Thron noch schützen, wenn selbst die Ostkalmücken bereits aufgelöst zu werden beginnen. So sind allerdings alle anständigen Elemente Westeuropas als Anarchisten anzusehen. Gegenüber diesem Zustandnis des höchsten deutschen Beamten schrumpfen alle socialdemokratischen Anklagen in nichts zusammen. Preußen hat sich selbst sein Jena gefügt: —

Deutsches Reich.

Bälows Schminckünste. Als Graf Bülow am Montag fünf Minuten vor fünf Uhr seine Rede gegen Bebel begann, leitete er sie mit dem ergreifenden Geständnis ein: Vor zwei Stunden habe er telephonisch erfahren, daß Bebel eine donnernde Rede halten wolle, da habe er sich von seinem Krankenlager erhoben — um wie ein Held, der selbst den Tod nicht scheut, unvorbereitet, wie er sich hatte, mit seinem Leibe den Thron Väterchens zu schützen.

Als wir diese melodramatische Einleitung hörten, wurde es uns schwer die Thänen der Nührung zurückzuhalten. Wenn das keine heilige Sache war, wenn das den Jaren nicht aufs tiefste von seiner Freundschaft überzeugte! Graf Bülow eilt, ohne seine Gesundheit zu schonen, in der Eingebung des Augenblickes auf die Wahlstatt, im Nachhemde gleichsam, mit ungefülltem Munde und ohne vollendete Frisur! Mehr kann doch der Jar wahrhaftig nicht von uns verlangen! ...

Nun, wenn Graf Bülow wieder solche Inszenierungskünste aufwendet, so muß er sich nicht damit begnügen, den ungefüllten Mund als einzigen Beweis seiner Behauptung aufzuzeigen. Er muß sich vor allem hüten, seine Offizien vorzubereiten oder wenigstens ihnen Schweigen auferlegen. Das unterließ er, und so begab sich das Wunder: Um drei Uhr kam dem Grafen Bülow plötzlich der Gedanke, vom Krankenlager aufzustehen, beim Beginn des Reichstags aber — um 1 1/4 Uhr — war das große Ereignis bereits auf der ganzen Journalistentribüne bekannt!

Theaterkünste sind schön, nur muß man dafür sorgen, daß durch Unvorsichtigkeit die beabsichtigte Illusion nicht zerstört wird. Der Freiherr v. Hammerstein, der seine Kapazität durch Citieren erheben wollte, äußerte am Montag, in vorsichtiger Ablehnung des geschichtlichen Urteils, es sei genug, wenn der Kanzler mit seiner Politik den Besten seiner Zeit genug gethan habe. Das Citat trifft infolgedessen, als der „Geschichtsschreiber“ Schiller — der Dichter schrieb Geschichte im revolutionären Sinne — mit jenem Worte an — komödianten gedacht hat. Aber es paßt deshalb nicht, weil Schiller nur hervorragend gute Schauspieler im Sinne hatte! —

Vom Strafvolkung gegen Duellmörder. Der Domänenpächter Falkenhagen, der vor zwei Jahren den Landrat von Vennigsen im Duell getödtet hat und zur Zeit seine Strafe auf der Festung Weiskalmünde verbüßt, stand vor dem Schöffengericht wegen Verleumdung seiner Nachmannschaft. Er wurde zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Falkenhagen weigerte sich im September vorigen Jahres nach einer von den Festungsgefangenen veranstalteten Keinen Heftlichkeit im dienstlichen Auftrag bei ihm erschienenen Militärpersonen zu gehorchen, gebrauchte angeblich die Worte: „Wer hier hineinkommt, den steche ich über den Haufen“ und soll auch gesagt haben: „Von solchen Leuten (er meinte anscheinend die wachhabenden Soldaten) sei er schon einmal bestohlen worden.“

Solange Duellmörder bei ihrer Strafverbüßung solchen Saufgelage veranstalten können, ist natürlich eine Neuregelung des Strafvolkung, namentlich eine solche für politische „Verbrecher“ vollständig überflüssig! —

Die bayrische Wahlreform gescheitert!

München, 29. Februar. Kammer der Abgeordneten. Zu Artikel 14 des Landtagswahl-Gesetzentwurfs wurde der erste Abg. eines Antrages Hammerstein (lib.), wonach im ersten Wahlgang absolute Mehrheit erforderlich ist, einstimmig angenommen. Dagegen wurde der zweite Abg., der auch für den zweiten Wahlgang absolute Mehrheit gefordert wird, gegen die Stimmen der Liberalen und der freien Vereinigung abgelehnt. Statt dessen wurde ein Antrag Segig (soc.) angenommen, wonach im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit ohne Rücksicht auf ihr Verhältnis zur Gesamtzahl der Stimmen entscheidet.

Bei der Gesamtabstimmung über das Landtags-Wahlgesetz stimmten 156 Abgeordnete ab. Davon 96 mit Ja, nämlich das Centrum, die Socialdemokraten, Abg. Gebhardt (W. d. L.), Abg. Lutz (Fr. Bg.) und Kohl. Dagegen stimmten 60 Abgeordnete, nämlich die Liberalen und die freie Vereinigung außer Lutz. Das Gesetz ist somit, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit schief, gefallen.

Ein neues Gefecht mit den Hereros.

Gouverneur Leutwein meldet in einem Telegramm vom 28. Februar: Die Kolonne des Majors v. Ehorff hatte am 25. Februar ein zehnstündiges schweres Gefecht an der Wasserstelle Otijschinaka, fünfzig Kilometer östlich Omaruru, gegen zahlreiche und tapfer stehende Hereros in vorzüglicher Stellung, gegen die Artilleriewirkung unmöglich war. Abends wurde die feindliche Stellung durch Sturm der Compagnie Franke durchbrochen, worauf die Hereros sich in östlicher Richtung zurückzogen. Verluste des Feindes unbekannt. Erbeutet wurden 500 Stück Großvieh und 2000 Stück Kleinvieh. Die diesseitigen Verluste sind: Tot: Oberleutnant Otto Schulze aus Krosien.

Schwer verwundet: Oberleutnant Freiherr v. Schönau-Wehr, Schutzwunde am linken Arm. Oberleutnant Hannemann vom Seebataillon, Lieutenant v. Stülpnagel, beide durch rechten Oberarm, Gefreiter Volkrath Friedrich aus Coswig, Kreis Jerbst, Querschuß durch Unterleifer, Gefreiter Ernst Rinder aus Holzgerlingen in Schwaben, Schuß durch linke Lunge und linken Oberarm.

Leicht verwundet: Sergeant Bernhard Beder aus Gradupönen, Ostpreußen, Streifschuß an der rechten Wade, Gefreiter Bruno Sputh aus Schönefeld, Kreis Leipzig, Streifschuß am linken Unterarm, Gefreiter Reinhold Meusel aus Wald, Kreis Jittau (Königreich Sachsen), Streifschuß am Kopf. —

Kamerun in Kamerun. Im nordwestlichen Kamerun war es längst zu einer Erhebung der Großregier gekommen, der der Kolonialbeamte Graf Pückler zum Opfer gefallen war. Eine Strafexpedition ist alsbald abgegangen. Inzwischen hat die Erhebung um sich gegriffen. Auf den Niederlassungen der Gesellschaft „Nord-West-Kamerun“ sind drei Angestellte, Namens Küster, Schoof und Schmidt erschossen worden, die Faktoreien wurden geplündert und zerstört.

Es verlautet, daß auch die Station Ossidinge zerstört worden sei, doch liegen hierüber keine amtlichen Meldungen vor. Offentlich erfährt man auch etwas Näheres über die Ursachen dieser Eingeborenen-erhebung.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Prag, 20. Februar. Der Politische Arbeiterklub hielt gestern vormittag auf der Schützeninsel eine von zweitausend Personen besuchte Versammlung ab, deren Tagesordnung das Thema bildete: „Der russisch-japanische Krieg vom Standpunkte der Socialdemokratie“. Gleichzeitig fand in der russischen Kirche ein Gottesdienst statt; vor der Kirche hatten sich fast 2000 Personen angesammelt, meist nationale Arbeiter und Studenten. Nach dem Gottesdienste gelangte ein großer Teil der Menge trotz des Einschreitens der Polizei auf den Graben, johlte und sang und nahm eine drohende Haltung ein. Die auf dem Graben prominenten Couleurstudenten zogen sich auf Veranlassung der Polizei in das Café Continental und in das Deutsche Haus zurück. Die Menge zog johlend und Schmährufe ausstößend am Deutschen Hause vorbei zum Nationaltheater, als gerade die Versammlung auf der Schützeninsel beendet war. Um einen Zusammenstoß zwischen den beiden Parteien zu verhindern, drängte die Polizei die Massen in die Seitengassen. Trotz der Bemühungen der Polizei sammelte sich die Menge wiederholt. Die Kundgebungen dauerten bis 1/3 Uhr nachmittags. Fünfzehn Personen, meistens junge Leute, wurden wegen Widergesetzlichkeit verhaftet. Nach der Wiederherstellung der Ordnung begaben sich die Couleurstudenten unter dem Schutze der Polizei in ihre Wohnungen.

Frankreich.

Ostasiens-Rüstungen. Der Dampfer „Hannan“, welcher von der französischen Regierung gechartert wurde, trifft am 10. März in Toulon ein und wird 600 Tonnen Munition für Saigon an Bord nehmen, außerdem ein Bataillon Infanterie in Stärke von 500 Mann und ein Bataillon der Kolonialtruppen, im ganzen 1400 Mann. Ende März sollen 1200 Mann folgen, welche zum Schutze der französischen Kolonien in Ostasien bestimmt sind.

England.

Der englische Flotten-Etat.

London, 27. Februar. Das Marine-Amt veröffentlichte vor drei Tagen den Flotten-Etat für das Finanzjahr 1904/05. Die Gesamtausgaben werden auf 96 889 500 Pfd. Sterl. veranschlagt, gegen 34 457 500 Pfd. Sterl. im Etat 1903/04. Das Schiffbau-Programm umfaßt 4 Linien-Schiffe, einschließlich der zwei Minierschiffe, die England vor einigen Monaten von der chilenischen Regierung gekauft hat; dann 4 Panzerkreuzer, 14 Torpedobootzerstörer und 10 Unterseeboote. Die Kosten der Neubauten werden sich auf 11 664 176 Pfd. Sterl. belaufen. Das Wachstum der Flottenausgaben zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Pfd. Sterl.	Jahr	Pfd. Sterl.
1895	19 637 000	1900	28 791 000
1896	21 823 000	1901	30 875 000
1897	22 238 000	1902	31 255 000
1898	23 778 000	1903	34 457 000
1899	26 594 000	1904	36 889 500

Zur Rechtfertigung dieser wachsenden Lasten sagt das Marine-Amt: „Wir sind uns bewußt, daß die Ausgaben, um deren Bewilligung wir das Parlament ersuchen, schwer sind. Das Parlament möge indes erwägen, daß die Verantwortlichkeit, die auf dem Marine-Amt liegt, ebenfalls schwer ist, indem es die Aufgabe hat, das britische Reich mit einer Flotte zu versorgen, die im Stande wäre, einer Kombination von zwei Seemächten entgegenzutreten, dann den britischen Seeverkehr zu schützen und die britische Lebensmittelaufuhr zu sichern. Wir haben es vermieden und werden es auch für die Folge vermeiden, ungehörliche Flottenpläne zu befürworten. Da aber derartige Pläne von andern Mächten angenommen werden, so bleibt uns nichts anderes übrig, als sie bei Aufstellung unseres Flottenprogramms zu berücksichtigen.“

Der Achtstundentag für Bergleute. London, 27. Februar. Das Unterhaus beschäftigte sich gestern etwa 40 Minuten mit der zweiten Lesung der Vorlage betreffend den Achtstundentag für Bergleute. Für die Vorlage sprach der liberale Grundbesitzer Lord-Dorchester, der der Ansicht war, daß derartige Forderungen debattelos angenommen werden müßten, da sie von der öffentlichen Meinung vollständig gebilligt werden. Gegen die Vorlage sprach der Bergarbeiter-Abgeordnete J. Wilson-Durham, der „den Tag ihrer Annahme als einen der schlimmsten in der Arbeitergeschichte Englands beklagen würde“. Nach einigen Bemerkungen eines konservativen Abgeordneten wurde die Debatte vertagt und die Vorlage begraben.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben, daß dort trotz der angeblichen „Regelung“ der Produktion durch das Kohlen-Syndikat auf einer Reihe Feste Feste Feste eingeleitet werden, während auf andern Gruben in Ueberzeit gearbeitet wird. Es kommt sogar vor, daß die Verwaltung einer Gesellschaft für einen Schacht Feste Feste, für andre Ueberzeitarbeit anordnet. Für heute (Montag) sind wieder für eine ganze Reihe Schächte Feste Feste angesetzt. In voriger Woche wurde u. a. gefeiert auf vier Schächten der Gesellschaften Bergwerks-Gesellschaft, auf den Feste Feste, „Kohlen“, „Germania“, „Rasen“, „Festonia“ und „Schwarzhorn“. Die Ungriedenheit der Arbeiter über diese Zustände ist natürlich nicht gering.

Jahresabrechnung der Deutschen Bank. Der Bilanz der Deutschen Bank sieht man nicht nur in den Kreisen der hohen Finanz, sondern auch in denen der Industrie und des Handels alljährlich mit dem höchsten Interesse entgegen; denn in keinem der andern großen Bankinstitute konzentriert sich in gleichem Maße das moderne Wirtschaftsgetriebe, keine weiß deshalb auch in ihrer Abrechnung so deutlich die jeweilig im Vordergrund stehenden Entwicklungstendenzen nach. Und dazu kommt, daß trotz der Schnelligkeit, mit der die Deutsche Bank seit ihrer Gründung sich ausbreitet und ein Kapitalgebiet nach dem andern ihrem Geschäftskreis eingegliedert hat, doch ihr Verlage nichts Ueberhastetes betritt, sondern der Bau überall kräftige Verankerungen zeigt. Neben allem Wagemut macht sich in ihrer Leitung doch auch wieder eine gewisse Bedächtigkeit geltend. So hat denn auch diesmal wieder die Bank nicht, wie sie bequem gelohnt hätte, 12 Proz. Dividende verteilt, sondern es vorgezogen, die Dividende nur auf 11 Proz. wie im vorigen Jahr zu bemessen und dafür zwei Millionen Mark einer neuen Specialreserve zuzuwenden, um gegen Rückschläge aus dem russisch-japanischen Kriege besser gewappnet zu sein. Allerdings ist die Deutsche Bank auch stärker an den meisten der betroffenen Werte, speziell den russischen Papieren, beteiligt, als die andern deutschen Großbanken, doch ist immerhin die Vorsicht solcher Extra-Versicherungen in der gegenwärtigen politischen Situation anzuerkennen.

Bei all den großen Banken, die in diesem Jahre bereits ihre Bilanzstellungen veröffentlicht, hat auch bei der Deutschen Bank das Geschäft eine große Ausdehnung erfahren. Der Gesamtumsatz, der im Jahre 1897 noch nicht 40 Milliarden Mark betrug und in 1902 sich auf 56,8 Milliarden belief, hat im letzten Jahre 69,6 Milliarden Mark erreicht. Aber auch der Gewinn hat dem-

entsprechend zugenommen. Er stellt sich auf brutto 37 961 391 M. gegen 33 478 395 M. im Vorjahre, und zwar erbrachten:

	1903	1902
Bechsel und Zinsen	15 520 358	13 341 718
Sorten und Coupons	384 486	350 505
Effekten und Konfortien	6 879 065	5 836 939
Provision	10 075 978	9 187 257
Kommanditen und dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen	5 101 492	4 761 915
Zür Gehälter, Gewinn-Anieile an Vorstand und Beamte, Steuern und sonstige Handlungsunkosten wurden verausgabt	13 159 065 M. (12 382 460 M.), darunter Steuern, Abgaben usw.	1 950 160 M.
Auf Bankgebäude werden	1 036 144 M. gegen 902 954 M. im Vorjahre und auf Mobilienkonto 242 334 M. gegen 343 822 M. abgeschrieben. Der Reingewinn beträgt demnach	24 307 600 M. gegen 20 823 536 M. im Vorjahre, davon sollen 11 Proz. Dividende gleich 16 000 000 M. verteilt und 1 630 760 M. (gegen 1 312 353 M. im Vorjahre) der ordentlichen Reserve überwiesen werden. Ferner kommen 2 000 000 M. in den Kriegsereservefonds, so daß 854 259 M. (gegen 783 763 M. im Vorjahre) auf neue Rechnung vorgezogen werden. Außerdem fließen noch 116 400 M. für zurückgestattete Agiosteuer in den ordentlichen Reservefonds.

Die Bilanz zeigt folgende Hauptposten:

Artiva	1903	1902
Kasse, Sorten	95 871 745	75 704 529
Bechsel	342 785 945	333 716 944
Guthaben bei auswärtig. Banken und Bankiers	43 788 489	39 369 328
Report und Darlehen	171 092 674	169 554 915
Lombard-Vorschüsse	12 008 723	15 087 412
Effekten	55 716 401	41 245 902
Konfortial-Beteiligungen	33 058 428	32 355 392
Kommandit- und dauernde Beteiligungen	57 826 690	55 849 407
Debitoren, gedeckte ungedeckte	292 729 777	247 374 050
Vorschüsse auf Waren	59 339 213	57 527 137
Immobilien	39 080 697	31 156 347
	13 858 787	12 987 226

Passiva

Kreditoren	552 445 807	506 998 993
Depositen	236 928 574	213 477 434
Accepte (Centrale)	53 203 063	40 580 050
Accepte (Filialen)	126 605 003	104 721 455
Aktienkapital	160 000 000	160 000 000
Reserven	55 399 695	53 970 941

Die Summe der flüssigen Mittel in ihrem Verhältnis zu den Verbindlichkeiten hat sich demnach im Vergleich zur vorjährigen Bilanz etwas verschlechtert, giebt aber zu irgendwelchen Bedenken keinen Anlaß.

Siegerländer Eisenmarkt. Im Gegensatz zu andern Berichten, die kürzlich von einer merklichen Besserung des Siegerländer Eisenmarktes zu erzählen wußten, meldet die „Köln. Zeitung“, daß die Schwäche des Siegerländer Roheisenmarktes anhält. Die Aufträge in Roheisen sind fast bis auf die Hälfte der vollen Herstellungsmöglichkeit heruntergegangen, und dem entspricht die Einschränkung. Für die kleinen Hütten mit nur einem Hochofen ist dadurch die Schwierigkeit recht groß geworden, weil sie einen solchen Ausfall an Arbeit nicht durch ständigen schwächeren Betrieb wieder wett machen können, sondern gestungen sind, von Zeit zu Zeit den ganzen Betrieb eine Zeitlang still zu legen, um die Vorräte nicht um unermessliche Wägen zu lassen. Besser können schon die Hütten mit zwei Oefen sich helfen, da sie einen Ofen wenigstens noch ganz ausnützen können. Da der Hauptgrund für diese Schwierigkeiten in der Verteilung des eignen Bedarfs durch die rheinisch-westfälischen Hütten liegt, so ist vorläufig noch keine baldige Besserung in der Lage der hiesigen Hochofen-Industrie abzusehen.

Die Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius u. Co. veröffentlicht für das erste Semester ihres Geschäftsjahres, das bekanntlich seit der Sanierung vom 1. Juli bis 30. Juni läuft, eine Halbjahresbilanz, die im Vergleich zu der des Vorjahres eine nicht unbedeutende Erhöhung des Gewinnes nachweist. Der Reingewinn beträgt 831 619 M., gegen 685 471 M. in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1902. Das Zinsenkonto erbrachte 806 345 M. (654 552 M.), das Diskontokonto 383 255 M. (266 192 M.), das Provisionskonto 275 138 M. (266 805 M.), das Konto für Beteiligungen 138 272 M. (25 701 M.). Die Handlungsunkosten erforderten 435 235 Mark (381 810).

Bochumer Gußhüttenverein. Seitens des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußhüttenfabrikation haben in letzter Zeit mit hervorragenden Jellen Verhandlungen über eine Veräußerung und Betriebsübertragung der älteren Kohlenzechen der Gesellschaft stattgefunden. Um diese Verhandlungen zum Abschluß bringen zu können, beruft der Verwaltungsrat auf den 20. März eine außerordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung ein, ihm die dafür statutengemäß erforderliche Genehmigung zu erteilen. Vornehmlich handelt es sich um die Zechen „Hafenwinkel“, „Engelsburg“ und „Steinbank“. Als Respektant tritt, wie die „Bosfische Zeitung“ zu berichten weiß, der bekannte rheinische Großindustrielle Hugo Stinnes auf.

Die Kandidatur im 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreise.

In der erneuten Parteiverammlung, die am Sonntag in Seletau stattfand, erklärte Genosse Göhre seinen Rücktritt von der Kandidatur und empfahl zugleich im Einverständnis mit den sächsischen Agitationskomitees den Genossen Pinlau-Kelzig als Kandidaten. Von 35 vertretenen Ortschaften stimmten 25 für Pinlau, 6 enthielten sich der Abstimmung und 4 stimmten dagegen. Somit ist Genosse Pinlau als Kandidat des Kreises proklamiert. Die Versammlung war ungewöhnlich zahlreich besucht, es waren gegen 1000 Parteigenossen anwesend. Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Riechel-Höppner, leitete die Verhandlungen mit einer Darstellung der Vorgänge ein, die mit der Kandidatur Göhres im Zusammenhang stehen. Er sprach von den Verhandlungen, die zwischen Agitationskomitees und Parteivorstand einerseits und dem Wahlkomitee des Kreises und Göhre andererseits stattgefunden haben und fuhr dann fort:

Wir haben erwartet, daß auch wir unsern Willen noch durchsetzen konnten. Wir haben mit Fähigkeit an unserer Stellung festgehalten. Wir haben bis zum Schluß erklärt, daß wir das Mandat an Göhre abgegeben haben und keinen Schritt zurückweichen werden. Wenn Göhre heute zurücktritt, dann muß ich dies genau so beurteilen, als seine Mandatsniederlegung im 15. Kreise. Janner wurde uns nur die Mandatsniederlegung Göhres entgegengehalten. Wir haben dann gestern mit Göhre und Gerlach eine Sitzung gehabt. Wir haben gekämpft bis zum letzten Augenblick, wir haben mit Fähigkeit festgehalten an unserm Willen, aber wir haben unterliegen müssen. Es ist traurig, das zu konstatieren. Jetzt wird man bei den Gegnern aus der Situation Kapital schlagen. Wenn die Agitationskomitees dem Gegner Waffen geliefert haben, so haben sie es jetzt getan. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, wir hätten nicht den legalen Weg verfolgt bei der Aufstellung Göhres. Man hat uns ebenso den Vorwurf gemacht, daß wir die Situation nicht übersehen hätten. Wir haben am Begräbnistage Rosenows verschiedene Parteigenossen in Berlin über Göhre gefragt und die Antwort erhalten, daß Göhre noch ein guter Parteigenosse ist. Er war bei den preussischen Landtagswahlen als Wahlmann, bei den Gemeindevahlen als Kandidat aufgestellt. Nun, frage ich, haben wir zweierlei Genossen? Wenn wir so fortfahren in der Partei, so werden wir noch schlimme Dinge erleben, dann kann nicht mehr von Einigkeit die Rede sein.

Zum Schluß seiner Ausführungen teilte er noch mit, daß dem Wahlkomitee eine Reihe Zuschriften aus verschiedenen Orten Sachsen zugegangen seien, die das Verhalten der Agitationskomitees mißbilligten.

Darauf nahm Genosse Göhre das Wort. Nach dem ausführlichen Bericht der „Chemnitzer Volksstimme“ geben wir einiges aus seinen Darlegungen wieder. Nachdem er auf die Verhältnisse im Wahlkreise verwiesen und den Genossen des Kreises seinen Dank dafür ausgesprochen, daß sie ihn aufgestellt hätten, begann er, von sich zu sprechen:

Vor fünf Jahren bin ich in die Partei hineingekommen. Ich habe gearbeitet wie jeder andre. Ich habe mir schnell das Vertrauen der Genossen im 15. Kreise erworben, den wir mit glücklichem Erfolge erobert haben. Dann kam Dresden und die Angriffe auf meine Person, die ich schon in Dresden zurückzuweisen für nötig hielt.

Ich glaube, in Dresden sei alles erledigt, das war nicht der Fall. Harden fiel mir mit einigen andern in den Rücken. Was geschah? Anstatt daß uns die Parteipresse gegen die Angriffe eines Gegners beistand, gab sie unter Führung der „Leipziger Volkszeitung“ das Signal wider uns und überhäufte uns mit Schmähungen und nur die „Volksstimme“ hatte Partei für mich ergriffen.

Sollte ich so in den Reichstag hineingehen, so angegriffen, so gedrohen? Da sagte ich mir: nein, so geht es nicht und dann legte ich nieder. Man sagt, ich hätte erst mit den Genossen sprechen sollen. Wohl habe ich mich gefragt, ob ich das thun soll. Aber dann habe ich mir gesagt, wenn du das thust, so sieht das wie Komödie aus und Komödie mache ich nicht.

Die das Urteil darüber ist, das überlasse ich einem jeden. Wenn ich an mich persönlich gedacht hätte, dann hätte ich nicht niedergelegt und konnte heute im Reichstag herumgehen. Ich konnte nichts Klügeres thun, als das ich blieb. Ich habe an mich wahrhaftig nicht gedacht. Daß ich niedergelegt habe, ist als Fehler angesehen worden. Ich weiß, daß die Majorität des 20. Wahlkreises das als Fehler angesehen und das vor acht Tagen konstatiert hat. Und trotzdem haben Sie sich nicht abhalten lassen, mich aufzustellen, und mit vollem Bewußtsein. Eben darum danke ich Ihnen so herzlich dafür. Sie haben mir damit ein Zeugnis ausgestellt, daß selbst, wenn die Niederlegung ein Fehler war, dieser trotzdem nicht so ernst gewesen ist, daß er dauernde Strafe verdient, daß er wieder gut gemacht werden kann.

Und Sie haben den Boden bereiten wollen, daß ich wieder arbeiten sollte. In einem Kreise, der viel schwerer ist als der 15., sollte ich noch einmal beweisen: der Kerl kann was.

Freilich, das möchte ich auch nicht unerwähnt lassen, wie ich von vornherein zur Kandidatur gestanden habe. Da möchte ich betonen, sofort nach Rosenows Tode bekam ich von andern her die Zuschrift: „Höre mal, Göhre, das wäre was für Dich.“ Ich hatte den Brief hingelegt und gesagt: Ansinn, wie können die Genossen vom 20. Kreise daran denken? Ich habe mir aber auch gesagt, du darfst die Sache in keiner Weise provozieren, in keiner Weise fördern. Um das zu thun, entschloß ich mich, auch beim Begräbnis Rosenows wegzubleiben, weil ich mir sagte, da findest du Genossen aus dem 20. Kreise in Masse.

Vor etwa anderthalb Wochen kam aus dem Kreise die offizielle Anfrage. Damals habe ich mit einem sächsischen Reichstagsabgeordneten, nicht mit Schippel, gesprochen, unter welchen Bedingungen ich, wenn die Dinge an mich herantraten, annehmen möchte. Der Genosse sagte mir: „Die Dinge liegen ernst. Wahrscheinlich ist, daß es nicht wird, die Majorität wird gegen Sie sein.“ Ich entgegnete: „Wenn aber das Umgekehrte sein wird?“ Mir wurde geantwortet: „Dann rate ich Ihnen, nehmen Sie nicht an, wenn eine beachtenswerte Minorität gegen Sie ist, wenn Sie aber einstimmig oder fast einstimmig verlangt werden, dann müssen Sie annehmen.“

Das war auch meine Meinung und mein Entschluß. Die Dinge haben sich nun so abgespielt; ich bin fast einstimmig aufgestellt worden, wenn ich mich recht erinnere mit 698 gegen 4 Stimmen. Dazu weiß ich auch, daß von den Vertrauensleuten des 20. Kreises alle Vorlicht angewandt worden ist, um nicht den Eindruck zu erwecken, als sei die Sache eine Made. Der beste Beweis dafür ist, daß der in Aussicht genommene Kandidat bei der Versammlung nicht einmal da war, sondern Sindermann geholt wurde.

Göhre sprach dann über die Erklärungen, die von den sächsischen Agitationskomitees gegen seine Kandidatur vor einigen Tagen in den sächsischen Parteiblättern veröffentlicht worden sind und ließ durchblicken, daß sie den vorher schon getroffenen Abmachungen widersprächen und fuhr fort:

Es sind nun die Folgen zu erwägen, die sich aus dieser Situation ergeben. Da ist die erste Folge, nachdem nun die Erklärung erschienen ist und der Kreis auf seinem Standpunkt beharren wollte, ein Parteifandal ersten Ranges. Es ist sehr leicht möglich, daß es auch so kommt. Dann ist aber die Sache so, daß wir keinen Skandal gemacht haben. Wir wollen alles thun, um dies zu verhüten, denn wir haben genug gehabt. Seit vorigem Sommer geht die Hese. In Dresden war ein Höhepunkt, nach Dresden noch einer und jetzt, wo die Woge etwas abgeebbt ist, muß die Aussicht, daß es in der Reihe weiter geht.

Wir wollen alles vermeiden, was wir können und was wir können nur das eine thun, daß wir in diesem Falle einen Rückzug antreten, daß Sie mich meines Wortes einbinden, daß Sie auf meine Kandidatur verzichten. (Wohlfühliges Rein!) Rein, sagen Sie, Parteigenossen, und Sie sagen es von einem Gesichtspunkt mit gewissem Recht. Der Kreis ist nach socialdemokratischen Gesichtspunkten souverän. Es ist ein Grundrecht, daß jeder Kreis die Entscheidung über seinen Vertreter hat.

Das ist richtig, und soviel ich unterrichtet bin über die Stellung im Parteivorstand und Fraktion, so wird auch an dieses Grundrecht nicht getastet, wenn Sie bei Ihrem Willen bestanden. Aber, Parteigenossen, es giebt neben diesem einen Grundprinzip noch ein andres. Das ist die Einigkeit in der Partei und die Parteeinigkeit verlangt gewisse Konzessionen, gewisse Opfer an dem Recht der Selbständigkeit. Und selbst wenn wir glauben, im Rechte zu sein und das Recht durchsetzen wollen, wir dürfen das nicht. Wir müssen das Unrecht denn von innen heraus bekämpfen. Jetzt aber haben wir keine Zeit dazu, jetzt ist der Feind da, jetzt müssen wir einig sein, und wenn es uns gegen den Strich geht. Wir müssen jetzt kämpfen, unsere Wünsche in ein Grab legen und darum müssen Sie mich begraben. Das ist die erste Folge.

Die zweite Folge ist die, daß der Wahlkampf, wenn wir beharren wie jene, zu einem schledsten Ende führt. Sie (die Agitationskomitees) haben erklärt, daß sie die äußersten Konsequenzen ziehen. Das heißt, während wir kämpfen, werden sie gegen diesen Kampf antreten. Sie werden in der Öffentlichkeit weitere Schritte thun. Sie haben ja bereits diese Aeußerung gehört: keinen Mann und keinen Groschen wollen sie senden. Wenn dies auch bei der Stimmung, die heute im großen Erzgebirge ergriffen hat, nicht so tragisch zu nehmen wäre, so würde es doch immerhin wieder etwas Schlimmes sein.

Göhre wies schließlich noch darauf hin, daß er nur zurücktrete im Interesse des Friedens und der Disziplin. Zuletzt erklärte er sich bereit, bis zum Wahltag im Kreise zu bleiben und agitatorisch mit thätig zu sein.

Dem Vortrage folgte eine lange lebhaftes Debatte, in der die Genossen Riechel-Höppner, Lehmann-Obernau, Philipp-Ehrenfriederdsdorf, Schöne-Höppner eindrucklich wirkten, von der Kandidatur Göhres abzusehen. Besonders Riechel und Lehmann erludten die Parteigenossen in längeren Ausführungen, im Interesse Göhres von seiner Aufstellung abzusehen, während die Genossen Weigel-Ehrenfriederdsdorf, Gänchen-Jahnsbach, Lech-Dittersdorf, Stolle-Reuhausen, Rogorius-Höppner, Ulrich-Ehrenfriederdsdorf, Gohers-Schlöbchen-Vorschendorf, Uhlig-Gelenau, Jörn-Thum, Rah-Ehrenfriederdsdorf, zum Teil wieder Göhre, zum Teil andre Genossen als Kandidaten vorschlugen. Fast sämtliche Redner wandten sich energisch gegen die Agitationskomitees, vor allem gegen das Chemnitzer Komitee.

In einem Schlußwort forderte Göhre die Genossen zum einigen Kämpfen auf.

Reichstag.

45. Sitzung, Montag, 29. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Schönstedt, Rieberding, v. Hammerstein.

Die Debatte über die Fremdenpolizei und den Königsberger Geheimbundsprozess wird fortgesetzt.

Abg. v. Normann (l.): Wir haben schon früher abgelehnt, uns an der Diskussion über diese Frage zu beteiligen. Jetzt aber, nachdem die zuständigen Minister im Landtag wie im Reichstag die erforderlichen Aufklärungen und Erklärungen gegeben haben, ist für uns die Sache gänzlich erledigt und aufgelöst.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bp.): So bequem wie der Vorredner kann ich mir die Sache nicht machen. Zwar will auch ich mich in den Kampf der sozialdemokratischen Parteileitung mit den preussischen Behörden nicht einmischen, aber vom Standpunkt eines objektiven Zuhörers und des bürgerlichen Liberalismus aus ist einige Bedenken gegen die Behandlungsweise der Frage geltend zu machen. Ich bedauere, daß die preussischen Minister nicht schon am 19. Januar hier erschienen sind, trotzdem sie wußten, daß ihr Nessor in dieser Weise angegriffen würde und sie über das Material, das der „Vorwärts“ einige Tage vorher in etwas bombastischer Weise mitgeteilt hatte, unterrichtet waren. Sie haben damals das Feld der Ehre dem Staatssekretär überlassen, der nicht genügend unterrichtet war und dessen Erklärungen daher nicht den gewünschten Eindruck machten. Die Minister haben sich auch vorgelehrt bei der Reden gleichsam entschuldigend, daß sie hier im Reichstag sich auf die Diskussion eingelassen haben.

Dabei ist die Zuständigkeit des Reichstages in drei Richtungen gegeben, vom Standpunkte der Gerichtsverfassung, des Fremdenverkehrs und der auswärtigen Politik. Das Fernbleiben der Minister war genau ebenso eine Bräuterei des Reichstages, wie damals, als sie bei der Vereinsgesetz-Novelle ihren Partikularismus zeigten. Ihr Verhalten war aber auch politisch kurzschichtig. Die Sozialdemokratie konnte ihnen den Vorwurf der Feigheit machen und durch eine wilde, sechs Wochen lange Agitation die Gemüter erregen. Wenn die Minister schon am 19. Januar geantwortet hätten, so bin ich überzeugt, daß die Aufregung in etwas gedämpft worden wäre. So hat man der Sozialdemokratie unfeindliche Schmeicheleien geleistet. Was den Königsberger Geheimbundsprozess anlangt, so ist hier leider die gute, alte Gewohnheit durchbrochen worden, vor der Urteilsfällung über einen Prozess sich nicht öffentlich zu äußern. Dieser Fehler ist von beiden Seiten begangen worden. Dabei kann eine wenn auch unbeabsichtigte Einwirkung auf die Richter kaum vermieden werden. Ein Beweis dafür, daß die anarchistischen Schriften von einem Spindel eingehängt sind, ist bisher noch nicht erbracht worden. Das müssen auch die Herren von der äußersten Linken einsehen. Ich möchte den Minister fragen, ob den Angeklagten wirklich die Einsicht in die Mitten und in die beklagenswerten Schriften verweigert worden ist. Das wäre sowohl eine Ungerechtigkeits- als eine politische Unklugheit. Darüber sind wohl alle Parteien einig, daß dies geheime Inquisitions-Verfahren nicht beibehalten werden kann. Möge der Minister die Reform des Strafprozesses, besonders des Vorderverfahrens beschleunigen.

Ich könnte mir weitere Bemerkungen über den Königsberger Geheimbunds-Prozess sparen (Sehr richtig! rechts), wenn nicht doch einige Momente auch vom Standpunkte des bürgerlichen Liberalismus und sehr bedenklich wären. (Sehr richtig! links. — Heiterkeit.) Gewiß ist es Sache der Justiz, gegen die Leute vorzugehen, die durch Mord, durch die Propaganda der That die Weltgeschichte revidieren wollen. Die Vernichtung solcher Elemente ist nicht nur eine Pflicht der Selbsterhaltung des Staates, sondern auch vom Standpunkte der bürgerlichen Freiheit aus zu begründen. Aber es ist doch etwas ganz anderes, wenn es sich um Schwarz- und Kopfe philosophischer Richtung handelt, wie man nach den Ausführungen der Minister selbst annehmen muß und vor allen Dingen ist es etwas anderes, wenn es sich um schwere hochverräterische Verbrechen handelt, sondern um einfache Delikte, um sogenannte Majestätsbeleidigungen. Es scheint mir eines Kulturstaates nicht würdig zu sein, daß die preussische Regierung einen Wettlauf eröffnet, um von der russischen Regierung einen Strafantrag gegen preussische Staatsangehörige zu bekommen. Die Gleichstellung fremder Fürsten mit den einheimischen in § 103 des Strafgesetzbuches hat etwas Beschämendes und Herabwürdigendes. Dieser Paragraph muß gestrichen werden. So lange er aber noch besteht, sollte davon der vorläufige Gebrauch gemacht werden. Richten denn in Wirklichkeit die Staatsanwälte die Konsequenzen aus diesem Paragraphen?

Gegen drei serbische Könige wurden die schlimmsten Beleidigungen geschleudert. Es wurden ihnen direkt gemeine Verbrechen vorgeworfen. Der Fürst von Bulgarien wurde in der ganzen deutschen Presse verhöhnt und verlästert: kein Staatsanwalt ist dagegen eingeschritten. Ein König, der erst kürzlich auf Besuch hier am kaiserlichen Hof war (Heiterkeit) hat zum schärfsten Witz und Spott herhalten müssen, der König der Belgier. Hat man hier einen Strafantrag gestellt? Sogar der Leiter der Politik eines Staates, mit dem wir nähere Verbindungen haben, hat zur Zeit des Boerentrieges von der deutschen Presse Sachen zu hören bekommen, die, wenn sie gegen den Zaren gerichtet gewesen wären, höchst wahrscheinlich sehr bald einen Strafantrag hervorgerufen hätten. Warum diese geistliche Fürsorge gerade für den Leiter der russischen Politik? Warum diese Fürsorge für den Herrscher eines Staates, der in einem unantastlichen Bündnis steht mit dem Feinde der deutschen Politik, die excochoa? Warum diese Fürsorge für den Leiter einer Politik, die die deutschen Ostprovinzen russifiziert, die Pommern mit einem Verfassungsbruch vergewaltigt und die schändliche Greuel noch immer ungeahnt gelassen hat? Der Minister, der da sagt, wir führten hier unsere eigene Sache, täuscht sich sehr über die Stimmung des deutschen Volkes.

Nach den Ausführungen des Ministers des Innern kann nicht geleugnet werden, daß russische Spindel eine offizielle Tätigkeit in Deutschland ausüben. (Herr v. Kardorff schüttelt den Kopf.) Die erhobenen Anschuldigungen sind in der That nicht vollkommen unbegründet. Der Minister sagte, es sei ihm nicht bekannt, daß antiliche Handlungen ausgeübt worden seien. Das ist keine Widerlegung der sozialdemokratischen Behauptungen. Hat der Minister des Innern all' die Spuren, die im „Vorwärts“ angezeigt waren, verfolgt? Ob und in welcher Weise diese positiven Angaben verfolgt worden sind, das muß uns interessieren. Aber die Ausführungen des Ministers waren ein qualifiziertes Geständnis. Sollen wir etwa die Augen zuzumachen und glauben, daß nur ein Beamter der Postkammer die Anarchisten überwacht? Das hätte doch gar keinen Zweck. Der Mann hat keine Gefühlen. Dann aber werden auch Inländer überwacht, und das wäre nach dem Urteil aller Parteien ein schändlicher Skandal. (Sehr richtig! links.) Da hilft uns kein: „Wir ist nichts bekannt“, da muß es heißen: „Wir wissen, daß es solche Spindel nicht gibt“. Herr v. Hammerstein, den man früher gern als „Minister ohne Gründe“ beipöbelte, hat sich inzwischen zu einem „Minister aus preussischen Gründen“ entwickelt. So hat er zweifellos unsern Sprachschatz bereichert. Aber gerade aus „preussischen Gründen“ sollte er dafür sorgen, daß eine Prezis aufhört, die zwar nicht ein Verbrechen, wohl aber die Verletzung einer völkerrechtlichen Moral darstellt, ich meine die häufige Verwandlung der Ausweisung in eine förmliche Auslieferung an Rußland. Das häufige „in der Regel“, „vielfach“ wie in der Rede des Ministers zeigt nur, daß auf diesem Gebiet vollkommen Willkür herrscht. (Sehr richtig! links.) Der Minister sagte, daß nur für Anarchisten eine Ausnahme gemacht

würde. Definieren Sie uns doch endlich dieses Wort. Der Minister hat sich ja selbst trefflich widerlegt, als er erklärte, daß diese jungen Leute nicht eigentliche Anarchisten seien, es aber leicht werden können. Hat er denn bei der Ausweisungserfrage erzieherische Probleme zu lösen? Er meinte, wir würden an diesen jungen Leuten und unreifen Köpfen nichts verlieren. Aber sollen wir sie darum einer Justiz ausliefern, die nach unren Kulturbegriffen gar keine Justiz ist, obwohl sie nicht Anarchisten sind? Der Grundschaden liegt an dem Auslieferungsvertrage vom 13. Januar 1886. Wenn wir dieser Vertrag praktischen Wert geben wollen, so müssen wir diesen Auslieferungsvertrag beseitigen, der kein Ruhmesblatt in der preussisch-deutschen Kulturgeschichte ist. Die „Nächtlichkeit auf freundschaftliche Beziehungen“ des § 2 läßt alle politischen Vergehen leichtesten und schwersten Grades Grund zur Auslieferung bilden. Die kauschbestimmungen dieses Vertrages sind ein Schlag ins Gesicht des modernen Völkerrechts. Eine analoge Vorlage aus dem Jahre 1884 scheiterte an der Wucht der öffentlichen Meinung. Es war eine bewußte oder unbewußte Täuschung des Reichstages, daß die Regierung damals erklärte, in allen Kulturstaaten würde so bezüglich der Ausweisung verfahren.

Alle andren Auslieferungverträge sind viel beschränkter als der russische. In den meisten dieser Verträge sind die in Betracht kommenden Delikte genau bekannt. Der preussisch-russische Auslieferungsvertrag ist ein Vertrag, wie er mit keinem andern Kulturvolk abgeschlossen worden ist. Danach kann die Auslieferung auch geschehen wegen eines politischen Deliktes, das bei uns ganz straflos ist! Dieser Vertrag scheint nur geschlossen zu sein, um die russische Regierung bei guter Laune zu erhalten; er ist ein Barometer unserer Beziehungen zu Rußland. Dieser Vertrag ist eines Kulturvolkes unwürdig. Wie mein Freund Deser im Abgeordnetenhaus, möchte ich eine vollkommene Modifikation des internationalen Fremden- und Auslieferungsgesetzes befürworten. Wir wollen gute Beziehungen zu Rußland haben, dessen Leiden, wie sie Tolstoj und Gorki schildern, uns tief erschüttern, aber wir wollen keine Liebedienerei vor einem Staat, der in orientalischer Despotie Hunderttausende von Menschen in den sibirischen Kerker schmachtet läßt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Am 18. Februar 1883 sprach Baldec im preussischen Abgeordnetenhaus in flammenden Worten gegen die schmähliche preussisch-russische Konvention, die damals abgeschlossen wurde, um zu ermöglichen, daß russische Truppen auf preussisches Gebiet hinübergangen. Scham-erfüllt rief damals Baldec: „Wir sind eine kleine Piratflotte neben einem großen Linienschiff!“ Fast genau 25 Jahre später, am 6. Februar 1888, sprach der erste Reichstanzler gegenüber den Russen die berühmten Worte: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt.“ Man ist in vielen Kreisen meines Volkes sehr in Sorge, daß dieser Stolz gegenüber Rußland den Nachfolger des Fürsten Bismarck nicht mehr so besetzt. Besitzen Sie noch den Stolz gegenüber Rußland wie der erste Reichstanzler, dann hüten Sie sich davor, dem russischen Jaridimus allzu bereitwillige Polizeidienste zu leisten. Mit solcher Bereitwilligkeit verletzen Sie nach untrer Lieberzeugung die Würde des deutschen Volkes vor der ganzen Welt. Das können weder Sie wollen, noch wollen wir es! (Lebhafte Beifall links.)

Preussischer Justizminister Schönstedt:

Herr Dr. Müller-Meinungen hat die gesetzlichen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Verfolgung von Handlungen gegen befreundete Staaten benannt. Ich habe darüber mit ihm nicht zu rechten. Die Bestimmungen bestehen und müssen, so lange sie bestehen, auch befolgt werden. Daß die preussische Regierung einen sehr vorfichtigen Gebrauch davon macht, hat doch Herr Dr. Müller-Meinungen selbst am besten bewiesen. Er erwähnte, gegen die schweren Verleumdungen der Herrscher von Serbien, Bulgarien, England und Belgien sei nicht eingeschritten worden. Das ist doch der beste Beweis dafür, wie außerordentlich vorsichtig die preussische Regierung jeden einzelnen Fall darauf ansieht, ob sie einschreiten soll oder nicht. (Anruhe links.) Die Auffassung, daß eine anhängige Prozesssache im Parlamente nicht erörtert werden sollte, teile ich durchaus. Aber nicht die preussische Justizverwaltung hat damit angefangen, sondern die Sozialdemokratie. Die preussische Regierung mußte sich an der berufenen Stelle wehren und verteidigen. Das hat sie getan. — Herr Dr. Müller-Meinungen fragte: Wie steht es mit der Verfolgung der Alteneinsicht an die Angeschuldigten und Verteidiger? Ich berufe mich auf die sodas materiae, den § 147 der Strafprozess-Ordnung. Danach steht dem Angeschuldigten überhaupt das Recht auf Alteneinsicht nicht zu. Dem Verteidiger steht das Recht zu nach Abschluß der Voruntersuchung, vor diesem Zeitpunkt nur insoweit, als es ohne Gefährdung des Untersuchungsziels geschehen kann. Ob diese Voraussetzungen zutrifft oder nicht, entscheidet nicht die Justizverwaltung, sondern lediglich das Gericht. Seit Eröffnung der Voruntersuchung ist der alleinige Herr der Sache der Untersuchungsrichter in Königsberg. Ich weiß nicht, ob jetzt dem Verteidiger die Alteneinsicht vorenthalten worden ist. Es ist nicht meine Sache, das zu prüfen. Ich würde mich auch unter keinen Umständen für berufen halten, mich hier hineinzumischen. Der Untersuchungsrichter ist souverän. Eine Einmischung meinerseits würde eine unzulässige Beeinflussung des Richters bedeuten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Fehr. v. Rühlhosen:

Der preussisch-russische Auslieferungsvertrag steht hier in keiner Beziehung in Frage. Keine einzige Ausweisung, von denen hier die Rede ist, ist auf Grund dieses Vertrages erfolgt. Es ist überhaupt keine Auslieferung erfolgt, sondern Ausweisungen auf Grund des allgemeinen staatlichen Hoheitsrechtes, Ausweisungen zu verfügen. Das sind keine Auslieferungen, sondern Ausweisungen. — Fürst Bismarck, auf den sich Herr Dr. Müller-Meinungen berief, hat genau dieselben Grundsätze der Fremdenpolizei befolgt, wie wir jetzt. Er hat besonders gegenüber den Russen die weitest gehende Art der Ausweisungen befolgt. (Abg. Vebel (Soe.): Sehr richtig!) Wir stehen hier durchaus auf der Bismarckschen Basis. Wir haben nicht die Absicht, von dieser Basis abzuweichen.

Abg. Fürst Radziwill (Pole):

Ich habe nicht die Absicht gehabt, in diese Debatte einzugreifen, aber die Aeußerungen des Ministers vom Sonnabend nötigen mich doch zu einer kurzen Antwort. Die unredliche und verantwortungslose Einmischung untrer Elemente ist, darüber sind wir einig, zu verwerfen. In diesem Sinne verwerfe ich die erwähnte Versammlungs-Resolution. Aber wie kann man daraus Kapital schlagen für die Polenpolitik der preussischen Regierung? Was kann die polnische Nation dafür? Sie vergießt auf den fernern Schlachtfeldern Ostasiens tren ihrer Fahne ihr Blut. Wenn Sie befehlen wollen, wo Sie nicht zu befehlen haben und niemand Ihnen zu geborben braucht, so geht man mit Achselzucken über Ihre Befehle hinweg. Damit kann man nicht motivieren, daß man den polnischen Arbeitern unmöglich machen will, sich im Alter eine bescheidene Pensionsstätte zu gründen. Dagegen protestieren wir und diese Vertreibung der Polenpolitik wird bei der Kulturwelt keinen Widerhall finden und in allen Ständen untrer Nation den schärfsten Widerspruch. (Abg. bei den Polen.)

Es ist ein Antrag Vebel-Haase-Redebour (Soe.) eingegangen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, möglichst bald einen Gesuchentwurf zur einheitlichen Gestaltung des Fremdenrechts zu

Deutschland vorzulegen, durch den insbesondere eine Zulassung von ausländischen Polizei-Agenten zur Ueberwachung von Ausländern im Deutschen Reiche verboten wird.

Preussischer Minister des Innern v. Hammerstein:

Die Ausführungen des Fürsten Radziwill nötigen mich zu der kurzen Feststellung, daß die Polenpolitik ganz gewiß nicht in den Rahmen des Reichstages gehört und ich jede Antwort verweigere. (Lachen bei den Polen. Abg. Vebel ruft: Sie selbst haben Sie hineingezogen!) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen.

Reis. Graf Balkeström: Ich bitte, den Herrn Minister nicht zu unterbrechen; er hat das verfassungsmäßig verbriefteste Recht, hier zu sprechen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber benutzt es nicht! Heiterkeit.)

Minister v. Hammerstein (fortfahrend):

Die Tapferkeit der polnischen Nation ist eine historische Tatsache, über die ich mich von Herzen freue. Bezüglich jener Versammlung, von der ich am Sonnabend sprach, bin ich unterdessen unterrichtet worden, daß die Teilnehmer fast ausschließlich preussische Polen waren. Ich hatte mich auf Preßburgerungen verlassen. Daß Fürst Radziwill diese Versammlung verteidigt, ist mir um so unverständlich, als ihm dort vorgeworfen wurde, er sei kein richtiger Vertreter des polnischen Volkes und habe sich in der polnischen Reichstagsfraktion nur eine Mehrheit erkauft.

Die Thatfachen, auf die der Abg. Dr. Müller hinwies, waren mir am 19. Januar so bekannt wie vorher auch. Herr Dr. Müller hat wohl das Stenogramm meiner Rede im Abgeordnetenhaus nicht vollständig gelesen. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich nicht wisse, ob sich die russische Regierung russischer oder deutscher Agenten bedienen oder ob sie mit einem hiesigen Detektivbureau in Verbindung stände. Jedenfalls ist mir von diesen Agenten keine strafbare Handlung mitgeteilt worden, die von der preussischen Polizei verfolgt werden könne. Ich habe mich selbstverständlich nach den vom „Vorwärts“ namhaft gemachten Agenten erkundigt. Dabei ist festgestellt worden, daß sie deutsche Untertanen sind. Ob sie im Auftrage des bei der russischen Botschaft angestellten Beamten oder wessen sonst stehen, konnte nicht ermittelt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Aber irgendwelche strafbare Handlung hat sich nicht ergeben. Es ist mir auch ganz gleich, ob sie russische Agenten sind oder nicht, die Sozialdemokratie hat auch ihre Agenten. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich nenne nur den Namen Buchholz. Sie lassen sich auch alle möglichen Nachrichten zutragen. (Lachen bei den Sozialdem.) Das ist auch gar nichts Strafbares, solange man in den Grenzen des Gesetzes bleibt. Sie wären die Ersten, die uns heftig angreifen würden, wenn wir uns in alle Kleinigkeiten einmischen wollten und jederzeit eingreifen wollten, wenn einer den andren überwaht. Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß ich von einer der namhaft gemachten Personen heute morgen einen Brief bekommen habe, in dem er mir mitteilt, daß er im Auftrage jemandes, den er nicht nennt, eine Zeitung in Hermsdorf gewohnt habe. (Abg. Vebel: Was das der Woly?) Ja, Woly! Er hätte nichts gethan, was rechtswidrig sei, mit den Postbeamten nicht anders verkehrt, als jeder Privatmann verkehren könne. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich auch keinen Einbruch begangen. Aber ein Brief seiner Mutter an ihn, der in den Briefkasten vor seiner Wohnung eingelegt worden sei, sei aus diesem Briefkasten entfernt worden. Er dreht also den Spieß um und wirft seinen Gegnern eine strafbare Handlung vor. Jedenfalls bitte ich nochmals, wenn Sie von mir als preussischem Minister der Polizei etwas wollen, bringen Sie mir Thatfachen, die strafbar und fahndbar sind. Das habe ich im Abgeordnetenhaus und neulich hier betont und kann es heute nur wiederholen. Ohne positiven Anhaltspunkt, ohne daß der Beschädigte die Sache angeht, kann ich nichts machen. (Abg. bei den Sozialdem.)

Abg. Schrader (fr. Bp.):

Gewiß haben die preussischen Minister sich nur im Abgeordnetenhaus zu rechtfertigen, aber wenn wir hier im Hause Fragen untrer Zuständigkeit beraten, so ist es Schaden der Regierung selbst, wenn sie sich nicht durch die sachkundigen preussischen Minister vertreten läßt, wie das bisher stets Sitte war.

Wir müssen aber verlangen, daß nicht ausländischen Personen das Recht der Spionage in Deutschland erteilt wird, soweit sie von deutschen Behörden abgeurteilt werden. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, daß ganz unschuldige Menschen, sobald sie aus Rußland kommen, politisch vernommen werden. (Hört! hört!) Der Herr Minister sollte sich über diese Verhältnisse näher informieren und sich Abstellung sorgen. — Was nun die Ausweisungen betrifft, so ist ja die Praxis der Ausweisungen eigentlich ein Stück alter Barbarei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Mann, der nicht zu untrer Nation gehört, ist eigentlich vogelfrei und kann ohne jeden Grund ausgewiesen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf jeden Fall aber muß es jedem Ausgewiesenen überlassen werden, sich über die Grenze zu entfernen, die er wählt. Wir haben keinen Grund, jemanden der russischen Justiz auszuliefern, wenn das, was er gethan hat, nach untrer Gesetzen nicht strafbar ist. (Sehr richtig! links) und noch weniger, wenn es sich um reine Thoren, wie die gewöhnlichen Anarchisten handelt. Anarchisten der That können auch nach untrer Gesetzen bestraft werden. Ein so schimpflicher Auslieferungsvertrag wie der zwischen Rußland einerseits und Preußen und Bayern andererseits, der Preußen verpflichtet, Russen auszuliefern, die sich nach russischen Gesetzen strafbar gemacht haben, existiert in der ganzen Welt nicht mehr. (Sehr richtig! links.) Ich erlaube vollkommen an, daß alle civilisierten Staaten ein Interesse an der Belämpfung des Anarchismus haben. Wir wollen das untrer thun, um Rußland zu schämen gegen Angriffe auf seine gegenwärtige Staatsordnung. Dies Interesse beruht auf Gegenseitigkeit. Aber wir sollten nicht mit gar zu großer Nachgiebigkeit die Interessen eines andren Landes verfolgen. Unser Fremdenrecht bedarf einer Revision. Preußen sollte den preussisch-russischen Auslieferungsvertrag kündigen. Es handelt sich hier nicht um sozialdemokratische Interessen, sondern einfach um die Interessen der Nation! (Abg. bei den Sozialdem.)

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Ich freue mich sehr, daß der Nachweis geführt ist, daß die sozialdemokratischen Angriffe unberechtigt waren. Es handelte sich dabei zum großen Teil um Gebilde der Phantastik oder nicht erwiesene Behauptungen. Mein Freund Dr. Friedberg hat schon im Abgeordnetenhaus ausgeprochen, daß die Vorwürfe gegen die Justizverwaltung durch die Erklärungen der Minister widerlegt worden sind. Wenn den Behörden Anzeige von der Wirksamkeit russischer Agenten gemacht würde, so würde zweifellos eingeschritten werden. Ueber die angeblichen unerhörten Liebergriffe der Agenten sind keinerlei Beswerden an die Behörden ergangen. Selbst nach den Veröffentlichungen des „Vorwärts“ habe ich nur den Eindruck, daß sich ein Zeuge bereit erklärt hat, über angebliche Liebergriffe auszusagen. Von sozialdemokratischer Seite wird die Mithilfe bei der Ausklärung verweigert. Man hätte doch die Verpflichtung, den Behörden bei der Aufdeckung des Agentenwesens behilflich zu sein. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.) Es ist nachgewiesen worden, daß russische Anarchisten, die nachher Mord begangen haben, sich in Deutschland aufgehalten haben. Man muß eine gewisse Vorsicht gegenüber solchen Elementen der russischen Studentenschaft beobachten. Die russischen Studenten und Studentinnen sollten sich doch den Sitten des Gastrechts in dem Lande fügen, in dem sie ihrer Bildung leben. Deshalb muß ich die Erklärung des Staatssekretärs v. Rühlhosen durchaus mißbilligen. Die russischen Studenten müssen die

Institutionen unfers Landes achten! (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Es wäre gewiß verkehrt, jeden Russen, der sich hier aufhält, als des Anarchismus verdächtig anzusehen. Aber gegenüber Elementen, die dem Terrorismus, der Propaganda der That huldigen, ist Vorsicht geboten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Dah man bei den Ausweisungen inhuman vorgehe und Rußland Schergeldienste leiste, ist in keiner Weise bewiesen worden. Dr. Weichseloff war gar nicht ausgewiesen, als Herr Weibel dies mit Empfasse verkündete. Ich gebe zu, die Grenze ist schwer zu ziehen, und man muß mit Vorsicht vorgehen. Auch hier aber hat die Regierung nach Recht und Gesetz gehandelt. Ueber den Königsberger Prozeß will ich nicht reden, weil er noch nicht erledigt ist. Nicht der Justizminister, sondern Abg. Haase ist schuldig an den Erörterungen über diesen Prozeß. (Widerpruch bei den Socialdemokraten; Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Justizminister mußte antworten auf die unerhört scharfen Angriffe des Herrn Haase. Gewiß verteidigen wir in keiner Weise die Zustände in Rußland, aber ebensowenig ist es zu billigen, wenn von Seiten der Socialdemokratie eine förmliche Hege gegen diesen befreundeten Staat insceniert wird. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Von allen den socialdemokratischen Behauptungen über russisches Spittelwesen in Deutschland ist so gut wie nichts übrig geblieben. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Diese Behauptungen sollten nur die Achtung vor den deutschen Zuständen herabsetzen. Es ist das Verdienst der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus und hier, daß den Anschuldigungen von Seiten der Verwaltung Fall für Fall nachgegangen, und die Sache soweit wie möglich aufgeklärt worden ist. Wir brauchen uns vor den socialdemokratischen Angriffen nicht zu fürchten, sondern auch hier hat sich gezeigt, daß Recht und Gesetz in Preußen und Deutschland herrschen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Dr. Spahn (C.):

Fremdenrecht ist Reichssache und wir können darüber verhandeln. Sachlich gebe ich dem Minister recht, daß der Angeklagte und sein Verteidiger Einsicht in die Akten erst nach Abschluß der Voruntersuchung beanspruchen dürfen. Dagegen liegt im Stettiner Fall des Abg. Herberich etwas vor, was aufgeklärt hätte werden müssen. Ich bin wohl mit den Ministern einig, daß der Fremde ein Recht hat, in Deutschland zu bleiben, solange er sich uns nicht lästig macht. Auf das Urteil auswärtiger Regierungen kommt da nichts an. Auch auswärtige Agenten, die sich bei uns lästig machen, haben keinen Anspruch auf Schutz mehr. — Als einen guten Erfolg dieser Erörterungen würde ich es ansehen, wenn mit Rußland ein Auslieferungsvertrag seitens des Reiches geschlossen würde, der nicht auf der Grundlage des Vertrages mit Preußen beruht, sondern sich in den Grenzen der Bestimmungen mit andern civilisierten Nationen hält. Dann würden die in allen Jahren wiederkehrenden Klagen über Auslieferungen, die wir schon bei den Polen ausweisungen der achtziger Jahre gehört haben, verschwinden. Ich richte an die Herren vom Bundesrat den dringenden Wunsch, ihre Bemühungen dabei einzusetzen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Weibel (So.):

Die Parteien, die heute in dieser Angelegenheit zu Worte gekommen sind, haben folgenden Standpunkt eingenommen: Die Herren der äußersten Rechten erklärten, sie hätten überhaupt keine Veranlassung, in die Verhandlungen einzugreifen, sie hätten die preußischen Minister gehört und gehorcht den preußischen Ministern wie in allen Fällen, wo es ihrem Interesse entspricht, haben sie durch ihre Wortführer die Erklärung abgegeben lassen, daß sie vollauf befriedigt sind. Anders die nationalliberale Partei. Herr Sattler hat die Verhandlungen der preußischen Regierung als durchaus gerechtfertigt anerkannt und unbedeutend die Anklagen von unserer Seite. Er geht weiter und behauptet, daß die Nachweisungen von Seiten der preußischen Minister, die am 22. Februar im Abgeordnetenhaus und Sonnabend im Reichstage gegeben worden sind, vollkommen bewiesen, daß die von unsrer Seite erhobenen Anklagen unberechtigt seien. Er macht eine kleine Einschränkung, wie Professor Friedberg im Abgeordnetenhaus: „Ihm scheint, daß die Ausweisungen russischer Staatsangehöriger manchmal nicht mit der Coulanz gehandhabt werden, wie sie Kulturstaaten haben müssen.“ Es wird nunmehr meine Aufgabe sein, nachzuweisen, inwieweit die Angaben der Minister richtig sind.

Der Minister des Innern begann am Sonnabend gewissermaßen mit einer captatio benevolentiae. Er sagte, eigentlich hätten die preußischen Minister dem Reichstage auch jetzt ferabließen sollen, da die Angelegenheit eine rein preussische sei. Aber es handle sich für die Socialdemokratie nur noch um ein Rückzugsgesetz, aus dem sie nach ihrer eignen Meinung zwar mit einem Triumph, nach seiner, des Ministers, Ansicht aber mit einer gründlichen Niederlage hervorgehen werde. Nun, Herr Minister: wer in dieser Sache liegt, darüber entscheiden weder Sie noch wir, sondern allein die öffentliche Meinung und die zukünftige Geschichtsschreibung. Wie das Urteil der Geschichte ausfallen wird, wenn einmal andre Zeiten als heute in Preußen und Deutschland sein werden, darüber bin ich mir nicht im Zweifel.

Was die ganze Aufführung im Abgeordnetenhaus vom 12. Februar bedeuten sollte, ist durchaus klar. In der Reichstagsitzung vom 19. Januar hatte der Staatssekretär Freiherr v. Nächstofen eine schwere moralische Niederlage erlitten. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Um diese auszuweichen, mußte die Sache in das preussische Abgeordnetenhaus geschickt werden, damit dort vor einem Forum, dessen Zustimmung man absolut sicher sein konnte, eine Art Rehabilitierung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes erfolge. Jetzt sind die Herren Minister doch gezwungen worden, hier im Reichstage zu erscheinen. Mit ein wenig Ueberlegung hätten sie sich ja auch selbst sagen müssen, daß die Socialdemokraten die Sache schon so decheln würden (Heiterkeit), daß sie unter allen Umständen im Reichstage zur Sprache käme. Herr v. Hammerstein hat am Sonnabend harinädig und unbedenkbar alle seine Behauptungen aus dem Abgeordnetenhaus aufrecht erhalten. Dagegen hat Dr. Schönlank, der sich im Abgeordnetenhaus in einer seiner Stellung durchaus unangemessenen Weise vorgezeigt hatte, hier im Reichstage einen vollendeten Rückzug angetreten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Justizminister sagte, er habe die Akten nie gesehen, seine Behauptungen im Abgeordnetenhaus gründeten sich nur auf ihm erstattete Berichte. Woher der Justizminister die genaue Kenntnis des Aktenmaterials und des gegenwärtigen Standes der Untersuchung hat, hat er uns ja nicht mitgeteilt. Der Untersuchungsrichter darf die Akten nicht herausgeben. Gleichwohl ist der Justizminister aufs genaueste informiert von dem, was in den Akten steht. Woher hat er diese Kenntnis? Doch nur von jenem andern, der in den Akten genau Weisheit weiß! Da ist es am Ende völlig gleichgültig, ob er sie selbst eingesehen hat, oder ob er das Verbot der Einsichtnahme in die Akten dadurch umgangen hat, daß er sich von einem sachkundigen Manne genau Bericht erstatten ließ. Festgestellt muß werden die Thatsache, daß weder der Verteidiger noch die Angeklagten von dem unterrichtet waren, was der Justizminister mitgeteilt hat. Das allerhöchste aber ist, daß der Justizminister sowohl im Abgeordnetenhaus wie hier den Eindruck erweckt hat, nicht nur, daß die Anklage nach allen Richtungen hin voll berechtigt sei, sondern auch, als ob auf Grund der dem Minister bekannt gewordenen Thatsachen noch weitere Personen mit vollem Rechte unter Anklage gestellt werden müßten. Für die erstere Auffassung berufe ich mich auf die Reden der Abgeordneten Dejer und Peltastoff, für das weitere auf das Zeugnis der gesamten bürgerlichen Presse, die meinte, daß nach den Ausführungen des Ministers die deutsche Parteileitung, der deutsche Parteivorstand der Socialdemokratie, in Anklagezustand versetzt werden würde.

Diesen Eindruck hat allerdings der Herr Justizminister am Sonnabend wieder wesentlich abgemildert. Er hat ausdrücklich erklärt, daß davon keine Rede sein könne. Und in der That hat der socialdemokratische Parteivorstand dem ich seit Jahrzehnten angehören die Ehre habe, sich niemals weder direct noch indirect mit

der Verbreitung russischer Schriften beschäftigt. Stabilit ist in eine gewisse Verbindung mit mir persönlich gebracht worden, er soll mir Material im Falle Rußland verschafft haben. Mir ist davon nichts bekannt. Höchstens könnte er meinem Freunde Haase Material gegeben haben, ich weiß es nicht. Ich habe den Namen Stabilit zum erstenmal aus dem Munde des Herrn Nächstofen gehört. — Nun sind nach dem Ergebnis der Hausdurchsuchungen terroristische Schriften gefunden worden. Fest steht aber, daß diejenigen meiner Parteigenossen, die sich bereit erklärt haben, russische Schriften zu vertreiben, des felsenfesten Glaubens waren, daß es sich dabei um socialdemokratische Schriften handelte. (Lachen rechts.) Das ist selbstverständlich, denn jeder Socialdemokrat, der terroristische oder anarchische Schriften mit Kenntnis ihres Inhalts verbreiten würde, würde ohne weiteres aus der Partei hinausgewiesen. (Lachen rechts.) Aber um die Schriften zu kennen, muß man sie doch lesen können, und ich behaupte bis zum Beweise des Gegenteils, daß keiner der beteiligten Parteigenossen russisch lesen kann. (Lachen rechts.) — Wie recht mein Freund Haase mit seiner Vermutung hatte, daß die terroristischen Schriften wahrscheinlich unter Mißbrauch des Namens Stabilit durch einen russischen Polizeispion eingeschmuggelt worden sind, geht aus folgendem hervor: Diese Schriften passierten das Zollamt in Königsberg. Nowogroßki wurde auf das Zollamt geladen und als er dem Ruf folgte, erklärte ihm der Beamte, er habe die Weisung, ihm die Schriften nicht auszuhandigen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wie kommt der Zollbeamte zu einer solchen Weisung? Nach einigen Tagen hat er ihm dann die Schriften ohne weiteres ausgeliefert. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Kaum hatte Nowogroßki die Schriften zu Hause, so kam ein Polizeibeamter, um auf Grund einer Liste einen Teil der Schriften zu beschlagnahmen. Am folgenden Tage kam er dann nochmals und nahm noch einen zweiten Posten Schriften mit. Nowogroßki hatte ihm die Schriften ohne weiteres zur Ansicht vorgelegt. Diese Schriften sind der Staatsanwaltschaft aller Wahrscheinlichkeit nach also schon vorher demuziert worden. Wenn Sie den Vorgang von dieser Seite sehen, gewinnt die Sache doch ein ganz andres Aussehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Zum Ueberflus wird uns noch aus der Schweiz mitgeteilt, daß die Verfasser der Schriften zu keiner Organisation gehören und als politische Eingänger bekannt sind. Es wurde behauptet, daß in diesen terroristischen Schriften auch Kennerungen des Socialdemokraten Plechanoff enthalten sind. Ich sagte mir sofort, daß dies unmöglich der Fall sein könnte, denn ich kenne Plechanoff genau, und es ist mir auch mitgeteilt worden, daß er sich ganz anders in seinen Schriften ausgedrückt hat, als hier citirt wurde. Als übrigens vor etwa 1 1/2 Jahren in einem deutschen socialdemokratischen Blatte Nachrichten standen, die offenbar von russischer terroristischer Seite inspiriert waren und die den Eindruck erwecken konnten, als sympathisiere die Socialdemokratie mit diesen Verbreitungen, kam Plechanoff aus Genf zu mir nach Zürich und bat mich, darauf hinzuwirken, daß diese Notizen nicht weiter erschienen, die Socialdemokratie in Rußland läge fortgesetzt in schwerem Kampf mit den Terroristen. Natürlich ist dann die Verbreitung dieser Nachrichten auf meinen Wunsch sofort eingestellt worden. (Abg. Camp ruft: Wie kam denn die Notiz überhaupt herein?) Das würde ich Ihnen sagen, wenn ich es wüßte. (Große Heiterkeit.) Freuen Sie sich doch mit uns über die Unterdrückung der Notiz! Aber Sie freuen sich nicht; je mehr Dummheiten wir machen, desto mehr freuen Sie sich. (Heiterkeit.) Aber so lang wie Sie sind wir mindestens. (Heiterkeit und Widerspruch.) Wir kennen Sie aus dem ff. Sie würden Ihrem Gott danken, wenn wir täten, was Sie möchten. Sie wären glücklich, wenn wir in Deutschland die Terroristenaktion annähmen; aber die Socialdemokratie mit ihrer verfluchten Beschränktheit treibt Sie zur Vergeßung. (Lebhafte Zustimmung! b. d. Socialdemokraten.) Und jetzt ärgern Sie sich, daß auch unsre russischen Parteigenossen denselben Weg einschlagen. Sie sehen, wir haben Sie und Ihre Vorgänger im Reichstage gründlich kennen gelernt und sehen Ihnen bis in die innersten Falten hinein. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Minister des Innern also hat sich im Abgeordnetenhaus gegen die Kennerung des Abgeordneten Schröder gewandt, in Rußland gelte jeder als Anarchist, der nicht mit den bestehenden russischen Zuständen restlos zufrieden sei. Und doch ist es so: Ich empfehle Ihnen das Buch: Geheime Dokumente der russischen Revolution 1881/90, Berlin 1898. Da wird in dem amtlichen Aktenbuch Nr. 1110 dem Fürsten Alexander von Bulgarien und seinen Kumpanen (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) schwarze Lügen angedichtet gegen die russischen Befreier vorgelesen, weil er russische Revolutionäre und Anarchisten in hohen Offizier- und Beamtenposten anstelle. Aus diesem Buche können Sie auch ersehen, wie tiefes christliche Rußland revolutionäre Offiziercomités ins Leben ruft und Explosivbomben verbreitet, um verhasste Fürsten zu stürzen. Genau wie Herr Schröder hat sich auch Professor Delbrück dahin geäußert, daß zwischen Rußland und Deutschland die Bildungsbegriffe viel zu verschieden seien. Es ist bis zu diesem Augenblicke bei keiner der Personen, die ausgewiesen oder denen gegenüber die Ausweisung versucht worden ist, nachgewiesen worden, daß sie Anarchie oder Terror predigten. Wenn ehemalige Berliner Studenten in Rußland Attentate begangen haben, so beweist das doch nur, wie elend, wie abholat überflüssig der ganze Apparat ist. Sie können doch wirklich nicht wissen, ob irgend ein Durchgehender ein Attentat auf den russischen Kaiser oder sonst einen hohen Würdenträger begehen will. Thatsache ist, daß die russischen Behörden genau so behandelt werden, wie früher die deutschen Studenten in Deutschland. Es ist genau dieselbe Situation, wie zur Zeit der Revolutionsverhältnisse, wo man auch unzählige Professoren, die sich später in der Geschichte Deutschlands große Verdienste erworben haben, jahrelang in Festungen und Kaserne, monatelang in Untersuchungshaft gehalten hat; genau dasselbe Schicksal erleidet jetzt die russische Intelligenz in der Schließburg und in der Peter-Pauls-Festung. Die deutsche Regierung leistet Schergeldienste für Rußland (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten, Unruhe rechts) und liefert ihr Personen aus, die ihr unangenehm werden könnten. Eine ganz ähnliche Tendenz wie die russische Regierung jetzt verfolgt auch die Preßordnungen von 1863. (Zwischenruf rechts: Was geht denn das uns an!) Damals sollten Blätter, die die Ehrfurcht und Treue gegen den König untergraben und den öffentlichen Frieden stören, oder Anordnungen der Behörden gebißig oder entstellend darstellen, Ungehorsam gegen die Befehle predigen, Volkswohl und Sitte untergraben, ohne weiteres verboten werden. Um so unbegreiflicher ist es, wenn nach knapp vierzig Jahren liberale Wortführer die Verfolgung solcher Leute gutheißen, die nichts anderes thun und gekannt haben, als was in den vier Jahren der Liberalismus in Deutschland. Die Ausführungen in Bezug auf den deutschen Parteivorstand sind ja zur Geringe widerlegt worden. Aber die Vorgänge mit der Vorwärts-Verhandlung, auf die der Justizminister anspielte, haben sich doch auch etwas anders zugetragen. Der Expedient des „Vorwärts“, der im Königsberger Prozeß als Zeuge vernommen wurde, mußte, daß er auch schon russische Schriften verkauft hatte und fürchtete, daß man ihn ebenfalls anklagen würde; deshalb beweierte er sein Zeugnis. Nach knapp 14 Tagen wurde ihm mitgeteilt, daß er angeklagt sei. Man wollte ihn also auf sein Zeugnis festlegen, um ihn dann als Angeklagter behandeln zu können. Das ist auch kein vornehmer Verfahren der preussischen Justiz, einen Mann auf diese Weise hineinzuweisen zu wollen. Er hat dann als Angeklagter erklärt, eine geheime Verbindung kenne er nicht; jedenfalls gehöre er einer solchen nicht an. — Der fünf Jahre lang einmal der Leiter der Verhandlung Vorwärts vom Staatsanwalt daraufhin vernommen worden, ob der „Vorwärts“ auch russische Schriften vertreibt. Er antwortete: „Ja wohl, wir vertreiben auch russische socialdemokratische Schriften.“ Das wird in keiner Weise verheimlicht. Wenn die Staatsanwaltschaft dagegen einräumte, so müßte sie eigentlich den deutschen Verhandlung in seiner Totalität als geheime Verbindung behandeln, weil er Schriften nach Rußland vertreibt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Das häßliche Stück in diesem ganzen Prozeß ist, daß die preussische Regierung Handlungen ihrer Staatsangehörigen der russischen Regierung demuziert und auf diese Weise einen Strafentwurf der russischen Regierung gegen deutsche Reichsangehörige erthraht. Herr Nächstofen meinte, die Thatsache, daß Beleidigungen gegen viele andre fremde Fürsten nicht verfolgt würden, beweise, wie sorgsam und selten die Regierung von diesem Recht Gebrauch mache. Nein: damit ist nur bewiesen, daß die preussische Regierung in einem ganz besonders intimen Verhältnis zu Rußland steht! (Lebhafte Zustimmung bei den So.) Das gehört wohl zu unrer „atabistischen“ Freundschaft mit Rußland, von der der Reichskanzler einem Interdiktore zufolge neulich gesprochen hat. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

(Während dieser Ausführungen des Abg. Weibel ist Reichskanzler Graf Bülow im Saale erschienen.)

Staatssekretär Frhr. v. Nächstofen berief sich neulich auf die Analogie Englands, wo revolutionäre Elemente auch überwacht würden. Diefem Vergleich sind die „Times“ aufs schärfste entgegengetreten. In London werden nur Leute, die als internationale Anarchisten bekannt sind, überwacht; bei uns aber jeder, der das Unglück hat, ein russischer Student oder eine russische Studentin zu sein. Die „Times“ sagen: Wir haben keine Vorliebe für Anarchisten, aber in England ist jeder Mensch, sogar ein Anarchist, berechtigt, eine anständige Behandlung von den Gerichten zu verlangen und zu erhalten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Weiter spricht das Blatt von dem „unwürdigen Versuch, sich die Petersburger Gunst zu erkaufen“. Wenn in England dergleichen geschähe, wie bei uns, so würde ein Schrei der Entrüstung durch die ganze englische Presse gehen und der englischen Regierung würde die Sache im Parlament sehr übel bekommen. Bei uns ist ja das alles anders. Es war sehr interessant, heute von Herrn v. Hammerstein zu hören, daß ihm nach keiner Richtung bewußt sei, daß russische Agenten und Polizeispion vorhanden seien, die hier eine polizeiliche Thätigkeit ausübten. Der Name Woly ist bereits am 19. Januar hier genannt worden, derselbe Name nennt sich auch Hansen. Weiter sind genannt Neuhausen oder Selmann und noch ein dritter Spigel. Ferner haben wir das Mitglied der russischen Gesandtschaft genannt, das im Auftrage der russischen Regierung hiesige Russen überwacht. Wir haben die Summen genannt, die diese Agenten aus dem Säckel der russischen Regierung erhalten. Wir haben ihre Adressen genannt, und es haben im „Vorwärts“ bis in die letzten Tage hinein wieder eine Reihe deutscher Reichsangehöriger in Hermsdorf mit ihrer Namenunterchrift Mittelungen über die Thätigkeit des Spigels Woly gemacht. Trotz alledem hat bis heute die preussische Polizei sich nicht für berufen gehalten, sich nach Woly umzusehen, ihn anzuhalten und mit den Zeugen zu konfrontieren. Was hören wir statt dessen aus dem Munde des Herrn v. Hammerstein. Es sei ihm heute vormittag ein Brief von einem Herrn zugegangen, der ihm mitgeteilt habe, er habe früher in Hermsdorf gewohnt, habe auch Russen überwacht, aber keine ungesetzlichen Handlungen begangen. Der oberste Chef der preussischen Polizei, Herr v. Hammerstein, ist von der Wahrheit liebe und Lauterkeit dieses Polizeispigels so überzeugt, daß dieser eine Brief eines Polizeispigels ihm genügt, hier zu erklären, an allen Vorwürfen sei kein wahres Wort. (Bewegung und laute Aufe: Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Trotz all unsrer Aufklärungsversuche hat die Polizei monatelang, als wenn all diese Dinge nicht in der Welt seien; da nun aber rein zufällig ein solcher Kerl sich bemüht findet, an den obersten Chef der Polizei zu schreiben: „Ich bin da, heiße so und so, aber alles ist nicht wahr“, so tritt hier der Minister auf und beruft sich auf das Zeugnis dieses Mannes, um alle unsre Behauptungen für unwahr zu erklären! Da hört doch alles auf! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Das sind einfach unerhörte Zustände. Wie in aller Welt sollen wir denn die Wahrheit erfahren, wenn die Behörden, die im Parlament und in der Presse angefragt werden, diese Gleichgültigkeit an den Tag legen und diese elenden Polizeisubjekte nach wie vor in ihrer Weise wirtschaften lassen? Wir wußten brieflich mitgeteilt, daß jener Polizeilump Woly jetzt am Nordhafen wohne, weil er sich in Hermsdorf nicht mehr sicher gefühlt habe und daß seine Hauptthätigkeit jetzt darauf gerichtet sei, die Ankunft der russischen Studenten auf dem Bahnhof „Friedrichstraße“ und auf dem Schlesienschen Bahnhof zu beobachten. (Lauter Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) So steht es mit Woly. Aber der ganze preussische Polizei-Apparat verweigert gegenüber diesem Spigel. Das beweist die Intimität der Beziehungen zwischen der preussischen und russischen Polizei. Auch hier scheint jene atavistische Freundschaft sich geltend zu machen, ich fürchte nur, bei manchem mit einem stark metallischen Weigehschad. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Krüger!) — Der preussisch-russische Auslieferungsvertrag war eine Gefälligkeit, die Fürst Bismarck nach dem Attentat auf Alexander II. Rußland und den russischen Staatsmännern erwies. Hier kam er den Russen sehr weit entgegen, so weit, daß die politische Polizei, die unter dem Auswärtigen Amt stand, in der Schweiz mit deutschem Gelde Leute engagierte, die die russischen Staatsangehörigen zu überwachen hatten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Einer der Maitadore der politischen Polizei war damals neben dem Polizeirat Krüger der Polizeileutnant v. Hake. Krüger ist gestorben, von Hake habe ich gelesen, er sei in den vier Jahren wegen allerlei bedenklicher Geschichten auf die Seite geschafft worden. Anfang 1888 erfahren wir, daß in Genf ein gewisser Haupt als agent provocateur der politischen Polizei viele dieser Haupt wurde in einer Versammlung von einem unsrer Züricher Parteigenossen entlarvt. Aus den Briefen, die bei Haupt gefunden wurden, ging hervor, daß er beauftragt war, die russischen Studenten und Staatsangehörigen aufs allerschärfste zu überwachen, und zwar bezahlt von der preussischen Polizei. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.) Man hatte Haupt gesagt, er solle die Leute unter den Tisch saufen und dann ihre Pulse öffnen. Ein Brief, den er von Berlin aus einem Polizeileutnant erhielt, enthielt den Satz: „Ich habe gehört, daß das nächste Attentat auf den Zaren von Genf ausgehen wird. Ich erwarte Berichte. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Sie werden doch übrigens nicht behaupten wollen, daß das Attentat in Baden-Baden 1843 auf den König von Preußen vom gefamten Bürgerturn verursacht wurde und ich könnte Ihnen Briefe aus Süddeutschland zeigen, die über das Attentat auf Bismarck 1866 ihre volle Genugthuung äußerten. Wir verlangen jedenfalls, daß man gegen Angehörige fremder Staaten nur dann vorgeht, wenn Handlungen vorliegen, die gegen die deutschen Gesetze verstoßen. Wenn aber die bloße Thatsache, daß jemand Russe ist, genügt, um ihn wegen des geringsten Vergehens auszuweisen, so ist das eines Kulturstaates unwürdig und muß den Verdacht erwecken, daß man aus übertriebener Gefälligkeit, aus Reue gegen eine fremde Regierung seine eigne Unabhängigkeit und Selbstständigkeit preisgibt. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die sittliche Entrüstung des Herrn v. Hammerstein über Revolutionäre und Terroristen war ganz unangebracht. Seine Vorgänger kannten diese sittliche Entrüstung nicht, wenn es sich darum handelte, terroristische Thaten der Socialdemokratie an die Hochthone zu hängen. Der von der preussischen Polizei uneheliche Spigel Schröder hat mit preussischem Gelde die Wölfe „Freiheit“ bruden lassen, in der fortgesetzt zu Gewaltthaten gegen die deutsche Regierung, den Fürsten Bismarck usw. aufgefordert wurde; bei ihm wurden 1888 Dynamitbomden gefunden, die bestimmt waren, ein Attentat in Deutschland zu machen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Friedemann, die Wichmann, Weib und so weiter haben mit preussischem Gelde all das unternommen, dessen man heute die Russen ansuldigt, ohne es ihnen nachweisen zu können. Fürst Bismarck kannte seine Pappenheimer, als er sagte, kein anständiger Mensch geht zur politischen Polizei. — Nach der Behauptung des Herrn v. Hammerstein soll ich ja am 19. Januar lauter Phantasiegebilde z. B. über Herrn v. Weichseloff usw. vorgebracht haben. Man verweist darauf, daß Herr v. Weichseloff noch heute in Berlin sei. Ja, die Herren scheinen meine Rede gar nicht verstanden zu haben. Gerade mit der Thatsache, daß Herr

b. Weichseloff von der russischen Regierung der weitere Aufenthalt in Deutschland ohne weiteres gestattet ist, wollte ich beweisen, daß die preussische Polizei in ihrem Eifer, der russischen Regierung gefällig zu sein, noch weit über die russischen Wünsche selbst hinausgeht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist bewiesen. Ebenso fest steht, daß in den Korridoren der Berliner Kaiserstadt fortgesetzt russische Polizeispitzel die russischen Studenten überwachen. In letzter Zeit sind auch in Breslau wiederholt russische Studenten auf der Straße angehalten, in russischer Sprache angeredet und gewarnt worden, revolutionäre Schriften zu lesen — als solche gelten für die russischen Spitzel auch der „Vorwärts“ und die „Breslauer Volkswacht“ — und socialdemokratische Versammlungen zu besuchen. (Sehr richtig! rechts.) Ja, Herr v. Kardorff, was geht denn das die russische Polizei an, das sind doch keine Ungefährlichkeiten, die die russischen Studenten begehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht einmal die deutsche Polizei darf einschreiten, wenn sie socialdemokratische Versammlungen besuchen und sich dort ruhig verhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen hat sich alles, was ich über den Fall Weichseloff hier vorgetragen habe, durchaus bestätigt. Frau v. Weichseloff hat in ihrer Erklärung im „Vorwärts“ ausdrücklich die Behauptung des Herrn v. Hammerstein als unwürdig bezeichnet, daß sie erklärt habe, von der ganzen Geschichte nichts zu wissen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner verliest die Erklärungen aus dem „Vorwärts“. Ebenso hat Dr. v. Weichseloff selbst in einer Erklärung meine Angaben bestätigt. Er protestierte dagegen, daß man ihn als Anarchisten bezeichne, betont, daß er niemals darum gebeten habe, von seiner Ausweisung Abstand zu nehmen, erklärt, er habe die Strafverfolgung gegen Wohl bezeugte, man habe aber erklärt, das sei ausgeschlossen, da die dreimonatliche Verjährungsfrist abgelaufen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also alle die angeblichen Phantasiegebilde, die wir gemacht haben sollen, sind durch die Aussagen der betreffenden selbst als vollständig richtig erwiesen. Die russischen Studenten haben protestiert und gesagt, was sie über die Erklärung des Freiherrn v. Nichtshofen denken. Der Staatssekretär hat das für eine Kinderei erklärt und diese Studenten unreife Leute gehalten, die nichts von Politik verstanden. Ei, warum haben Sie denn ein ander Mal gesagt, Sie legten sehr großes Gewicht auf die politischen Grundgebungen deutscher Studenten. Das sind doch auch junge Leute. Die Rabatten der Richterfelder Anstalt, junge Burshen auf der Schulbank, von denen keiner über 18 Jahre alt ist, haben durch ihren kindischen Brief die Neutralität verletzen dürfen. Aber die russischen Studenten, die doch in Freiheit leben und sich unterrichten können, sollen nicht das Recht haben, eine Meinung zu äußern! Warum haben diese 304 Studenten protestiert? Weil sie auf das schwerste in ihrer politischen und moralischen Ehre angegriffen worden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und entschlossen waren, sich das nicht gefallen zu lassen. Ich achte es hoch, daß diese „unmündigen Leute“, diese „Kinder“ so viel Ehrgefühl hatten, sich gegen den Staatssekretär zu erklären, auf die Gefahr hin, morgen alleamt über die Grenze gejagt zu werden. Diese Erklärung ist wert, in die Akten des Reichstags zu kommen. (Redner verliest sie.)

Herr v. Nichtshofen hat sich über die moralische Qualifikation der russischen Studentinnen abfällig geäußert. Als ein großes russisches Blatt den gleichen Vorwurf aussprach, hat der russische Minister der Studentenschaft gestriet, sich zu versammeln und dem Chefredakteur ihre Verachtung anzusprechen. Das ist das Urteil eines russischen Ministers über derartige Vorwürfe! Wenn ein Socialdemokrat einmal einen Vorwurf nicht bis ins kleinste Detail beweisen kann, so entsteht großes Gekröse auf der Reden. (Lärm rechts. Sehr richtig! links.) Aber der Staatssekretär darf sich das erlauben. Wenn die maßgebenden Kreise so entzückt sind über die freie Liebe, so sollten sie doch erst einmal vor ihrer eignen Ehre stehen: Forderung, Firma (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), Chemnitz, Ahn! (Lärm rechts: Dresden! — Große Heiterkeit.) Ganz recht: Dresden! Die schönen Schilderungen im Roman des Grafen Wandjissin! (Ahn! und Lachen rechts.) Wenn alle diejenigen aus hohen und höchsten Kreisen Berlins und der Vororte angewiesen würden, die im Verhältnis freier Liebe leben, so würde gar manche Villa und manche schöne Wohnung im Westen frei werden! (Sehr gut! und Heiterkeit! bei den Sozialdemokraten.) Die freie Liebe haben Sie schon in Ihrem schönen Gegenwartsstaat, aber in der erbärmlichsten, widerlichsten, häßlichsten und unangenehmsten Form. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die russische Regierung geht den eignen Unterthanen mit dem schlechtesten Beispiel voran. Wie darf sie ihre Unterthanen der Verbrechen anklagen, die sie selbst begeht. Auf Seite 203 der angegebenen Schrift findet sich eine Depesche an den Vorkämmerer im Kaiserhof des Inhalts, daß man den Koburger durch ein Volksgesetz bestrafen müsse wie den Vattenberger. Aus russischen Militärwerkstätten wurden die Waffen gegen den Koburger, gegen Stambulow geliefert. Wir werden dafür sorgen, daß diese Aktenstücke in extenso zur Kenntnis des deutschen Volkes gelangen. Gerade jetzt ist der Moment, die russische Regierung vor ganz Europa anzuklagen wegen der Politik, die sie gegen andre Nationen betreiben hat. Vor drei Jahren hat die „Times“ den urkundlichen Beweis dafür erbracht, daß auch der chinesische Vorkämmerer von Rußland inszeniert war, um ihm die Mandchurie in die Hände zu spielen. Jetzt ist allernächst nachgewiesen worden, daß die russische Regierung von der schweisigsten Königsgeschichte im Konak zu Belgrad unterrichtet war und nichts ergötzen hat, um sie zu verhindern. Und diese Regierung beten Sie (nach rechts) an, das ist der Gegenstand Ihrer Bewunderung. (Widerspruch und Lachen rechts.) — (Justizminister Schönstedt ruft: Pächertisch!) Sie sitzen vor mir in die Knie. (Lachen und Lärm rechts.) Wenn Sie mir den Namen des Jaren aussprechen hören, fährt Ihnen die Hand an die Stirn. Sie wollen das gegenwärtige Rußland in seiner gegenwärtigen Verfassung erhalten als Hort der europäischen Reaktion. Als Beweis dafür dienen zum Ueberflus noch die Worte des Justizministers. Man fürchtet die Rückwirkung nicht bloß eines demokratischen, sondern auch nur eines liberalen Systems in Rußland. Das ist das Ziel der atavistischen Freundschaft, die man hegt, die nach jener Richtung ihren deutlichsten Ausdruck findet in der bis zur Selbstentwürdigung und Selbstentmannung gehenden Unterwürfigkeit gegenüber russischen Wünschen. Auch Sie (nach rechts) können nicht wünschen, daß solche Zustände im Reichstage fortgesetzt zur Erörterung und Anklage kommen. Denn das bräuhete ich Ihnen nicht erst zu versichern, daß wir diese Dinge fortgesetzt hier zur Sprache bringen werden. (Schwache Unterbrechungen und Zwischenrufe rechts.) Präsident Graf Vellestem greift nach der Klode und weist beschwörend auf die Uhr.) Ah, Sie dachten wohl, ich würde sagen, wenn das so weiter geht, werden Sie gehängt. Wir werden die preussische Politik brandmarken, die derartige Zustände aufrecht erhält, und der moralischen Wirkung derartiger fortgesetzter Anklagen sind wir sicher. Die Socialdemokratie muß hier die Würde und das Ansehen Deutschlands wahren. (Stürmische langanhaltende Unterbrechungen rechts.) Die Thatfachen, die seit Wochen Gegenstand der Verhandlung in Presse und Parlament sind, haben selbst den Redner des Centrums zu dem Wunsche gedrängt, den jetzigen unwürdigen Auslieferungsbetrieb mit Rußland aufzuheben und einen modernen an seine Stelle zu setzen, wie wir ihn mit andern Kulturstaaten haben. Selbst in dem Reichstage von 1885 war die Stimmung der Mehrheit derart, daß die Regierung glänzend abgeklagt wurde, als sie dem Reichstage zumiteile, einen dem preussischen ähnlichen Vertrag für das Reich abzuschließen. So wird die Befestigung des Reichstages hoffentlich auch künftig bleiben, auch wenn (zum Reichstagsanfang) ein neuer Reichstagsanfang einen derartigen Vertrag zu vorzulegen wogte. Wir werden demnach doch nicht Zustände aufrecht erhalten, die fortgesetzt die Bildung jedes halbwegs anständigen Menschen finden. (Große Lärm rechts.) Es müssen endlich Jugendschändlichkeiten gemacht werden, die es unmöglich machen, daß fremde Polizeibeamte in Deutschland ihre Thätigkeit

ausüben. In der Schweiz werden Polizeispitzel und Spione ohne Gnade ausgewiesen und so muß es jeder Staat machen, der auf politische Meinungsfreiheit sieht. Verleumdete Menschen, Verlogene Subjekte, vor denen kein Mensch Respekt hat und die selbst der Minister des Innern von sich abgestößelt hat, dürfen nicht länger über das Schicksal der Ausländer entscheiden. Sorgen Sie für die Abschüttelung dieser Elemente und nehmen Sie unsern Antrag an. (Lebhafte wiederholte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichstagskanzler Graf Bismarck:
Meine Herren, vor zwei Stunden wurde mir telephoniert, daß der Abg. Weibel eine donnernde Rede halten wird. Daraufhin habe ich das Krankenzimmer verlassen, an das ich in den letzten Tagen gefesselt war und ich bitte Sie um Nachsicht, wenn ich heute mit belegter Stimme spreche. Ich wollte aber nicht auf das Vergnügen verzichten, dem Herrn Abg. Weibel sofort zu antworten. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Zwar, ich freue mich, daß ich die Gelegenheit habe, mich hier über eine Frage auszusprechen, die die gegebenden Körperchaften im Reich und in Preußen während der letzten Zeit wiederholt beschäftigt hat. Die präsidenten Herrn Reichsminister und der Herr Staatssekretär des Reichsamts haben Ihnen die Gründe auseinandergesetzt, aus denen wir zur Ueberwachung russischer Anarchisten einen russischen Agenten in Berlin zugelassen haben. Ich glaube, daß alle Regierungen die Pflicht haben, sich gegenüber der anarchischen Propaganda gegenseitig zu unterstützen. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube weiter, daß dem internationalen Charakter, der von dem Anarchismus drohenden Gefahr von seiten der Regierung eine internationale Gemeinsamkeit der Abwehr entgegengestellt werden muß. (Lebhafte sehr richtig! rechts) und ich glaube endlich, daß die moralische Best des Anarchismus ebenso belämpft werden muß, wie jede andre Seuche. (Sehr richtig! und sehr wahr! rechts.) Während des letzten Jahrzehnts sind der Präsident der französischen Republik Carnot, der Präsident der Vereinigten Staaten Mac Kinley, der König Humbert von Italien, die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, der spanische Ministerpräsident Canova de Castillo, der russische Minister des Innern Schjagin dem Messer oder Revolver elender Mordbuben zum Opfer gefallen. (Hört! hört! rechts) und da sollten wir uns scheuen, internationale Maßnahmen zu ergreifen, um derartigen Verbrechen vorzubeugen, und da sollten wir ängstlich zurückweichen vor Leuten, die ihrerseits keine Rücksicht kennen und Söhren und Mord als oberste Grundsätze kennen! (Sehr gut! rechts.) Die Herren Reichsminister haben Ihnen wohl eingehend klargelegt, unter welchen Bedingungen und unter welchen Einschränkungen jener russische Agent bei uns zugelassen wird. Die Zulassung ist immer nur eine widerrufliche, der Betreffende hat sich lediglich zu beschränken auf die Beobachtung russischer Staatsangehöriger, und er hat sich streng zu halten innerhalb der durch unsre Gesetze gezogenen Grenzen. Er hat insbesondere in Deutschland keine obrigkeitliche oder obrigkeitstypische Befugnisse auszuüben. Die Thätigkeit der russischen Agenten soll von den deutschen Behörden sorgsam überwacht werden. Im Rahmen dieser Einschränkung und im Rahmen unsrer Gesetze stehen meines Erachtens der Zulassung eines solchen Agenten Bedenken nicht im Wege. (Sehr richtig! rechts.) sondern das ist ein Akt staatlicher Notwehr. (Sehr richtig! rechts.)

Es ist, meine Herren, gesagt worden, daß ich in der Ausweisungspolitische Dinge zugelassen oder gethan hätte, welche die nationale Würde des deutschen Volkes verletzen. (Sehr richtig! links.) Das „Sehr richtig!“, das da eben von socialdemokratischen Bänken ertönt, macht mir keinen Eindruck. (Lärm links. Glode des Präsidenten.) Lärm: Es kommt von liberalen Bänken! denn auf nationalem Gebiete halte ich die Socialdemokratie nicht für zuständig. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Zu meinem Bedauern ist aber auch in nichtsocialistischen Blättern der sehr ungerechte und thörichte Vorwurf erhoben worden, als ob ich in dieser Beziehung irgend etwas vergeblich hätte unsrer nationalen Würde. Man sagte mir, als ich in das hohe Haus eintrat, daß der Herr Abgeordnete Müller-Reinigen mir gegenüber appelliert hätte an den Fürsten Bismarck, daß er gesagt hätte, von der Praxis des Fürsten Bismarck sei in dieser Beziehung vollkommen abgesehen. Unsre Akten bieten ein reichhaltiges Material für die Beurteilung der Methode, welche Fürst Bismarck in solchen Fragen für den deutschen Interessen entsprechend hielt. Ich will nur zwei Fälle herausgreifen. Der eine Fall betrifft die in den Jahren 1881/82 spielende Angelegenheit der Ausweisung des russischen Staatsangehörigen Stanislaus Mendelsohn, der andre die Auslieferung des russischen Staatsangehörigen Leo Deutsch vom Jahre 1884. Mendelsohn sollte einer von uns der russischen Regierung erteilten Zulassung gemäß nach der russischen Grenze hin ausgewiesen und den russischen Grenzbehörden überliefert werden. Die russischen Behörden wurden jedoch nicht rechtzeitig benachrichtigt, und so gelang es Mendelsohn, ehe die Uebergabe an die russischen Behörden erfolgen konnte, zu entfliehen. Darüber enthalten nun die Akten folgendes: In einem Schreiben an den Justizminister und den Minister des Innern sagt der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, also der Vertreter des Reichskanzlers: Die russische Regierung legt großen Wert darauf, des Mendelsohn habhaft zu werden, und ich halte es aus politischen Rücksichten für angezeigt, diesem Wunsche unfererseits thunlichst entgegenzukommen. (Hört! hört! links.) Die Ausweisung würde rechtlich zulässig sein, selbst wenn sie nur aus Gefälligkeit gegen die russische Regierung geschähe. (Hört! hört! links.) Sodann heißt es in einem Erlaß nach Petersburg: Ew. — wollen sich darüber Gewißheit verschaffen, ob seitens der russischen Regierung betreffs dieser Ueberweisung des Mendelsohn und Genossen noch besondere Wünsche bestehen. In einem amtlichen Memorandum des Auswärtigen Amtes über Mendelsohn hieß es am Schlusse: „Aufsicherheits sei dieser Ausgang der Sache unsrer Behörden als ein Mangel an Willfährigkeit ausgelegt.“ Dazu bemerkt Fürst Bismarck in einem eigenhändigen Marginal: Und das mit vollem Recht, das Verhalten steht mit den Anforderungen, die ich mache, um Vertrauen in Petersburg zu wecken, in einem für uns schädlichen Widerspruch. (Hört! hört! links.) Endlich finden sich in einem von Fürst Bismarck selbst unterzeichneten Erlaß an unsern damaligen Geschäftsträger in Petersburg folgende Sätze: „Das eingeschlagene Verfahren steht mit meinen Intentionen in direktem Widerspruch, und ich behaupte schärf, daß der russischen Regierung begründeter Anlaß gegeben worden ist, an der Aufrichtigkeit der früher erteilten Zusagen zu zweifeln.“ Deutsch, der von der russischen Regierung als Nihilist bezeichnet wurde, war auf deren Antrag von der badischen Regierung ausgeliefert und später von den militärischen und Bezugsgerichten in Odessa zu Zwangsarbeit verurteilt worden. Zur Charakteristik des Standpunkts des ersten Reichskanzlers dienen folgende Stellen aus den den Fall Deutsch betreffenden Akten des Auswärtigen Amtes. In einem Erlaß an den preussischen Gesandten in Darmstadt sagte im Auftrag Bismarcks der Staatssekretär Graf Dapfeld: „Ich bemerke ergebenst, daß es für unsre politischen Beziehungen zu Rußland nützlich sein würde, wenn in diesem Falle den berechtigten Wünschen der russischen Regierung, eines als gefährlich bezeichneten aus den russischen Gefängnissen flüchtigen russischen Revolutionärs habhaft zu werden, unfererseits entgegenzukommen werden könnte.“ Ein Schreiben des Staatssekretärs an das badische Staatsministerium enthält folgenden Passus: „Da der Deutsch in Rußland wegen gemeinschaftlicher Verbrechen verfolgt wird, und aus politischen Gründen Wert darauf zu legen ist, in diesem Falle den Wünschen der russischen Regierung gerecht zu werden, glaube ich mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß das großherzoglich badische Ministerium bereit sein werde, seine Mitwirkung dazu einzutreten zu lassen, um den Verhafteten in die Hände der russischen Behörde zu liefern.“ Ja, einem über diese Angelegenheit seiner Zeit dem Kaiser erstatteten unmittelbaren Bericht sagte Fürst Bismarck, für den Fall jedoch, daß sich diese Verbringung — nämlich der Weismittel — verjögern sollte, wünscht sie — nämlich die russische Regierung —, daß die Ausweisung des Genannten in einer Weise ausgeführt werde, welche es den russischen Behörden ermöglicht, ihn auf russischem Gebiete zu ergreifen. Seine Majestät der Kaiser von Rußland nimmt persönlich großes Interesse daran, daß der von

seiner Regierung ausgesprochene Wunsch erfüllt wird. Für die Pflege unsrer Beziehungen ist es nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten richtig, daß unfererseits alles geschieht, um dem gedachten Wunsch zu entsprechen.“ In einem ebenfalls von dem Fürsten Bismarck selbst unterzeichneten Schreiben an das badische Staatsministerium heißt es: „Seine Majestät der Kaiser von Rußland legt hohen Wert darauf, daß dieser gefährliche Nihilist zur Unterjochung gezwungen werden solle. Die Erfüllung des Begehrens wird deshalb nicht ohne Rücksicht auf die Empfindungen bleiben, welche der Kaiser Alexander der deutschen Politik gegenüber hegt und welche durch unsre auswärtige Politik im Interesse des Friedens gepflegt worden sind. Nach der Auffassung Rußlands sind die persönlichen Ueberzeugungen und Eindrücke des Kaisers maßgebend für die Politik des russischen Reiches. Unter diesen Umständen ist es aus politischen Rücksichten wichtig, daß dem Wunsche der russischen Regierung entgegenzukommen werde. Sollte die Auslieferung dennoch verlagert werden, so würde das Auswärtige Amt durch die Diplomatie die Verantwortung für die Rückwirkung der Verjägung auf die Beziehungen des Reiches zu Rußland ablehnen.“ Soweit Fürst Bismarck. Ich füge hinzu, daß von uns während der letzten fünf Jahre nur drei russische Staatsangehörige über die russische Grenze ausgewiesen worden sind, und zwar zweifellose Anarchisten, die wir selbst nicht behalten können und deren Uebernahme wir auch andern Ländern nicht zumuten konnten. Außer diesen drei Anarchisten, die über die russische Grenze ausgewiesen sind, sind noch eine große Anzahl politisch verdächtige Personen der Ausweisung als lästige Ausländer verfallen. Aber keine dieser Personen ist über die russische Grenze abgeschoben worden. Ich erkläre also, daß alles, was vorgebracht worden ist, daß angebliche Liebedienerei deutscher Behörden gegen russische Behörden, daß eine angebliche Schwäche der deutschen Regierung gegen die russische Regierung der Wahrheit nicht entspricht. (Hört! hört! und ich erinnere an zweierlei.) Ich erinnere einmal daran, daß die von deutscher Seite bei dem Schriftenschmuggel beteiligten Personen alle der socialdemokratischen Partei angehören. (Hört! hört!) Und ich erinnere weiter daran, daß unter den Schriften und Bildern, welche zum Einschleichen in Königsberg Veranlassung gegeben haben, sich terroristisch-anarchistische Brandschriften der äbelsten Art vorfinden. (Hört! hört!) Nun hat allerdings der Herr Abg. Weibel eben gesagt, das seien Studenfeier, das wären anarchische und terroristische Proschüren, die von raffinierten Spitzeln den harmlosen Genossen (Heiterkeit) somit eingeschmuggelt wären. Glauben Sie wirklich, Herr Weibel, daß ich das annehmen soll? (Heiterkeit.) Das würde an Kühnheit der Erfindung doch beinahe heranreichen an das berühmte Märchen und den großartigen Schwindel von dem Kaiserfisch auf der Nigelswerder Insel. (Große Heiterkeit rechts.) Richtigens werde ich wohl noch zu hören bekommen, daß die Schimpfereien auf dem Parteikonngress zu Dresden, dieses anmutige Plätschern in dem Jungbrunnen des Herrn Abgeordneten Weibel (Stürmische Heiterkeit rechts), von preussischen Behörden, von der preussischen Regierung, von mir angezettelt seien. (Stürmische, andauernde Heiterkeit rechts.) Die Wahrheit, meine Herren, wird wohl sein, daß diese blutdürstigen Proklamationen, daß diese Proschüren, in denen zu Nord und Lothschlag aufgefordert wurde, ausgegangen sind von den Leuten, mit denen sich die deutsche Socialdemokratie in eine ziemlich weitgehende Geschäftsverbindung eingelassen zu haben scheint. (Hört! hört! rechts.) — Lärme bei den Sozialdemokraten, und die Wahrheit wird wohl sein, daß es auch die deutschen Socialdemokraten waren, die diese blutdürstigen Proklamationen über die russische Grenze schmuggeln wollten.

Nun, meine Herren, es ist auch wiederholt gesagt worden, es wäre so schwierig, die Frage zu entscheiden, wer eigentlich Anarchist sei und welche Handlungen als anarchisch zu bezeichnen seien. In der Theorie mag das gewiß sehr schwer sein, wenn es sich um die Redaction eines Gesetzentwurfes handelt. In der Praxis liegt die Sache aber doch bedeutend einfacher. Von Maßnahmen gegen harmlose Liberale oder gar gegen preussische Staatsangehörige ist gar nicht die Rede. Keinem russischen Studenten, der bei uns sich auszubilden sucht, der in unsren Hörsälen, der in unsren Universitäten wissenschaftlichen Arbeiten sich hingibt, sind jemals irgend welche Hindernisse in den Weg gelegt worden. Die fremden Studenten werden bei uns mit derselben Liberalität behandelt wie die einheimischen. Aber die Bestimmung darüber, was Fremde bei uns thun oder was sie nicht thun können, steht der Regierung dieses Landes zu und steht nicht zu fremden Nihilisten und ihren Veratern und Helfern von der socialdemokratischen Partei. (Sehr richtig! und wenn diese fremden Nihilisten sich so manig machen, wie sie das in der letzten Zeit gethan haben, wenn sie solche impertinenten Erklärungen verfaßten, wie es die slavischen Studenten hier unter der Führung der Herren Mandelstamm und Silberfarbe (Heiterkeit) vor einigen Tagen gethan haben, so werde ich dafür sorgen, daß solche Leute ausgewiesen werden. (Lebhafte Beifall rechts.) Mitleid und Wohlthätigkeit, wo Mitleid am Plage ist. Duldung und Schutz allen solchen, die sich unter die Gesetze stellen, die unsre Gesetze beobachten und die sich anständig auführen. (Sehr richtig!) Aber wir sind in Deutschland noch nicht so weit gekommen, daß wir uns von solchen Schnorren und Verschwören auf der Nase herumtanzen lassen. (Lebhafte Beifall rechts.) Zu einem Laboratorium mit nihilistischen Sprengstoffen sind wir zu gut. (Beifall.) Der ganze Lärm, den die Socialdemokratie stets gegenüber den Ausweisungen und gegenüber den Vorgängen in Königsberg erheben, fließt genau aus derselben Quelle, wie das ununterbrochene Toben der socialdemokratischen Presse gegen Rußland, und die heftigen Angriffe, die heute wieder der Herr Abgeordnete Weibel gegen Rußland gerichtet hat, verfolgen den Zweck, die Revolution aus dem Kriege zu entsehlen. Der Herr Abgeordnete Weibel hat eben mit einer gewissen Verlegenheit gesprochen von einem Artikel, den sein Freund, der Herr Kautsky, in der „Neuen Zeit“ geschrieben hat. (Abg. Weibel: Verlegenheit!) Er schildert uns den Herrn Kautsky als einen Ideologen. Ich glaube doch, der Herr Kautsky ist mehr als das. Ich glaube, Herr Kautsky ist gewissermaßen das publizistische Sprachrohr des Herrn Abg. Weibel. Er ist sein Leibjournalist. Er sieht zu dem Abg. Weibel ungefähr so, wie weiland in Spanien der Groß-Inquisitor zum König stand. (Heiterkeit.) Er zeigt mit dem Stock auf diejenigen, die verbrannt werden sollen. (Heiterkeit.) Das haben ja die armen Revolutionisten bei Ihrem Kongress erfahren. (Heiterkeit.) Also in einem Artikel des offiziellen Parteiorgans der Socialdemokratie, in der „Neuen Zeit“, schreibt Herr Kautsky: Das Parentum jobiel wie möglich zu diskreditieren, ist heute eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Socialdemokratie. (Hört! hört!) Wenn es erst gelungen wäre, in Rußland der Revolution zum Siege zu verhelfen, würde die Rückwirkung auf ganz Europa eine ganz gewaltige sein. (Hört! hört!) Ein revolutionäres Rußland würde die Balkanhalbinsel überschwemmen, dann würde Oesterreich geprengt werden, dann würde in Deutschland der Bundesstaat dem Einheitsstaate Platz machen müssen, dann würde Polen wiederhergestellt werden. (Hört! hört!) Und der Artikel schließt mit den Worten: „Sollte es nicht möglich sein, daß schon aus diesem Kampfe sich schließlich eine herrschende Stellung des Proletariats in Deutschen Reich ergiebt?“ (Hört! hört!)

Also darum, damit wir hier in Deutschland mit dem Zukunftsstaat, mit der Zuchthausordnung und eventuell mit der Diktatur des Herrn Abgeordneten Weibel beglückt werden, darum sollen wir Nihilisten erlauben, daß sie nach Hergenslust bei uns wählen und konspirieren. Das werden wir nicht thun, sondern wir werden verhindern, daß vom deutschen Gebiet aus feindliche Machinationen gegen Rußland oder gegen irgend einen andern Staat betrieben werden. Wenn es nach Herrn Weibel ginge, dann würden wir allerdings bald im Krieg mit aller Welt sein. Heute reißt er sich an Rußland, morgen will er in Rumänien, in Armenien intermedieren, übermorgen in Südafrika. Das würde eine Hans Dampf-Politik werden, eine abenteuerliche und phantastische Politik, um diese Ausdrücke des Herrn Weibel zu gebrauchen, wie sie noch gar nicht dagewesen ist. Eine solche Politik werden wir nicht führen, sondern wir werden, völlig unbekümmert um socialistische Quertreibereien, die vertrauensvollen, friedlichen und guten Beziehungen aufrecht erhalten, die uns

fehlt mit andern Staaten verbinden. (Lebhafte anhaltender Weisfall.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Der einzige Punkt, in dem ich mit Herrn Haase übereinstimme, ist der, daß unser Voruntersuchungsverfahren verbesserungsbedürftig ist. Im übrigen ist das Vorgehen der Regierung ganz berechtigt. Herr Bebel hat all die Verbredungen ausgeführt, die früher deutsche Polizeibeamten verübt haben. All dieses Verbrechen sollte nur bedecken, daß keine Angaben von den Ministern glänzend widerlegt sind. (Sehr richtig! rechts.) Wir wünschen durchaus nicht russische Zustände, freilich würde ich im absolutistischen Zarenreich noch lieber wohnen als im Zukunftsstaat des Herrn Bebel. (Heiterkeit und Sehr richtig! rechts.) Wenn auch vielleicht der Auslieferungvertrag zu hart ist, so dürfen wir ihn doch jetzt nicht ändern. Das würde ein Herausstreifen aus der Neutralität sein, die wir Russland schänden. (Sehr wahr! rechts, Lachen bei den Socialdemokraten.) Daß die preussischen Minister hier im Reichstag über preussische Angelegenheiten Auskunft gegeben haben, halte ich nicht für richtig. Wenn der Reichstag alle angeleglichen Verfehlungen preussischer Minister zu besprechen hätte, dann könnte er sich gleich in Permanenz erklären. (Sehr richtig! rechts.) Die Socialdemokratie lehnt es ab, mit dem Anarchismus irgend etwas zu thun zu haben, aber in ihrem Kalender sind alle Fürstenmorde aufgeführt. (Sehr richtig! rechts.) Daß russische Studenten, die sich an politischen Agitationen beteiligen, ausgewiesen werden, ist selbstverständlich. (Sehr richtig! rechts.) Das ganze Vorgehen der Socialdemokratie hat nur den Zweck, gegen Russland Stimmung zu machen, aber alle Angaben der Herren Haase und Bebel sind widerlegt worden. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Haase (Soe.):

Ich muß entschieden gegen die Behauptung Protest einlegen, als hätte ich den Königsberger Prozeß in nicht zulässiger Weise vorgebracht. Ich habe mit keinem Worte zu Gunsten der Angeklagten Stellung genommen, sondern lediglich ausgeführt, inwiefern die gesetzlichen Vorschriften bei dem Prozeß nicht beachtet worden sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Beachtung der Befehle zu beaufsichtigen ist aber die Pflicht des Reichstages. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Sattler war befriedigt, daß von der Regierung die erforderliche Aufklärung über die von mir erwähnten Fälle gegeben sei, es wäre nichts von meinen Angaben übrig geblieben. Wie beide Seiten sind doch die Herren National-Liberalen! Es ist unverständlich festgesetzt worden, daß in Berlin eine russische Spionage-Organisation existiert. Nur Herr Hammerstein weiß nichts davon. Ich habe ihm die Namen der Agenten genannt, er aber hat die Augen dagegen geschlossen, er will sie nicht sehen, oder er soll sie nicht sehen, dafür sprechen die Ausführungen des Reichstages. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Wie sollen meine Angaben beweisen! Ja, wir sind nicht in der Lage, Zeugen eidlich zu vernehmen, wir können nur die Beweismittel liefern — auch die der Fragebogen an die russischen Studenten, die der Herr Justizminister in abfälligem Sinne erwähnt, dient natürlich nur diesem Zweck —, und die Pflicht der Regierung ist es dann, die Angaben zu prüfen. Freilich, Herr v. Hammerstein erklärt im Abgeordnetenhaus, er habe meine Enthüllungen von vornherein für Plunder und Lüge gehalten. Wie würden Sie enttäuscht sein, wenn ein Abgeordneter so Äußerungen eines Ministers darafschieben würde! (Lachen rechts.) Man kann sich ja denken, wie die Ermittlung danach ausgefallen hat. Der Herr Minister sagt zu einem Beamten: Da wird viel geflaskt und gesunkert, vernehmen Sie mal eine Person — und der Beamte wird natürlich dann seinem Chef erklären: Sie haben ganz richtig vermutet, es ist alles gesunkert worden. — Was würden Sie zu einem Richter sagen, der mit der vorgefassten Meinung, die Anzeige enthalte doch nur Falsches an die Untersuchung herangehen würde. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Hergeleitet ist die Fälschung gegenüber meinem Genossen Hervert, und festgesetzt ist, daß Postbeamten nach der Korrespondenz von Russen, in einem Fall unter Andeutung von Geld, gefragt worden sind. Ist das alles so harmlos, daß die Regierung keinen Anlaß hat, gegen das Schreiben einzuschreiten? Herr v. Hammerstein hat nicht einmal die Postbeamten mit den von mir namhaft gemachten Agenten konfrontiert. Daraus folgt eben, daß man nicht ermitteln will. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich habe nie bestritten, daß Russen, die in Deutschland gelebt haben, später in Russland Attentate begangen haben. Aber daraus folgt doch nicht, daß diese Leute während ihres deutschen Aufenthaltes Anarchisten waren. Auf jeden Fall aber würde es nur beweisen, wie wenig die polizeiliche Aufsicht in Deutschland genügt hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich habe gegenüber dem preussischen Justizminister nichts zurückgenommen. Dagegen hat er selbst seine Ausführungen aus dem Abgeordnetenhaus sehr wesentlich eingeschränkt müssen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat in einer sehr billigen Weise gegen uns polemisiert. Ich habe meinen Ohren nicht getraut, als er sagte, meine Behauptungen über Liebedemerei gegen Russland entsprächen nicht der Wahrheit, nachdem er selbst aus den Akten des Auswärtigen Amtes den schlagendsten Beweis für diese Liebedemerei erbracht hatte! Lebhafteste Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Nach der eignen Darstellung des Reichskanzlers hat man Leute nur deswegen ausgewiesen, weil die russische Regierung es wünschte! Und man wies sie nicht nur aus, sondern lieferte sie auch den russischen Schergen in die Hände! Der Reichskanzler hat den ausgewiesenen Deutschen als Anarchisten gebremst. Deutsch ist bis zu dieser Stunde kein Anarchist, er lebt in Frankreich, das das Gastrecht nicht verleiht. — Um Väterchen bei guter Laune zu erhalten, liefert man nicht nur Russen an Russland aus, sondern man verfolgt sogar deutsche Reichsangehörige! Das ist in der Geschichte ohne Beispiel! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die Geschichte aber wird über dies Verfahren und über die heutige Rede des Reichskanzlers richten! Der Reichskanzler behauptet, die Regierung sei milde gegen die Ausländer, die sich anständig benähmen. Er verurteilt dann den Protest der russischen Studenten gegen den Staatssekretär v. Richtigshofen. Da gehen unsere Anschauungen über des Reichskanzlers Begriff zwischen „Anständigheit“ und „Mitschuldigkeit“ himmelweit auseinander. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Reichskanzler hat die Russen Schnorrer genannt. (Sehr richtig! bei den Antisemiten.) Er hat damit den Weisfall bei den Antisemiten geerntet. Diesen Weisfall gönne ich ihm von Herzen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Was der Reichskanzler über die Auslieferung sagte, hätte ich nicht für möglich gehalten von einem Manne, der sich in der Presse so gern als besonders human und modern feiern läßt. Aber freilich: Der Reichskanzler ist ein sehr gelehriger Schüler Russlands. (Lauter Aufse: Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Socialdemokratie hat nie Deutschland und Russland „verhehen“ wollen. Unsere Regierung aber wirft sich vor Russland hin, verbeugt sich fortwährend vor ihm, um Russlands Wohlwollen zu erlangen. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Das ist festgesetzt durch die heutige Rede des Grafen Bismarck.

Der Minister des Innern sagte, es sei sein bester Wille, das Deutsche Reich und Preußen zu erhalten. Wer will denn das Deutsche Reich beiseitigen? Die Aeußerung Bebels auf dem Dresdener Parteitag, die das Grauen des Herrn v. Hammerstein erregt hat, besagt nichts anderes als das, was uns im Innersten trennt von der bürgerlichen Gesellschaft, daß zwischen uns und ihr eine tiefe Kluft gart, daß unsere Weltanschauung eine andre ist, und daß wir unsre Weltanschauung im ganzen Deutschen Reich zur Geltung bringen wollen gegenüber den reichthümlichen Kapitalisten oder gar konservativen Reaktionen. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Es ist mir ein Schriftstück bekannt geworden, das von seiten einer preussischen Behörde an die russische Polizei gerichtet worden ist. In diesem Schriftstück wird den Polizei-Agenten einer russischen Grenzstadt ein Personenverzeichnis derjenigen mitgeteilt, die des Transportes illegaler Schriften nach Russland verdächtig sind. Es

werden namhaft gemacht nicht nur Russen, sondern vor allen Dingen auch diejenigen, gegen die sich das Gerichtsverfahren im Königsberger Prozeß richtet. Man wird es für ungenügend halten, wenn ich sage, daß ich erst aus diesem Schriftstück erfahren habe, gegen welche Personen die Behörden eingeschritten sind. (Große Bewegung. Aufse bei den Socialdemokraten.) Dem Reichskanzler muß doch die Schamröthe ins Gesicht steigen, wenn er vernimmt, daß am Schluß dieses Schriftstückes unsere Behörden die Polizei-Agenten der russischen Grenzstädte erlauben, ihr doch die Namen von Personen mitzutheilen, die von der russischen Regierung des Transportes illegaler Schriften für verdächtig gehalten wurden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die deutschen Behörden bitten also die russische Regierung, ihr deutsche Staatsangehörige namhaft zu machen, die illegale Schriften vertrieben! Ist es dem deutschen Staatsangehörigen verboten, russische socialdemokratische Schriften zu lesen? Es ist unangekündigt, woher die Schriften kommen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler stellt es wieder als Fiktion hin, daß die Schriften von einem russischen Spion abgehandelt sind. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit preussischen Spiegeln gemacht haben, ist diese Vermutung sehr wahrscheinlich. Und jetzt, nach der Rede des Herrn Reichskanzlers, werden sich die Spiegel erst recht sagen: Wenn der deutsche Reichskanzler so von Wohlwollen und Engenommenen gegenüber der russischen Regierung überfließt, dann laßt sich in Deutschland ein gutes Geschäft machen, das noch etwas einbringt, der Reichskanzler, der moderne Mann, wird sich unter allen Umständen für Russland ins Zeug legen. Der Herr Reichskanzler hat keine Ehre mit seiner heutigen Rede geerntet. (Unruhe rechts.) Die Schamröthe müßte einem bei diesem Kriechen vor Russland ins Gesicht steigen. (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Justizminister Schönstedt:

Herr Haase ist heute wie vorgestern mit die Hauptsache herumgegangen. (Lebhafte Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Ich habe nicht gesagt, daß Komogroß sich die terroristischen Schriften von Stabilit gestellt habe, sondern nur, daß er von der Ankunft von Schriften durch Stabilit Kenntnis hatte. Die Staatsanwaltschaft in Königsberg ist nicht mit irgend welchen Polizei-Agenten in Verbindung getreten, sondern sie hat lediglich an den Oberprokurator in Libau und Riga die Anfrage gerichtet, ob etwa Personen, die an dem Schmuggel russischer Schriften beteiligt waren, dort bekannt wären. Das ist doch etwas ganz Natürliches. (Sehr richtig! rechts.) Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich habe keinen Rückschlag angetreten, sondern nur mißverständliche Auffassungen zurückgewiesen. Die Kenntnis des Inhalts ist mir natürlich von der Staatsanwaltschaft in Königsberg gekommen. Herr Bebel hat für die Angeklagten Stimmungen machen wollen. Ich folge ihm auf diesem Wege nicht, sondern halte mich objektiv. Herr Bebel behauptet, Herrn Stabilit nicht zu kennen. In dem Brief Stabils an Treptau schreibt dieser, daß er im vorigen Jahr Bebel Mitteilung gemacht hat über den Fall Kube. Wer hier die Unwahrheit sagt oder sich irrt, weiß ich nicht. Meine Bemerkungen über die Beziehung der Parteilieferung zu dem Schriftensmuggel mögen ja Herrn Bebel etwas unbehaglich sein; er hat sie abgelehnt. (Stürmische Zurufe bei den Socialdemokraten: abgelehnt! Sie haben ja nichts bewiesen! Abg. Hoffmann ruft wiederholt: Kann sich denn der Minister alles gestatten!)

Vizepräsident Dr. Baasche: Darüber habe ich zu entscheiden. Ich würde eingreifen, wenn der Herr Minister etwas Unstatthafte sagte.

Justizminister Schönstedt (fortfahrend):

Was den Expedienten des „Vorwärts“ anlangt, so hat er, als er als Abfender eines als Schuttwaren deklarierten Schriftenpakets angesehen war, sein Zeugnis verweigert. Schluß ist will ich daraus nicht ziehen. Herr Haase bleibt dabei, daß Spigel ihre Hände im Spiel haben. Ich bitte Sie, im Interesse der guten Sache die Spigel zu entlarven. Die Justizverwaltung wird Ihnen dankbar sein, denn ihr liegt nur an der Ermittlung der Wahrheit. Sie (zu den Socialdemokraten) haben ja erklärt, daß die Enttarnung von Spiegeln besser verstehen als preussische Polizeibeamte, also stellen Sie Ihre erfolgreiche Tätigkeit in unseren Dienst. (Heiterkeit.) Entschuldigt habe ich mein Erscheinen hier als höflicher Mann, weil ich den Reichstag mit Dingen behelligen muß, die ihn eigentlich nichts angehen. Diese Entschuldigung war um so mehr am Platz, als die Debatte nun schon anderthalb Tage dauert.

Preussischer Minister des Innern Herr v. Hammerstein:

Ich kam auch jetzt noch nicht alle von Herrn Haase angeführten Fälle als abtrotzt wahr gelten lassen. Es ist kein Fall erwiesen, daß sich ein russischer Polizei-Agent Antschandlungen angetraut hat, die nur einem preussischen Beamten gebühren; es ist auch kein Fall erwiesen, daß von russischen oder deutschen Polizisten gefehlwidrige Handlungen verübt worden sind. Herr Bebel hat gesagt, wer als Socialdemokrat wirklich terroristische Schriften verbreitet, der stiege aus der Partei hinaus. Ich glaube das nicht. Denn die Socialdemokratie buhlt mit der revolutionären Idee. (Abg. Ad. Hoffmann: Aber nicht so, wie Sie mit Russland. Heiterkeit.) Zum Beweise führt der Minister an, daß ein revolutionäres russisches Flugblatt ohne Kommentar und Zusatz in den vom Abg. Ed. Bernstein herausgegebenen „Dokumenten des Socialismus“ abgedruckt worden sei. (Allgemeine lärmliche Heiterkeit.) Ich hoffe, die Arbeiter werden nun zu der Ueberzeugung kommen, daß die Socialdemokraten dem Umsturz huldigen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Auch jetzt habe ich nicht die Ueberzeugung von der Richtigkeit der Bebelschen Angaben im Falle Weischesloß erlangt. Für die Polizei lag auf Grund der Angaben Weischesloß keine Veranlassung zum Einschreiten vor. Wir haben die Resolution der Studenten für eine Kinderlei gehalten. Herr Bebel hat sich nun bemüht, diese jungen Leute als die reifsten, erfahrensten Männer hinzustellen. Wenn dem so ist, dann werden wir uns die Sache vielleicht noch überlegen und uns fragen, ob wir nicht die 304 Studenten auch noch auswiesen sollen. (Heiterkeit.) Herr Bebel hat gesagt: Die Geschichte wird das Urteil über unser Verhalten fällen. Ich kann wohl diesem Urteil ruhig entgegengehen. (Ironisches Sehr richtig! links.) Wer den Weisfall seiner Zeit genug gekostet, der hat genug gekostet! (Stürmische Heiterkeit links. Auf: „Der hat gelebt für alle Zeiten!“ Erneute Heiterkeit.)

Staatssekretär Herr v. Richtigshofen:

Ich habe nicht, wie Herr Bebel behauptete, den Dr. Weischesloß als Anarchisten bezeichnet. Mir war damals die Parteilieferung des Herrn noch ganz unbekannt. In der Zwischenzeit ist er mir allerdings ziemlich verdächtig geworden. Herr Bebel sagte, ich hätte eine schwere Niederlage erlitten. Nein, die Niederlage liegt bei Ihnen (zu den Socialdemokraten)! (Aufse: Ach! ach! bei den Socialdemokraten.) Sie haben nichts beweisen können. Den Sieg wird die Regierung davontragen! Es bleibt alles beim alten! Sie werden sehen, daß Sie auch in dieser Beziehung eine zielbewusste Regierung vor sich haben. Die Amerika die Einwanderung von Anarchisten verboten hat, so werden auch wir uns diese Gesellschaft vom Leibe halten! (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Ant.): Abg. Bebel hat heute nichts Neues gesagt. Ich begreife nicht, warum Herr Haase sich besonders über den Ausdruck des Reichskanzlers „Schnorrer“ aufgeregt hat. Schnorrer und Verchwörer ist meistens dasselbe. Es ist ganz recht, daß man diese Leute nach Russland abschiebt. Die Juden aber sollten doch nach ihrem gelobten Lande zurückkehren. (Lachen.) Wir wollen Herrn im Hause bleiben! (Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Haase (Soe.):

Der Minister des Innern hat wieder als funkelndes Verführer, daß ich in einem Verfahren gegen unbekannt mein Zeugnis verweigert habe. Ich habe schon am Sonnabend ausführlich dargelegt, warum ich als verdächtig Mensch so handeln mußte. Ich würde sonst pflichtvergessen gekandelt haben. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Der Justizminister hat meine Äußerungen in rabulistischer Art umgedeutet.

Vizepräsident Dr. Baasche: Zu einer solchen Aeußerung haben Sie nicht das Recht!

Abg. Haase (fortfahrend):

Ich würde gegenüber einem Staatsanwalt unter dem Schutze des Gerichtshofes ein noch schärferes Wort gebraucht haben. Der Justizminister hat eine Angabe aus den Akten auf Grund einseitiger Mitteilungen des Staatsanwalts gemacht, während es im Abgeordnetenhaus schien, als seien diese Angaben unparteiisch und objektiv! Wie kommt der Minister dazu, einen Angestellten der Buchhandlung Wortwärts ohne weiteres als Mitglied der Parteilieferung zu bezeichnen? Vielleicht bezeichnet er auch die Portiers als Mitglieder des Ministeriums! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die Minister haben nach der Reihe gegen den „Terror“ gebannt. Aber gegen den Terror der russischen Regierung in Bulgarien und Serbien ist kein Wort gefallen! Das schöne Schlusswort des Herrn v. Hammerstein wird behalten werden, wenn der Minister selbst längst vergessen sein wird. Man wird sich sagen: In Deutschland gab es einmal eine Persönlichkeit, die annahm, man habe den Weisfall seiner Zeit gedient, wenn man vor dem Zaren auf dem Bauche kroch! (Lebhafte Bravo! bei den Socialdemokraten. Unruhe rechts.) Die Weischesloß wird über diese Minister hinweg geben, und wenn sie zehnmal die Fußhände der heiligen Alliance in Deutschland wieder aufrichten wollen. Die Socialdemokratie ist berufen, dem deutschen Namen diese Schmach zu ersparen! (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bebel (Soe.):

Wenn Herr Werner den Mund gehalten hätte, wäre es für die Regierung besser gewesen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Er hat sie so ungeschickt wie nur möglich verteidigt. Wenn er sagte, er bleibe lieber in dem Gegenwartsstaat, als daß er Herrn Haase in den Zukunftsstaat folgte, so teilen wir dieses Gefühl von Millionen. Es wäre uns sehr peinlich, Leute seines Schlages in unserem Zukunftsstaat zu sehen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Der Abg. v. Kardorff hat den historischen Kalender des „Vorwärts“ angegriffen. Es sind in ihm alle diejenigen Tage verzeichnet, die Marksteine der Geschichte sind. Redner weist eingehend nach, daß alle möglichen Vorgänge im Kalender hier verzeichnet sind, so die Einführung der Schwurgerichte, der Treubruch des Generals Fox, die Einführung des Gregorianischen Kalenders, der Arbeiter-Aufstand, Erlaß Wilhelm II., ja sogar der Todestag des Grafen Klinkowström. Der Justizminister wird sich damit abfinden müssen, daß ich kein Aufstreifen im preussischen Abgeordnetenhaus nach wie vor als ungeschicklich bezeichne. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die denunciatorische Aeußerung, die er im Abgeordnetenhaus über die socialdemokratische Parteilieferung und ihre Verbindung mit dem Schriftensmuggel gemacht hat, hat er am Sonnabend im wesentlichen zurückgenommen. Wir ist es nicht im Traum eingefallen, von dem Justizminister eine Erklärung zu Gunsten der Angeklagten zu erwarten. Die hätte er nicht abgegeben, auch wenn er in dem Glauben wäre, daß sie unschuldig sind. Ich habe nur überall richtiggestellt. Aber der Justizminister ist so in Aufregung gewesen, daß er nicht gehört hat, was ich gesagt habe. Ich habe mitgeteilt, daß Pögel, ein Unterbeamter der Buchhandlung Wortwärts, als Zeuge im Prozeß vernommen und dabei nicht bestritten hat, daß er solche Schriften verbreitete, wohl aber bestritt, daß er sie als Schuttwaren deklarerte und daß er einer Geheimverbindung angehöre.

Wenn solche Dinge in andern Ländern vorkämen, sie würden die beständige Enttäuschung hervorrufen. Frankreich sieht ganz gewiß in enger politischer Beziehung zu Russland, aber so etwas wäre dort unmöglich. Als in Paris in einer Versammlung von russischen Studenten zwei Spigel entdeckt wurden, wurden sie aufs Podium geschleppt, photographiert und durchgeprügelt. Jeder anständige Mensch sagt, den elenden Lumpen sei recht geschehen. Und den russischen Studenten ist nichts passiert. Wenn in der französischen Kammer ein Minister eine solche Rede gehalten hätte, wie heute der Reichskanzler, im ganzen Hause wäre Entrüstung ausgebrochen. Bei uns in Deutschland ist so etwas nur möglich. Es kommt immer wieder die alte Bedientenunart zum Vorschein. Herr Schönstedt hat sich hier vor der Rechten entschuldigt, damit diese es ihm nicht übel nimmt, daß er nicht im Abgeordnetenhaus geblieben ist. Wir aber von der Linken haben ihn gezwungen, hier auf der Anklagebank zu erscheinen. Das war für den Herrn Minister so eine Art Gang nach Golgatha. Was nun den Herrn v. Hammerstein anbelangt, so muß ich sagen, er hat hier so wenig Kapazität entwickelt, daß ich erlaube mir, daß er einen so wichtigen Posten im großen deutschen Bundesstaat bekleidet. Wenn Preußen so wenig Intelligenzen hat, daß sie auf Herrn v. Hammerstein als Minister des Innern kommen mußte, dann kann mir Preußen einfach leid thun. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Hammerstein sprach ja davon, daß er die Arbeiter vor der Partei und dem gewaltthätigen Umsturz abzuwenden wolle. Versuchen Sie es doch einmal mit einer Auflösung hier, oder führen Sie für den preussischen Landtag das allgemeine Wahlrecht ein. Davor hüten Sie sich aber aus Angst vor der Socialdemokratie und vor den Arbeitern. (Zurufe rechts.) Ach, meine Herren, Sie müßten ja hier am liebsten auch das allgemeine gleiche Stimmrecht los sein. Glauben Sie nur, wir wissen ganz genau, wie wir mit Ihnen daran sind. Freiherr v. Richtigshofen sagte, er habe den Dr. Weischesloß nicht als Anarchisten bezeichnet. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs aber hatte Weischesloß durchaus das Recht, sich gegen die Verdächtigung, Anarchist zu sein, zu wehren. Redner verliest die betreffenden Äußerungen des Staatssekretärs.

Die Herren Minister werden kein Gelächter verschüren, ähnliche Debatten, wie die heutige im Reichstag wieder zu provozieren. Die preussischen Polizeibeamten bis zum Minister des Innern, wie auch die russischen Polizei-Agenten, werden sich in Zukunft gehörig acht nehmen! (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Das wird der Erfolg dieser Debatten sein. (Lebhafte Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Minister Freiherr v. Hammerstein: Es wird mir eine Freude sein, sobald wie möglich mit Herrn Bebel wieder die Klänge zu kreuzen. Ich habe ihn jetzt kennen gelernt in der Nähe und in der Bewegung. (Heiterkeit.) Herr Bebel hat mich mit einer vielseitigen nicht beachteten Verleumdung als ein „Müßer von Inkapazität“ bezeichnet. Gott sei Dank, ist mein Kopf nicht so vollgepfropft mit phantastischen Ideen vom Zukunftsstaat wie Ihr Kopf, Herr Bebel! (Heiterkeit.) Aber soviel Kapazität habe ich bewiesen, daß ich Ihre Anklagen als unbegründet erwiesen habe. Darauf kam es an. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Bebel-Debour-Haase wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung des Justiz-Etats auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Es hat geschossen. Just am demselben Tage, an dem unsere Genossen Stadthagen, Lipinski und Frohme im Reichstage gegen die Behandlung socialdemokratischer Redaktoren in Gefängnissen protestierten, erhielt Genosse Hans Marquardt von der Volkstimme in Magdeburg die Nachricht, daß der Justizminister die bis dahin verweigerte Selbstbestätigung nachträglich bewilligt habe. Was dahin hatte er seine Felle selbst reinigen, der bekannten „Behälter“ täglich selbst entleeren, auf jegliches Versehen einer Zeitung zu verzichten müssen usw. Der Antrag M.'s, ihm wegen seines kranzlichen Zustandes Selbstbestätigung zu gewähren, wurde jedoch abgelehnt, dafür darf er die „Voll-Zig.“ lesen und Jagdpulver benutzen.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Der Vorstand der Leipziger Ortskrankenkasse hat der Kreis-

Die Vorschläge der Kreisgesundheitskommission gingen dahin, die

Der „Deutsche Metallarbeiter“, Organ des christlichen

„In Köln streifen die Kerzte, um ihre Forderungen durch-

Die Behörde greift ein, nicht zum Schutze der „Arbeits-

Stoff zu einem Korruptionsartikel für die „Germania“ liefert

In Gosenheim besteht eine Krankenkasse, die nur von be-

Vom Fortbildungsschulwesen. Die Kaufmannslehrlinge Hagel-

Der Strafenrat des Kammergerichts bestätigte das Urteil

Sein Staatszuschuss zur Arbeitslosen-Unterstützung der norwegi-

straße 88/89. Der alleinige Kandidat der Sozialdemokratie ist Fritz

Parteilosen! Die wenigen Tage bis zur Wahl müssen zur

Kowawos. Mittwoch, den 2. März, abends 1/9 Uhr,

Pankow. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet eine

Vorwahl. Mittwochabend 8 1/2 Uhr ist im Lokal des

Johannisthal. Die nächste Versammlung des Wahl-

Lokales.

Das Bauwesen im Stadthaushalt-Etat für 1904.

Das Bauwesen ist ein Schmerzenskind der Berliner Kommunal-

32 107 300 M. sollen im Jahre 1904 für das Bauwesen aus-

Am Bau-Etat ist es zu merken, daß die neue Anleihe dem

Im Etat des Hochbaus stehen diesmal vierundzwanzig von zu-

Im Etat des Straßen- und Brückenbaus erscheint eine

Dem Straßen- und Brückenbau opfert der Freisinn freudig die

Die in Berlin lebenden Japaner sind, soweit sich aus ihrem hier

würden auch sie gut behandelt werden, vielleicht besser als

Die Parteideputation erledigte in ihrer letzten Sitzung eine lange

Das Ersuchen der Parteideputation, auf dem Kasernenfreizeit

Der Vertrauensmann.

Die Kerztkammer der Provinz Brandenburg hat den Thee-

Die königliche Eisenbahndirektion Berlin sendet uns zu un-

Unser Wissen hat es überhaupt noch keinen Unternehmer auf

Über einen neuen Schwindel teilt das Polizeipräsidium mit:

Das Strafverfahren gegen den des Mordes beschuldigten

Unfall oder Verbrechen? Gestern nach zwischen 1/2 und 1/1 Uhr

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Adershof. Die Gemeindevertreterwahl der dritten

aus Nixdorf in einer Entfernung von etwa 100 Meter gesehen haben, wie der fremde Mann von mehreren anderen Personen zum Kanal gedrängt und dann ins Wasser geworfen worden sei. Die Täter hätten sofort die Flucht ergriffen. Eine bestimmte Angabe über die Zahl der angeblichen Täter kann A. nicht machen. Die Ermittlungen sind noch in der Nacht von der Nixdorfer Kriminalpolizei aufgenommen worden.

Nur 15 Pfennig im Wasser ging der 16jährige Tapezierlehrling Franz Biele, der bei dem Meister Gehauer in der Ulmenstraße 18 in der Lehre steht. Er sollte für Polsterarbeiten Werte um 1,70 M. einlaufen, brachte aber ein um 15 Pf. billigeres Stück. Als dies durch Nachfrage in dem Geschäft festgestellt wurde, rannte er aus der Werkstatt und stürzte sich in den Landwehrkanal. Als er von Schwämmern gerettet war, blieb er dabei, daß er 15 Pf. verloren habe, und in das Wasser gegangen sei, weil man ihm das nicht glaube. Er befindet sich in einem Krankenhaus.

Lotgequetscht wurde am Sonnabendvormittag ein Arbeiter in der Breitschneiderischen Dampfseidmühle zu Spandau. Beim Herausrollen von Baumstämmen erlitt die Kette die Kleidung des Arbeiters, und ehe noch ein Mensch aufmerksam wurde und ihn daraus befreien konnte, war das Unglück geschehen. Der Arbeiter geriet demnach in das Getriebe, daß er auf der Stelle tot blieb. Inwiefern Mangel an geeigneten Schutzvorrichtungen oder eigne Unvorsichtigkeit das Verunglückte das Unglück herbeigeführt hat, wird die amtliche Untersuchung hoffentlich ergeben.

Selbstmord eines Hauptmanns. Durch einen Schuß in den Mund tötete sich am Sonnabendmorgen um 9 Uhr der 33jährige Hauptmann Keder vom Eisenbahn-Regiment Nr. 3 in seiner Wohnung Friedrich Wilhelmstr. 16 zu Tempelhof. Hauptmann Keder war zwei Jahre lang in Südwest-Afrika und bei dem Eisenbahnbau von Swakopmund nach Windhoek hervorragend tätig gewesen. Nach seiner Rückkehr von dort übernahm er die 2. Compagnie des Regiments. Das Klima in der Kolonie hatte sehr ungünstig auf sein Nervensystem eingewirkt, so daß er seit 14 Tagen im Garnison-lazarett Tempelhof weilte. Von dort entfernte er sich ohne Erlaubnis und erschoss sich mit einem Revolver in einem Lehnstuhl, nachdem er sich die Augen verbunden hatte. Am 11 Uhr fand ihn sein Vorgesetzter. Die Leiche wurde nach dem Lazarett gebracht.

Zu Unrecht verdächtigt. Vor kurzem wurden einige bei einer hiesigen Expeditionsfirma beschäftigten Kollisführer nach dem Polizeipräsidium geladen. Sie hatten einen Eisenbahnwagen Schutzwaren nach einem Schuhwarengeschäft in der Neuen Friedrichstraße spediert, und von dieser Sendung fehlten angeblich 135 Paar Stiefel. Da die Firma behauptet hatte, daß die Risten ihr zum Teil im aufgebrochenen Zustande überliefert worden seien, fiel der Verdacht des Diebstahls auf die Kollisführer, die ihrerseits jede Kenntnis von der Unthat bestritten und behaupteten, daß sie die Verpackung in einem wenigstens äußerlich unbeschädigten Zustande abgeliefert hätten. Eine von der Polizei angestellte Untersuchung förderte das Ergebnis zu Tage, daß nur 88 Paar Stiefel und weiter stellte sich dann heraus, daß in diesen Fällen statt gefüllter Kartons leere in den Risten verpackt gewesen, diese selbst aber unbeschädigt abgeliefert waren. Somit war die Schuldlosigkeit der verdächtigten stützlich erwiesen. Hoffentlich spricht die in Betracht kommende Firma weniger leicht halbkloße Verdächtigungen aus.

Einen schweren Verlust hatte am Freitagabend der Schreiberlehrling Kurt Kaufmann, der am Engel-Platz 8 bei den Eltern wohnt. Auf einem Geschäftsweg verlor er auf dem Wege von der Prinzenstraße nach der Ritterstraße einen seinem Prinzipal gehörenden Hundertmarkschein. Vielleicht verhilft diese Mitteilung dem Verlorenen wieder zu dem Gelde.

Auf der Polizeiwache ist gestern morgen um 6 1/2 Uhr der 46jährige Gastwirt Heinrich Buchmann vom Wilhelmplatz 1a zu Charlottenburg gestorben. Er hatte die Nacht durchgezogen und kam heute früh um 5 Uhr in ein Café, wo er einschlief. Eine Stunde später wurde er von einem Kellner auf die Straße geführt; dort fiel er, ohne aber äußerliche Verletzungen davonzutragen. Ein Schuhmann vom vierten Polizeirevier nahm sich seiner an und brachte ihn nach der Wache in der Flemmingstraße zu seiner eignen Sicherheit. Dort erlitt ihn der Tod. Nach einer anderen Angabe war Buchmann krank und ist umhergeirrt, nachdem er sich heimlich von Haus entfernt hatte. Die Leiche wurde zur Bestimmung der Todesursache beschlagnahmt.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 24 Stunden ist eine ungewöhnlich reichhaltige, denn sie weist gegen 20 Alarmierungen auf. Gestern mittag wurde die Wehr nach Fürstent. 9 gerufen, wo auf dem Boden Wäschestücke und alter Hausrat in einem Verschlag brannten. In der Luisenstr. 27/28 mußte vorher ein Feuer beseitigt werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Allerlei Gerümpel und Packmaterial wurden in der Ulmenstraße 6 eingekerkert, während in der Briegstr. 1 ein Schornsteinbrand beobachtet werden mußte. Möbel, Kleidungsstücke und Decken gingen abends in der Oderbergerstraße 59 in einer Wohnung in Flammen auf. Ähnliche Brände beschäftigten die Wehr in der Posenerstr. 16, Eisenbahnstr. 47, Adalbertstr. 51 usw. Gardinen und Portieren wurden in der Königsgrabenstr. 40 vernichtet. Alle übrigen Alarmierungen, die noch aus der Waldstr. 30, Alt-Moabit 13, Strahburgerstr. 43, Briegerstraße 5, Panikstr. 43, Karlsbad 5 und noch von verschiedenen anderen Orten einliefen, betrafen Brände, die teils vor Anbruch des ersten Völkchens bereits von Hausbewohnern beseitigt waren, teils die Wehr nur kurze Zeit beschäftigten.

Ueber unsre Waffen im politischen Befreiungskampfe spricht am Mittwochabend 8 1/2 Uhr in einer in der „Arania“, Brangelstr. 10, stattfindenden Volksversammlung Genossin Helma Steinbach. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der Wissenschaft. Technische Hochschule, Berlin, Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, wird Herr cand. techn. Eugen Altman über: „Der Himmel und seine Bewohner“ in der Aula der Charlottenburger Ober-Realh. Schloßstr. 27, sprechen. Eintrittskarten zu 10 Pf. (Abonnement auf sämtliche Vorträge 50 Pf.) sind an der Abendkasse erhältlich.

Der nächste Dichterabend des Schiller-Theaters im Bürgerloale des Rathauses (Sonntag, den 6. März) bringt eine Wiederholung des Karl Hendell-Abends, der unlängst lebhaften Anklang gefunden hat.

Aus den Nachbarorten.

Der Etat von Wilmsdorf für das laufende Jahr schließt in Einnahme und Ausgabe mit 11 150 820,50 M. ab, das sind 1 996 298,50 M. mehr als im Vorjahre. Während die ordentliche Verwaltung mit 3 265 000 M. oder 771 200 M. mehr abschließt, erhöht sich der Abschluß der außerordentlichen Verwaltung um 1 229 229 M. auf 7 885 820,50 M. Es sind vorgezogen für: Gemeindeverwaltung Einnahme 317 404 M., Ausgabe 293 656 M.; Polizeiverwaltung Einnahme 8872 M., Ausgabe 142 041 M.; Hochbauverwaltung und Bauverwaltung Einnahme 61 418 M., Ausgabe 142 519 M.; Tiefbau- und Kanal-Verwaltung Einnahme 234 246 M., Ausgabe 654 955 M.; Schulverwaltung Einnahme 263 784 M., Ausgabe 629 254 M.; Armen-, Waisen- und Krankenpflege Einnahme 25 900 M., Ausgabe 63 900 M.; Verwaltung der Liegenschaften Einnahme 28 005 M., Ausgabe 5075 M.; Kapital- und Scauldenverwaltung Einnahme 238 410 M., Ausgabe 848 507 M.; Feuerlöschwesen Ausgabe 13 018 M.; Steuerverwaltung Einnahme 2 036 270 M., Ausgabe 503 075 M.

Panlow. Zur Wahl der Gemeindevertreter am 16. März ist Panlow in zwei Bezirke eingeteilt. Der erste Bezirk umfaßt: Breitenstraße, Amalienpark, Damerowstraße, Mendelstraße, Schloßpark, Kavalleriestraße, Schloßstraße, Parkstraße, Pestalozzistraße, Berlinerstraße, Schulstraße, Magimilianstraße, Esplanade, Kaiser-

Friedrichstraße, Behusenstraße, Linnstraße, Talstraße, Neumannstraße, Kurzstraße, Prenzlauer Chaussee, Mühlenstraße, Schönholzerstraße, Neus Schönholzerstraße; der zweite Bezirk: Florstraße, Hehnstraße, Gorchstraße, Gailardstraße, Spandauerstraße, Kreuzstraße, Wollantstraße, Schulstraße, Drehmestraße, Nordbahnstraße, Schmidtstraße, Gottschalkstraße, Stern- und Steegerstraße. Im Interesse der Wähler liegt es, diese Kotiz auszuscheiden, um jeden aufklären zu können, in welchem Bezirk er wählt.

Zur Herstellung und Erhaltung einer Erholungsstätte für Schwindsüchtige fordert der Schöneberger Magistrat von der Stadtverordneten-Versammlung 2000 M. Ausgegangen ist dieser gewiß löbliche Voratz von der hiesigen Gesundheitskommission, auf deren Anregung hin sich kürzlich hier ein Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose gebildet hat. Neben der erwähnten Forderung sollen die Körperkassen noch ersucht werden, die im Interesse des Vereins verlangten Desinfektionen unentgeltlich zu gewähren und außerdem die Armenverwaltung anzuweisen, ihre Organe zur Ermittlung der Krankheitsherde in den Dienst des genannten Vereins zu stellen.

Das neue Schöneberger Krankenhaus soll nun doch zum 1. April 1905 bezugsfähig werden. Für diesen Termin ist bereits die Auktion mit dem Richterfelder Krankenhaus, das bisher zur Aufnahme unserer Kranken diente, in Aussicht genommen.

Nowawes. Während hierorts die Gemeindevorwahlen erst am 14. und 15. März stattfinden, hat man in Neuendorf diese Wahlen auf den 3. März festgesetzt. Getreu dem bisherigen reaktionären Charakter, durch welchen sich die Neuendorfer Vertreter stets ausgezeichnet haben, hat man die Wahlzeit so bestimmt, daß es den zahlreichen auswärts wohnenden Arbeitern auf das äußerste erschwert wird, ihr Wahlrecht auszuüben, indem die dritte Abtheilung von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr zu wählen hat. Uebrigens ignoriert man bei dieser Wahl vollständig den von uns neulich veröffentlichten Passus des Ortsstatuts, wonach sich die Wähler eine Legitimation vom Rathhaus zu holen haben, da nach einer neuerlichen Bekanntmachung des Gemeindevorsethers jeder Wähler eine Legitimation zugesandt erhält. Vielleicht hat man durch unsere Kritik dieses Beschlusses eingesehen, welche — Schamhaft man sich wieder mal geleistet hat. Der Wahlkampf wird sehr heftig werden, da sich alle bürgerlichen Vereine in Neuendorf zusammengeschlossen haben, um auch dieses Mal die Wahl der Sozialdemokraten zu verhindern. In einem am Sonnabend zur Verbreitung gelangten Flugblatt wird von Seiten der Gegner hervorgehoben, daß neben dem Arbeitgeber auch der Arbeitnehmer in der Gemeindevertretung mitberufen soll. Beträgt wird dies dadurch, daß man sich herbeigelassen hat, von 12 zu wählenden Vertretern der drei Klassen ganze zwei Arbeiter als Kandidaten zu nominieren, nämlich einen Eisenbahnarbeiter und einen dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein angehörenden Schmied. Daß diese Leute von der organisierten Arbeiterschaft nicht als geeignete Vertreter anerkannt werden können, ist selbstverständlich. Wie groß die Angst vor der Sozialdemokratie in Neuendorf ist, erhellt daraus, daß man zu einer am Montag abgehaltenen öffentlichen Wählerversammlung Sozialdemokraten den Zutritt verweigert hat. Offenlich wird es uns trotz aller Anstrengungen der Gegner diesmal gelingen, unsere Kandidaten zum Siege zu verhelfen, damit endlich der reaktionären Wirtschafft in Neuendorf ein Ende gemacht wird.

Spandau. Bedenkliche Reizungen haben zwei Unteroffiziere des hiesigen Garde-Fußartillerie-Regiments an den Tag gelegt. Nachdem erst vor wenigen Wochen ein Unteroffizier dieses Regiments zu neun Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt worden ist, weil er durch allerlei Schwindeln seine Untergebenen zu „Schrapfen“ veranlaßt, wird sich demnächst — wie der Anzeiger für das Havelland meldet — ein zweiter Unteroffizier unter der Anklage, seine Untergebenen bestohlen zu haben, vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben. Der gute Mann hatte die Gewohnheit, die Schränke der Mannschaften in deren Abwesenheit zu „revidieren“ und sich daraus widerrechtlich Verschiedenes anzueignen. Er wurde bei dieser privaten Liebhabeerei erwischt und sofort in Untersuchungshaft genommen.

Gerichts-Zeitung.

Im Rurfsucher-Prozess Schröder zu Tilsit handelte es sich am Sonnabend um verschiedene Fälle, in denen der Angeklagte sich durch verkehrte Behandlung Kranker der fahrlässigen Körperverletzung schuldig gemacht haben soll. In einem Falle verordnete er gegen ein Fußleiden Stuhlblätter als Umschläge. Eine der Zeuginen jagt aus, daß sie von dem Angeklagten geheilt worden sei. Es ist dies die Wadersrau Helene Wehrendt aus Tilsit. Sie litt im Juni 1900 an heftigen Zahnschmerzen, von denen sie die Zahnärzte, welche sie aufsuchte, nicht befreien konnten. Sie konsultierte deshalb Schröder, der darauf zwei Gläser Wasser vor sie hinstellte und über eins derselben längere Zeit seine rechte Hand hielt, um, wie er sagte, das Wasser zu magnetisieren. Die Zeugin mußte dann das magnetisierte Wasser trinken, und während dieser Zeit streichelte Schröder ihr die Wangen. Vorf.: Na und? Zeugin: Da war der Schmerz mit einem Schlag weg. (Heiterkeit.) Vorf.: Und der Zahn hat nicht wieder weh getan? Zeugin: Nein, niemals wieder. Ja habe es auch meinem Zahnarzt erzählt und der sagte: Na, es ist ja gut, wenn Ihnen der Glaube geholfen hat. (Heiterkeit.)

Die Zeugin ist dann immer zu Schröder gegangen. Sie hat u. a. an Neuenentzündung und Kopfschmerzen gelitten. togegen Schröder Vorschriften in Bezug auf Diät und Kleidung gab. Auch wandte er wiederholt den Magnetismus an. Auf Befragen giebt die Zeugin an, daß sie länger als 7 Jahre an diesen Leiden laboriert, und daß ihr kein Arzt geholfen habe, während Schröders Verordnungen in wenigen Wochen zu ihrer vollständigen Genesung geführt habe. Es kommt dabei zur Sprache, daß bei einem Besuche der Zeugin der Naturheilkundige Gutier aus Demold im Oszillatorium des Angeklagten aufweisend war, der als der Verfasser der mehrfach erwähnten Schrift in Frage kommt, in der die Behauptung enthalten ist, daß sich bei plötzlichem Schreck die roten Blutkörperchen in „Berliner Blau“ verwandeln. Gutier beteiligte sich an der Untersuchung der Zeugin und diktierte Schröder eine Kurverordnung. Vorf.: Sie sollen sich auch von diesem Gutier eine sogenannte „Charakterstudie“ haben geben lassen. Zeugin: Ja, Gutier hatte hier einen Vortrag über Gesundheitsausdruckskunde gehalten und dabei die Behauptung aufgestellt, daß er aus der Gesichtsbildung Schlüsse auf den Charakter eines Menschen ziehen könne. Da er von einigen mir bekannten Personen lediglich auf Grund von Photographien überraschende und zutreffende „Charakterstudien“ entworfen hatte, ließ ich mir auch eine geben. Der Vortragende bringt die Auskunft zur Verlesung. Es heißt darin: „Es ist Ihnen ein unbedingtes Bedürfnis, sich zu bewegen.“ (Heiterkeit.) Wohlwollen stark entwickelt. Interesse und Liebe für Fortschritt. Gut beanlagte Denkfähigkeit und juristisches Talent, auch wissenschaftliches Talent. . . Kann unter Umständen heftig werden. Zeuge: Das stimmt auch! (Heiterkeit.) . . . Muß sich hüten, auch nicht vorübergehend tyrannisch zu werden. Sie finden Vergnügen an etwas Opposition. Sie können keinen Tag leben, ohne Widerstand zu leisten oder zum Kampfe herauszufordern. Sie würden als Offizier, Weltreisender, Großkaufmann auf dem rechten Plage sein. (Große Heiterkeit.) Sie haben mehr Talent zum Erwerben als zum Sparen. . .

Im Anschluß an die Verlesung fragt der Vorsitzende die Zeugin: Der Mann hat sie doch gesehen, bevor er Ihnen diese „Charakterstudie“ gab, wie konnte er da solchen Unsinn schreiben, daß Sie sich zum Offizier eigneten? (Heiterkeit.) Angekl.: (einschlagend): Das ist doch nichts Auffälliges. Unter ist eben von der Ansicht ausgegangen, es sei gar nicht ausgeschlossen, daß auch die Damen mal Offiziere werden. (Große Heiterkeit.) Vorf.: Na, Frau Zeugin, und wie ist es mit dem juristischen Talent? (Heiterkeit.) Zeugin: Ich habe mir doch den Jettel nur zu meinem Vergnügen geben lassen. — Auf Befragen durch den Sachverständigen Dr. Ruppe bekundet die Zeugin noch, daß ihr Fuß infolge der Neuenentzündung völlig gekümmert gewesen sei, und daß sie oft wochenlang in schwerem Fieber ans Bett gefesselt war, ehe sie zu Schröder gegangen sei. — Rechtsanwält Volz: Frau Zeugin, glauben Sie, daß der An-

geklagte von der Lauterkeit seiner Lehre überzeugt war? — Staatsanwalt Volz: Das zu beurteilen ist doch nicht Sache der Zeugin, sondern des Gerichts. — Die Zeugin befindet sich schließlich noch, daß Schröder auch ihre Tochter, die an einer schweren Halsentzündung gelitten, durch eine einfache Citronenur wiederhergestellt habe.

Auch die nächste Zeugin, die Guttsbestenfrau Ida Goldap, deren gelähmtes Kind der Angeklagte gesund gemacht haben soll, ist von der Heilkunst Schröders fest überzeugt. Er hat dem Kinde Dampfbäder verordnet und in der Folge auch die Zeugin selbst sowie ihre beiden Söhne durch homöopathische Pulver von allerlei Leiden kuriert. — Schließlich bekundet noch die Arbeiterfrau Luise Frauenwald, daß der Angeklagte ihren am Fieber leidenden Sohn durch Pflaster und kalte Umschläge geheilt hat.

Ist der Mann bei Verstand? Ein rabiatere Mensch ist der Arbeiter Paul Hag, der gestern unter ganz besonderen Vorichtsmaßregeln aus dem Untersuchungsgefängnis der ersten Strafkammer vorgeführt wurde. Im Anlageraum neben ihm mußten zwei Gerichtsdienere Platz nehmen, die ihn konstant im Auge behielten, außerdem waren noch mehrere Gerichtsdienere in den Saal beordert worden. Der Angeklagte spielt mit großer Energie den wilden Mann. Er ist vor einiger Zeit schon einmal der Charité zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen worden, dort aber ausgedrückt und konnte erst nach einigen Wochen wieder festgenommen werden. Als er seiner Zeit wegen mehrerer Straftaten verhaftet wurde, hat man ihm einen Revolver abgenommen. Er hat dann die hinverbrämtesten Briefe geschrieben, sich darin als Anarchist ausgegeben, mit Königsmord gedroht und tolle Verleumdungen gegen Behörden und Beamte ausgeföhrt. In der Charité hat man ihn zwar für einen sehr jähorgornigen, aber nicht für einen unzurechnungsfähigen Menschen erachtet. Bei einem früheren Termin in dieser Strafsache hat sich der Angeklagte so unglücklich roh benommen, daß eine Verhandlung ganz unmöglich gemacht wurde. Der Gerichtshof verhängte damals eine Disziplinarstrafe von drei Wochen strengem Arrest über den Angeklagten. Trotz dieser außerordentlich fühlbaren Lektion ist dieser doch nicht zu dem Entschluß gekommen, sich nun vernünftig zu geben, er bereitete auch gestern wieder jede Verhandlung mit ihm. Auf die ersten Fragen des Vorsitzenden nach seinen Personalien, antwortete der Angeklagte: „Ja wohl, drauhen schneet! Ich habe keine Verhandlung!“ Da der aufweisende Gefängnisarzt Dr. Hoffmann den Angeklagten für verhandlungsfähig erklärte, so beantragte der Staatsanwalt gegen ihn eine Disziplinarstrafe von 4 Wochen strengem Arrest. Nun fing der Angeklagte an zu toben. „Die Strafe kannst Du abmachen!“ rief er dem Staatsanwalt zu, dann fuchtelte er wütend mit den Händen in der Luft umher und brüllte Schimpfwörter, wie „Verbrecher! Justizmörder! Verfluchte Hunde! Räuber! Spießbuben!“ u. dergl. m. in den Saal hinein. Im weitere Erreze zu verhalten, mußte er gefesselt werden. — Gerichtsarzt Dr. Hoffmann erklärte auf Befragen, daß er nach seinen Beobachtungen im Untersuchungsgefängnis den Angeklagten nicht für unzurechnungsfähig im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs halte. Im Untersuchungsgefängnis habe derselbe auch wüste Scenen aufgeführt, schrecklich umhergetobt, die Fenster zertrümmert und eine Zeitlang jede Nahrung verweigert. Nachher habe er sich cynisch dahin geäußert: Bei einer solchen Hungerkur sei der fünfte und sechste Tag der schlechteste. Die ihm als Disziplinarstrafe aufgetriebenen drei Wochen Dunkelarrest, wobei es nur alle vier Tage warmes Essen giebt, habe der Angeklagte abgemacht, er habe danach versprochen, nun vernünftig sein zu wollen, sei aber diesem Versprechen wieder untreu geworden. — Das Gutachten des Professors Dr. Köppen von der Charité ging dahin, daß der Angeklagte an sich nicht geisteskrank im Sinne des § 51, aber ein außerordentlich krankhaft reizbarer und jähorgorniger Mensch sei. Er sei somit nicht ganz vollkömmtig, und wenn er in Jähorn gerate, sei an seiner Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln. — Da die Sachverständigen eine Wiederholung der Hornausbrüche in der Sitzung für sehr wahrscheinlich erklärten, so lehnte der Gerichtshof eine weitere Verhandlung mit ihm ab und verhängte zunächst abermals über ihn eine Disziplinarstrafe von drei Wochen strengem Arrest bei Wasser und Brot, verbunden mit Entziehung des Rahtlagers. Außerdem beschloß das Gericht, dem Angeklagten einen Verteidiger in der Person des Referendars Cassel zu stellen.

Im Kampf mit dem Bauwindsturm. Böse Nachwehen hat ein Akt der Selbsthilfe gehabt, den eine Anzahl von Bauhandwerkern am 11. Oktober vorigen Jahres unternommen hatte, um zu ihrem ihnen zustehenden Gelde zu gelangen. Sie arbeiteten für einen Neubau in der Schreinerstraße, und da sie Schwierigkeiten hatten, den Lohn für ihre Arbeiten zu erhalten, ahnten sie das in ähnlichen Fällen schon oft gegebene Beispiel nach: sie machten kurzen Prozeß und begannen die von ihnen gelieferten Thüren und Fenster u. wieder herauszureißen. Darüber kam es zu äußerst erregten Austritten, die eine Anlage gegen acht zum Teil in Ehren schon ergrante Männer zur Folge hatten. Es waren mehrere Tischler, Schlosser, Maler und Arbeiter, die gestern sich auf Grund eines Vorganges vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatten. Die Anlage machte außer Bedrohung und Verleumdung einzelnen der Beteiligten auch zum Vorwurf, daß sie sich zusammengetrottel und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewaltthätigkeiten begangen haben. Da dies den Thatbestand des § 125 des Strafgesetzbuchs (Landfriedensbruch) darstellt, so beantragte Rechtsanwalt Unger die Verweisung der Strafsache an das Schwurgericht. Der Gerichtshof beschloß auch, sich für unzuständig zu erklären und betwie die Sache an das Schwurgericht.

Marktpreise von Berlin am 27. Februar 1904

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis	
*Weizen, gut D.-Gr.	17,90	17,98	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	6,00	
„ mittel	17,82	17,78	Rindfleisch, Reule 1 kg	1,80	1,20	
„ gering	17,74	17,70	„ do. Baum	1,40	1,10	
*Roggen, gut	13,40	13,10	Schmelzfleisch	1,60	1,00	
„ mittel	13,60	12,70	Rindfleisch	1,80	1,20	
„ gering	12,60	12,40	Dammelfleisch	1,80	1,20	
†Gerste, gut	14,10	13,20	Butter	2,60	2,00	
„ mittel	13,10	12,20	Eier	60 Stück	5,00	3,00
„ gering	12,10	11,20	Kartoffeln	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	15,60	14,60	Kale	—	3,00	1,40
„ mittel	14,50	13,50	Hanser	—	3,00	1,20
„ gering	13,40	12,50	Seide	—	2,40	1,20
Richtholz	4,10	3,50	Barfche	—	1,80	0,80
Heu	7,00	4,80	Schleie	—	3,00	1,40
Grün	40,00	28,00	Dicke	—	1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	26,00	Krebse	der Schot	15,00	3,00
Linzen	60,00	25,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 29. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. G. °C
Stettin	767 D	2	Schnee	—	5	Haparanda	776 Still	—	heiter	—	—23
Hamburg	760 DND	2	haß bb	—	5	Petersburg	777 Still	—	Rebel	—	—22
Berlin	766 D	4	loofsig	—	4	Gort	758 ED	—	5 Regen	—	—5
Panik a. R.	761 RD	2	bedekt	—	3	—	—	—	—	—	—
München	756 D	3	bedekt	—	5	Paris	761 R	—	3 bedekt	—	—5
Wien	761 DND	2	Schnee	—	1						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 1. März, 1904. Vormiegend trübe mit Schneefällen, gelindem Frost und ziemlich scharfen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

H. V. Berlin. Die Karte haben wir bestellt und hoffen bis Sonntag im Best zu sein. Kommen Sie daher, bitte, an dem Tage mit heran.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 1. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Waisenfänger von Nürnberg. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Schauspielhaus. Die die Alten jungen.
Deutsches. Der einsame Weg.
Berliner. Waterlant.
Veßing. Nippenreich.
Westen. Der Wasserhändler. Vorker: Colombine.
Neues. Rina von Barnhelm.
Residenz. Der keusche Casimir. Vorker: Die Empfehlung.
Central. Das Schwalbennest.
Belle-Alliance. Götterweiber.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater). Die Kinder der Exzellenz.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Der Compagnon.
Kleines. Nachtschlaf.
Luisen. Romeo und Julia.
Trionon. Madame X.
Carl Weiss. Zwei Frauen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gebr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Colius. Cirkusfee.
Wintergarten. Jovette Guilbert.
Specialitäten.
Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Specialitäten.
Metropol. Durchlaucht Radieschen. Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Volltage-Theater. Fred Schmidt.
Specialitäten. Anf. 8 Uhr.
Hrania. Taubentrache 48/49.
Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens.
Jubalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Medea. Logik des Horzons.

Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten v. H. Debooneau.
Musik von Henry Herblan.
Sonabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise. Jeder Erwachsene ein Kind mit Extraplatz frei.
Der gekielte Kater.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Romeo und Julia.
Mittwoch: Ariel Koosta.
Donnerstag 3. erstmalig: Philippine Helfer.
Freitag: Opern-Gastspiel R. Koffmühl, Theater des Westens: Die Jüdin.
Sonabend: Minna von Barnhelm.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!
Anstattungsposse mit Gesang und Tanz.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Heute: Köpnickstrasse 67.
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30 Min.
188. GASTSPIEL
A. d. Philipp.
Ueberr grossen
Male: **TEICH.**

Residenz-Theater

Direktion E. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.

Der keusche Casimir.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Anf. 8. Senn. 7 1/2.
Das glänzende neue Märzprogramm.
Gastspiel Hstr. Hopkin.
Die größte Dressurnummer der Welt.
9 1/2 Uhr:
Die Cirkusfee.
Sonntagm. 4 Uhr: Wie einst im Mai.

Sanssouci.

Kottbuser Thor - Staf. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach der Solire: Tanz.
Dienstag, den 1. März, ca.:
Die Tochter des Sträflings
oder: Verlorene Ehre.
Schauspiel in 3 Akten von
Bohmann-Riegen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Lustspiel in 4 Aufzügen
von E. v. Holzogen u. B. Schumann.
Mittwochabend 8 Uhr:
Die Wildente.
Donnerstagabend 8 Uhr:
König Lear.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Joan Kron
Zum 182. Male:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Morgen u. folg. Tage: Der Hochtourist.
Sonntagm. 4 Uhr: Charleys Tante.

Cirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr:
Som neuen das Neueste! (Original) Wiederum das Neueste!
Le Tourbillon dans levide.
System Loison.
Patentiert in ganz Europa! Ausgeführt von Mr. Baller.
Debuts. Freres Skremka in ihrer eigenartigen Wunderarbeit.
Debuts. Miss Ella und Mary.
Debuts. Miss Vally neuester elektrischer Akt zu Pferde.
Debuts. Clown Gee-Gee.
Herr Julius Seelh mit seinen 25 Löwen.
Babel. Grösste Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Invalidenstr. 57/62.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!
— grosse Truppenschau —
Die schönen Haremsdamen aus Tunis.

Apollo-Theater.
Heute von 9 1/2—11 Uhr:
Specialitäten-Debuts
des grossen März-Programms.
Tom Hearn, der faulste Jongleur der Welt.
Les Bruin, Billardkünstler.
Mah Dorsy, Excentric-Tänzerin mit Hiawatha und Rickapoo.
Boston-Ball-Tanz-Ensemble, 32 Damen mit Neger-Tanz-Quartett Haney.
Robert Steidl, Heinrich Blank.
Nordini ?? Prolongiert!
Vorher: **Frühlingsluft**
mit dem **Blütenhochzeit.**
Balletts.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffn. 7 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Mutter Landstrasse.

Gebürder
Herrnfeld-Theater. Sonntags 8 Uhr. 7 Uhr.
Heute, Dienstag, den 1. März:
Jubel-Vorstellung.
Zum **50. Male:**
Das Herrnsfeldsche Sensationstüch
Nur eine Nacht!
Donat Herrnsfeld als Willi Waldheim.
Anton Herrnsfeld als Tuschek.
Ferd. Grünecker als Dambitsch.
Vorher:
Vollständig neuer Künstlerteil:
Schröder u. Denter, Tanz-Karikaturen.
Erna Ernani, Vortragssoubrette.
Martin Vallé, Dumochiff.
Die süßen Mädchen, Damen-Gel.-Quart.
Bendix als Hanna Vanna.
Billet-Verkauf 11—2 Uhr.

Steidl-Theater
Linienstrasse 132. Oranienburger Thor.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Fritz Steidl-Sänger.
Neu! Der brillante Bariton
Gustav Held.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadtisches Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Lustspiel in 4 Akten v. Ad. Arronge.
Mittwochabend 8 Uhr:
König Lear.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Wildente.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:
Götterweiber.
Kaschatt-Bosse mit Gesang und Tanz.
Sonntagm. 8 Uhr, kleine Preise:
Der Hüttenbesitzer.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Heute und folgende Tage:
Abends 7 1/2 Uhr:
Vollständig neues Programm.
Lante Mollig.
Schwan in 1 Akt v. Heinrich Klaeger.
Mampes Flitterwochen
Coffe mit Gel. in 1 Akt v. F. Waldan.
Nuztr. neuer erklaffiger Specialitäten.
Auto-Atlas, phänomenaler Kraftakt.
Mr. Franzosko, der Ungerbrechliche.
Mr. Barna mit seiner mystikalischen Menagerie und andre mehr.
Freitag, den 4. März: Elite-Vorstellung: Die Waise aus Lowood.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: „Biscotto.“

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Ein gemachter Mann.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Benefiz Hans Adolff.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Dienstag, den 1. März 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
20 000 Mark Belohnung.
Große Posse mit Gesang in 4 Akten von Leon Trepton.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, den 3. März: Auf allgemeines Verlangen: **Mutterliebe.**

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Heute Dienstag:
Harburger Sänger.
Nach der Vorstellung:
Frei-Tanz.
Einstreit 30 Pf.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Das glänzende März-Programm:
Erna Rosehel,
Vortragskünstlerin.
Rämber Comp., Jongleure.
14 neue erstklassige Nummern.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Zwei Frauen.
Schauspiel in 5 Akten v. E. Vorkort.
Anfang 8 Uhr.
Morgen nachmittags 4 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Abends: Zwei Frauen.

Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schluss neu:
Die Berliner bei den Hereros.
Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 5. März, 7 Uhr.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Grosser Gala-Abend.
Zum erstenmal:
Mr. Roberto: 12 Riesen-Eis- und Braune-Bären.
Auserordentlicher Dressur- u. Akt.
Küherdem zum erstenmal:
Erstes und einziges Auftreten der Amateur-Schulreiterin
Hl. v. Ramin.
Zum 69. Male:
Aus den Alpen.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Heute und folgende Tage:
Abends 7 1/2 Uhr:
Vollständig neues Programm.
Lante Mollig.
Schwan in 1 Akt v. Heinrich Klaeger.
Mampes Flitterwochen
Coffe mit Gel. in 1 Akt v. F. Waldan.
Nuztr. neuer erklaffiger Specialitäten.
Auto-Atlas, phänomenaler Kraftakt.
Mr. Franzosko, der Ungerbrechliche.
Mr. Barna mit seiner mystikalischen Menagerie und andre mehr.
Freitag, den 4. März: Elite-Vorstellung: Die Waise aus Lowood.

WINTERGARTEN
Yvette Guilbert
Paulin u. Doley Komische Radfahrer
Karnavals-Geister-Tanz-Divertissement.
Inro Fox Zauberkünstler.
Leo Billward Komischer Jongleur.
Madeleine Nocé Sängerin.
Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
Vorwundlungsschauspieler.
Lony Elastisch-äquilibrist. Akt.
The Seldoms Plast. Darstellungen.
Biograph.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die März-Specialitäten.
Zum Schluss das Lebensbild
Nach Südwest-Afrika.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**
Donnerstag, den 10. März: Benefiz für F. Sobanski.

Andreas-Garten
Andreas-Strasse 26.
Kleine und große Säle zu Verfammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten noch einige Sonnabende zu vergeben.
Freudenlogis, Regeldah.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt.
42772
Franz Merkowski.

J. Kurzberg
Neue Königstr. 47 1/2
direkt am
Alexandertor.
Liefert
eleg.
nach
Mass
bei nur
geringer
Teilzahlung.
Werkstatt im Hause.

Stempel-Fabrik
von (30022)
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142.
Liefert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“
zum Zusammenlegen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Verlobte!
Komplette Küchen-Einrichtungen:
130 Teile für Mk. 35,—
200 „ „ „ Mk. 75,—
300 „ „ „ Mk. 150,—
— Aufstellung auf Wunsch gratis und franco. —
Alle Artikel auch einzeln sehr billig.
E. Katz & Co.
Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt,
u. Ecke König- u. Spandauerstrasse.
3456L*

Orts-Krankenkasse
der
Stellmacher.
Das am 11. Oktober 1903 von der
Generalversammlung beraten und
beschlossene Statut ist vom Bezirks-
ausschuss unterm 26. Januar 1904
genehmigt worden.
Den von der Generalversammlung
am 11. Oktober 1903 beschlossenen
Verhaltensregeln für erkrankte Mit-
glieder wurde unterm 2. Februar 1904
die Genehmigung des Herrn Magistrats-
kommissars für Orts- und Betriebs-
Krankenkassen erteilt.
Das Statut sowie die Verhaltens-
regeln werden den Mitgliedern bei
der nächsten Beitragszahlung ein-
gehändigt werden. 271/11
Der Vorstand.
J. H. H. Lehr, Vorsitzender.

Innungs-Krankenkasse der Glaser-
Innung zu Berlin.
Bekanntmachung.
Montag, den 14. März, abends
8 1/2 Uhr, findet im Generalkassen-
saal, Engel-Str. 15, Saal 5:
Generalversammlung zur Wahl
des Vorstandes statt.
Tages-Ordnung:
Wahl von vier Vorstandsmitgliedern.
Die Herren Delegierten werden
hierzu freundlichst eingeladen. 271/8
Der Vorstand. H. Casnar, Vors.

Millionen von Lehrbüchern
der Methode
Gaspey-Otto-Sauer
zur Erlernung moderner Sprachen
und in allen Ländern verbreitet.
Diese Methode (Schulen u. Selbst-
unterricht (hierfür Schlüssel))
von deutschen Ausgaben sind
erschienen: arabisch, chines., engl.,
franz., italien., portugies., russ.,
span., schwed., ungar., u. a. m.
Preis 1.00—2.00 Mk. Prospekt
auch über 4. Ausgaben f. Lehrer,
Lehrer, Schüler, Franzosen,
Italiener, Niederländer, Polen,
Portugieser, Russen, Spanier
auf Verl. gratis. Bei
Einlieferung 1. Schüssel Lehrsamml.
gratis, an Privatlehrer 2.
halbes Preis. Alle Bücher solid
gebunden.
Julius Groos Verlag,
Heidelberg, Paris, London.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen,
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Lieferant. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
Gürteln, angenehm und weich
am Körper. 38252*

Baustellen (Land-)
parzellen in
herrlicher Lage, prachtvolle
Landschaft von Hochwald umgeben,
vorzügl. Strassen, Bahnstation
bequem gelegen, Vorortverkehr,
mit kl. Anz. preiswert zu verk.
Solv. Käufern gewähre zwecks
Bau auskömmll. Hyp. Offerten
unter **G. M. 311** an Rudolf Mosse,
Berlin W., Leipzigerstr. 103. 74/19*

Albrechts Bäckereien:
5 3/4 Pfund Brot
50 Pf.
6 Stück 10 Pf.
Wrangeistraße 9, Krautstraße 19,
Waldenstraße 28, Paulstraße 2,
Rathhaus-Pfisterstr., Stand 222/23,
Rathhaus-Andreasstr., Stand 16/18.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
n. u. Mariannen-Strasse 2.
Gereins-Kränze, Rahmen- u. Blumen-
arrangements, Bouquets, Guirlandes
u. a. werden fein u. preiswert geliefert.
Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1/2, 12—1/3, 3, 1/2, 6—1/8, Sonnt. 9-11

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrinenstrasse 1a.
Kranze mit Bindungsflecken,
Kranz zu Festlichkeiten, Bouquets,
Tischgewächse jeder Art re. preiswert.
Mehrere gut möblierte Zimmer
sind sofort zu vermieten Schönberg,
Gothenstraße 21 II rechts.

Zu vermieten
ist eine Wohnung von 4 Zimmern,
Küche, Bad, Schönberg, Gothen-
straße 21 II rechts. 19032

Socialdemokratischer Wahlverein
für
Rummelsburg.
Nachruf.
Am Sonntag, den 28. d. M.
wurde unser langjähriges Mit-
glied, der Genosse
August Müller
zur letzten Ruhe bestattet. Eine
seiner Zahl Freunde und Genossen
folgten seinem Sarge. Die Ge-
nossen werden ihm ein treues An-
denken bewahren. 8/3
Der Vorstand.

Centralverband der Handels-,
Transport- u. Verkehrsarbeiter
Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Den Mitgliedern diene hiermit
zur Nachricht, daß der Kollege
Wilhelm George,
Fensterputzer,
welcher freiwillig aus dem Leben
geschieden ist, am Mittwoch,
den 2. März, nachm. 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des
Centralfriedhofes, Friedrichs-
felde, aus beerdigt wird.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
67/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Bäcker
Gustav Haberlandt
am 27. d. Mts. gestorben ist.
Seine feierliche Beerdigung
am Dienstag, den 1. März er.,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Emmaus-Stich-
hofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
112/8 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die überaus zahlreiche Be-
teiligung und Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben, unver-
glichenen Mannes, des Möbelmachers
Richard Reinhardt,
sage ich allen Freunden, Kollegen und
Barteigenossen, insbesondere Herrn
Strauer sowie dem Comptoirpersonal
und dem Gesangverein „Rote Rulle“,
welche meinem Manne die letzte Ehre
erweisen haben, meinen herzlichsten
Dank. Die trauernde Witwe
nebst Kindern.

Fritz Lisch
sprechen wir hiermit unseren tiefsten
Dank aus. 22385
Wilhelm Lisch nebst Frau und Sohn.

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrinenstrasse 1a.
Kranze mit Bindungsflecken,
Kranz zu Festlichkeiten, Bouquets,
Tischgewächse jeder Art re. preiswert.
Mehrere gut möblierte Zimmer
sind sofort zu vermieten Schönberg,
Gothenstraße 21 II rechts.

Zu vermieten
ist eine Wohnung von 4 Zimmern,
Küche, Bad, Schönberg, Gothen-
straße 21 II rechts. 19032

Blumen- und
Kranzbinderei
von **Richard Engelke,**
Reichenberger-Strasse 164,
Ecke Mariannenstr.
Specialität: **Verleinskranze.**
Empfehle den Genossen meine
Kranz- und Blumenbinderei
speziell **Verleinskranze**
21626* **E. Ebel,** Kottbuserstr. 35.

Kranz- u. Blumenbinderei
von **H. Eckert,**
98. Kottbuser Damm 98.
Zahn-Klinik. beliebige Teil-
zahlung.
Olga Jacobson, Invaliden-
strasse 145.
Künstlich. Zähne
Karl Winzer,
Alexanderstr. 27b I.
Schönendste Behandlung.
Teilzahlung gestattet.

Achtung! Genossen und Genossinnen. Achtung!

Heute Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c

Volks-Versammlung.

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Durr über: „Die Grundzüge des Sozialismus“.
2. Diskussion.

Morgen Mittwoch, den 2. März, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49:

Volks-Versammlung.

1. Vortrag des Genossen Walter Manasse über: „Die Sozialdemokratie und der Weltfrieden“.
2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet

Die Vertrauensperson.

Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 4. März 1904, abends präcise 8 Uhr, bei Keller, Köpenstraße 29:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Jahrestellen der Maurer, sowie der Sektion der Putzer und der Sektion der Gips- und Cementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.

Tages-Ordnung: Als einziger Punkt: Diskussion über die zur Zweigvereinsverwaltung vorzuschlagenden Kandidaten. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Sektion der Gips- und Cementbranche

Dienstag, den 1. März 1904, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal IV:

General-Versammlung

für sämtliche in der Sektion organisierten Rabitzputzer, Spanner und Cementierer.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Gewerkschaftliches. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

137/8

Arbeiter! Genossen!

Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, in der Urania, Wrangelstraße 10:

100/10

Volks-Versammlung.

Vortrag der Genossin Selma Steinbach:

Unsre Waffen im proletarischen Klassenkampf.

Um zahlreichsten Besuch bitten

Die Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Versammlung

aller in der

Drahtindustrie von Berlin u. Umgegend beschäft. Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Schlichtungskommission über den Stand der Verhandlungen, betreffend unsern neuen Tarif. Referent: Karl Wiesenthal. 2. Diskussion. 112/10
Da während der Tarifverhandlungen die Existenz eines jeden Kollegen auf dem Spiele steht, so erwarten wir den Besuch aller. Keiner darf fehlen! Auf zur Versammlung!
Die Ortsverwaltung.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 3. März cr., abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Ausschusses der Landes-Versicherungskasse Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen, speziell der Ausschussmitglieder und deren Erfahrunen, ersucht
Der Vorstand.
3. U. F. Pischel, Vorsitzender, Gartenstr. 51.

53/4

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabakfabrik. 3093L*
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Cigarren, Cigaretten, Ragner, Kau- und Schnupftabaken.
Amt 4, 3014.

Möbel in jeder Ausführung, gute Arbeit, Zeitersparnis, billige Preise.
Hermann Brandt, Alte Jakobstr. 65.

12 000 Kolln innerh. weniger Tage verkauft
nicht 4, und 5, sondern alle 5 Delikatessen zusammen kosten nur **2,95 M.** Um meinen nach 1000 zählenden Kundenkreis nur 15-20 Stück ff. delikate Delikatessheringe i. ff. Sauce. 25-30 Stück ff. Goldbücklinge ff. geräuch. 1 Dose ff. Oel-Sardinen fett 1 Stück ff. Rauchlachs, milde und zart 1 ganzen Kieler Rauchaal ff.
Ernst Napp Nachf., Swinemünde A. 56, Fischerei-Import-Export.

Aelteste Steppdeckenfabrik Special
von Ph. Bernfeld, jetzt nur Adressstr. 22 I.
Gr. Auswahl eleganter Handarbeit-Decken zu spottbilligen Preisen. Alte Decken werden aufgearbeitet. 43602*

Ungewitter-Kautabak
ist als better seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft. Zu haben in Spezialgeschäften. Niederlage: Fritz Hämmerer, Frankfurter Allee 33.

Vereine. Zimmer für 80 und 90 Personen, auch für Belangvereine. Neues Piano. Tirdenstr. 39, I. Etage, Karl Grosser. (Zwischen Bahnhof Börse und Alexanderplatz.) Telefon: Amt III, 1813. Verkehrslokal des Verbandes deutscher Gastwirthe. 42002*

Schloss Burg-Geldlotterie
— Ziehung schon 9. u. 10. März —
6634 Gew. = 200 000 M. bar
Original-Lose a 3 M. (Porto u. Liste 30 Pf. extra).
J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 51.

Stettin. Filialen Berlin.
Mass-Anzüge Mass-Paletots
24 und 30 Mark.
Unter Garantie des tadellosten Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partie-Stoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.
Indem gewesene Angestellte sich speziell auf mein gutes Monomee stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums, sich direkt zu wenden an
Sonnenschein' Herren-Moden
nach Mass
Chausseestr. 54 I — Lindenstr. 95 I.

Grosse Geld-Lotterie.
Ziehung: 9. u. 10. März
Zur Erhaltung des Schlosses Burg a. d. Wupper.
6634 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
200 000
Hauptgewinn: Mark
60 000
30 000
20 000
etc. etc. etc.
Originallose a 3 Mark. Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 151.
Filialen:
NW. Wilhelmsstr. 63.
O. Andreasstr. 46a.
SO. Oranienstr. 177.

Meine im Vorortverkehr ca. 40 Min. Bahnfahrt, dicht am Bahnhof in herrlicher Landschaft, an fischreichem Teich
mit Baugeld und Hypothek.
Offerten unter G. C. 305 an Rudolf Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 103.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 1. März 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung.

im Marienbad, Badstraße 35.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Bartels über: „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ 2. Diskussion.
Da dieser Vortrag außerordentlich interessant und lehrreich ist, ladet zu dieser Versammlung besonders ein

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Donnerstag, den 3. März 1904, abends 8 1/2 Uhr: im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
„Unsre Waffen im Befreiungskampfe des Proletariats“.
Referent: Genossin Steinbach-Hamburg.

Diskussion. Um zahlreichsten Besuch bitten
Der Einberufer. 106/9*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 2. März 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Moabit: bei Jocksch, Turmstr. 84.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Osten u. Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein. — Buch und Karte legitimiert.

Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.
Tagesordnung: 1. Werkstatt- und Verbands-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Süden: bei Doberstein, Wasserhorststr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns und der Vertrauensleute. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Drechsler.

Osten: bei Matthes, Köpenstraße 41.
Norden: bei Lietzke, Brunnenstraße 41.
Südosten und Westen: bei Stramm, Ritterstraße 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Differenzen. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein; auch die in Tischlereien beschäftigten Drechsler haben einen Delegierten zu entsenden.

Branche der Modell-Fabrikantischler
bei Dieke, Aderstraße 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Musikinstrumenten-Arbeiter
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15 (Saal V).
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 2. Abrechnung vom Weihnachtsvergügen. 3. Branchen-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Wir eruchen die Kollegen, dafür zu sorgen, daß ihre Fabrik vertreten ist.

Bezirk Friedrichsberg-Friedrichsfelde:
im Hofe des Herrn Lutterbüse, Friedrichsstraße Nr. 11.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Bilderrahmenmacher
bei Voigt, Ritterstraße 75.
Die Kollegen der Firma B. Gross sind besonders geladen. — Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Kommission erscheint um 7 1/2 Uhr. 79/30

Achtung! Achtung!
Hutarbeiter u. Hutarbeiterinnen
Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, in F. Wilkes Festsaal, Brunnenstr. 188, am Rosenthaler Thor:
Öffentliche Verammlung der Hutarbeiter und Hutarbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Emma Ullrich über die Notwendigkeit der Organisation, insbesondere der Arbeiterinnen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.
Da die Verammlung der Hutarbeiter unter den Arbeiterinnen dienen soll, bitten wir die Mitglieder des Vereins, dafür zu sorgen, daß die in unserem Bereiche thätigen Arbeiterinnen vollständig erscheinen.
Der Einberufer. 294/4

Max Zuckermanns Special-Haus
für Kinderwagen, Sportwagen und Metallbetten.
Riefenanswahl, bestes Fabrikat.
Billigste Preise.
Teilszahlung gestattet, bei größeren Käufen Kassapreise.
186 Brunnenstraße 186,
von 8. 10-75 Str. vorn I. Etage. u. 12. 18-100 Str.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Am Sonnabend ist in den Betrieben, die zur Vereinigung der Metallwarenfabrikanten gehören, ein Auszug aus den Sonderbestimmungen dieser Vereinigung verteilt worden. (Dieser Auszug enthält einen Teil der Bestimmungen für den Fall eines Streiks.) Die Kollegen sind von den Fabrikanten aufgefordert worden, sich in die Listen einzzeichnen zu lassen und so zu erkennen zu geben, daß sie nicht organisiert sind. Die so zusammengefundnen Metallarbeiter sollen gegebenenfalls als Sturmkolonne gegen unsre Organisation benutzt werden und dafür dann einen Judaslohn von 2,50 M. pro Tag Entschädigung erhalten. Damit steht also fest: Wer sich in die Listen eintragen läßt, erklärt damit, daß er gewillt ist, falls die Kühnmänner dies verlangen, Verrat an seinen Kollegen zu üben!
Die Kühnmänner glauben für 2,50 M. sind die Berliner Metallarbeiter zu kaufen.
Kollegen! Gebt den Herren die einzig richtige Antwort: Niemand darf unterschreiben.
Nähere Anweisung über unser Verhalten werden die Kollegen in den nächsten Tagen bekommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

Reichenbergerstraße 5. **A. Schulz, Reichenbergerstraße 5.**
Empfehle Einrichtungen von 240 bis 5000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung, aus einzelne Stücke, an äußerst billigen Preisen.
Ehrlich treue und gewissenhafte Bedienung. [42562*]
Günstigste Zahlungsbedingungen.

Bezanth. Medaillen: Julius Kallisch, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wlad, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 29. Februar 1904.

Die Börsengesetzreform und ihre offizielle Begründung.

Dürftigkeit der Reform. — Der Einfluß des ostelbischen Großgrundbesitzes. — Inhalt der offiziellen Begründung. — Die Umgehung des Terminhandelsverbots. — Inkonsistenz der Begründung.

Die neue Novelle zum Börsengesetz oder, wie der ärmlische Reformvorschlag offiziell genannt wird, „der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aenderung des Abschnittes IV des Börsengesetzes“, hat die Börse schmerzlich enttäuscht. Die Auslassung des Handelsministers im preussischen Abgeordnetenhaus vor acht Tagen hatte zwar schon die Hoffnungen, die in den letzten Monaten üppig aufgeschossen waren und mit einer Aufhebung des Terminhandelsverbotes in Industrie-Aktien rechnet, sehr herabgestimmt; aber daß die angekündigte Revision des Gesetzes vom 22. Juni 1896 sich auf so magere Zugeständnisse an die Forderungen der Börsen- und Handelswelt beschränken würde, hatte diese selbst kaum erwartet. Wenn auch die Börse nicht, in ihrer Agitation gegen das Börsengesetz zu betonen, daß sie nicht wie der ländliche Großbesitz eine eigene Vertretung im Parlament hat und deshalb zur Rolle des Mittendings verurteilt ist, so hat sie doch andererseits die übertriebendsten Vorstellungen von ihrer Bedeutung im heutigen Wirtschaftsmechanismus und ist sich ihres Einflusses auf die großstädtische liberale Presse voll bewußt. So hatte man denn auch in den Börsenkreisen nach den seit Jahren mit unerschütterlichem Geschick betriebenen Agitationen, den zahlreichen Petitionen der Handelskammern und sonstiger lautmännlichen Korporationen ziemlich sicher angenommen, endlich den entgegenstehenden Einfluß des ostelbischen ländlichen Großgrundbesitzes auf die Regierung so weit abgeschwächt zu haben, daß diese sich zu einer Aufhebung des Terminhandelsverbotes in Bergwerks- und Industriepapieren verstehen würde, und nun muß man entsetzt, daß trotz aller aufgewandten Mühe und Kosten die sogenannte Reform auf eine bloße Beschränkung des Rechtes zur Erhebung des Register- und Differenzverwehres hinausläuft, sowie auf eine direkte Ausnahme solcher Kauf- und Ankaufsgeschäfte in Waren, die zwischen Erzeugern, Verarbeitern und berufsmäßigen Händlern nach vom Bundesrat genehmigten besonderen Bedingungen abgeschlossen werden, von dem im § 48 des jetzigen Gesetzes definierten Börsentermingeschäften.

Sicherlich recht geringe Zugeständnisse, unter denen nur die Beschränkung der Frist zur Anfechtung der aus Börsentermingeschäften hervorgegangenen Verbindlichkeiten auf sechs Monate nach der Abrechnungszustellung (bisher verjährte das Recht zur Erhebung solcher Einwände erst nach 30 Jahren), die Aufhebung des Anfechtungsrechtes durch eine bei oder nach Empfang der Abrechnung angefertigte schriftliche Schuldenfrennung und die Bestimmung, daß allen in das Handelsregister eingetragenen Kaufleuten, sowie allen berufsmäßigen Bankiers und Börsenbesuchern bei der Verweigerung der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten die Verfügung auf ihre Rückeintragung in das Börsenregister verlagert sein soll, einige Bedeutung haben. Die noch außerdem in der Novelle zugestandene Herabsetzung der Gebühren für die Eintragung in das Börsenregister auf 20 und 10 Mark wie auch die oben erwähnte Ausdehnung bestimmter Kauf- und Ankaufsgeschäfte aus dem Kreis der eigentlichen Börsentermingeschäfte kommen dagegen als Konzessionen kaum in Betracht; galten doch diese letzterwähnten Geschäfte, unter denen namentlich die Getreide-Lieferungsgeschäfte an der Berliner Produktenbörse zu verstehen sind, auch bisher schon als erlaubt, wenn auch nach früheren Urteilen des Reichsgerichts es als nicht ausgeschlossen erschien, daß auch sie, wenn die Frage zur gerichtlichen Entscheidung gelange, den Börsentermingeschäften zugerechnet werden könnten, da die in diesem Lieferungsabhandlung angewandten Formulare, wie die Schlussscheine für Börsentermingeschäfte, einem börsenmäßigen Zeithandel mit typisch bestimmter Ware dienen und über bestimmte Mindestmengen lauten.

Man hat in den Börsenkreisen wieder mal den Einfluß des Junkertums unterschätzt. Nur die Furcht vor diesem ist es, welche die Regierung dazu veranlaßt hat, die Revision des Börsengesetzes so mager zu halten — nicht ihre eigene Ueberzeugung. Das beweist nicht nur die oben erwähnten Abänderungsvorschläge die diesen beigegebenen Begründung, die in ihrer Jaghaftigkeit, ihren weit-ausgehenden Vorderzügen und den zu diesen in einem seltsamen Miniaturverhältnis stehenden Schlüssen ganz den Eindruck macht: „Ich möchte wohl, aber ich wage es nicht.“ Schon die ganze Anordnung der Begründung ist eine höchst eigenartige: zunächst 13 Seiten mit allgemeinen Betrachtungen über die Absicht des Gesetzes von 1896, seine teilweise Vereitelung durch die Einführung neuer Geschäftsformen, über Gerichtsentscheidungen und die Schädlichkeit des Register- und Differenzverwehres; dann 8 Seiten mit näherer Begründung der in der neuen Novelle enthaltenen Abänderungen und schließlich 79 Seiten sogenannter „Anlagen“, d. h. Gerichtsentscheidungen, Eingaben und Gutachten von Handelskammern und der Centralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern, Resolutionen von Bankiers- und Börsenkorporationen, Fragebogen-Formularen usw. Alles ohne jeglichen Kommentar: eine bloße Materialsammlung, die den Reichstags-Abgeordneten gewissermaßen mit der Aufforderung überreicht wird: „Hier hast Du genügend Material, nun begründe Dir selbst Deinen Standpunkt — ganz wie Du willst, jeder nach seinem Geschnad.“

Dennach, trotz dieser abschätzigen Zurückhaltung, übt in den 13 Seiten allgemeiner Betrachtungen die Regierung — meist allerdings indirekt — eine vernichtende Kritik an einer Reihe der wichtigsten Bestimmungen des bestehenden Gesetzes. Sie tritt darin als verdeckte Anklägerin gegen sich selbst auf, indem sie einerseits die Unzulänglichkeit der hauptsächlichsten Maßregeln und andererseits die Fesselung des Geschäftslebens, die Verschlechterung der ohnehin gerade nicht musterhaften Börsenmoral zugiebt. So weist sie zu Anfang ihrer Begründung selbst nach, daß am 1. Januar letzten Jahres im ganzen Deutschen Reich nur 506 Personen (309 für Wertpapier-Geschäfte, 197 für Warengeschäfte) in das Börsenregister eingetragen waren, und fügt diesen Zahlen hinzu:

„Bei dieser kleinen Zahl von Eintragungen war es auch für die eingetragenen Personen in den meisten Geschäftszweigen kaum möglich, ein rechtswirksames Börsentermin-Geschäft im Inland abzuschließen, da sie keine eingetragenen Gegenkontrahenten fanden.“

Dann wird näher dargelegt, wie als Folge der Einführung des Börsenregisters von den Beteiligten andere Geschäftszweige eingeschlagen, d. h. die Gesetzesparagrafen einfach umgangen wurden:

„Im Gebiete des Effektenverkehrs insbesondere war die Abneigung gegen das Börsenregister so groß, daß die maßgebenden Bank- und Kommissionsfirmen, einschließlich der eingetragenen, sich veranlaßt sahen, auf den Abschluß von Börsentermin-Geschäften in der bisherigen Form in der Regel zu verzichten und die Bedürfnisse des Verkehrs, die früher in den Formen des Börsentermin-Geschäfts ihre Befriedigung gefunden hatten, durch andere, wenn auch börsenterritorisch minder vollkommene Verkehrsformen zu erfüllen. Sie inaren sich dabei wohl bewußt, daß die nach der neuen Geschäftsform abgeschlossenen Geschäfte, die einen Erlaß für die aufgegebenen Börsentermingeschäfte bilden sollten, dem Differenzverwehr ausgesetzt seien, sie verzichteten mithin auf das Privileg, welches § 48 des Börsengesetzes für Börsentermingeschäfte bezüglich der in das Börsenregister eingetragenen Personen durch Vereitelung jenes Einwandes schafft.“

Der Versuch, durch Einführung neuer Geschäftsformen den Vorschriften über das Börsenregister zu entgehen, wurde auf mehrere Arten gemacht. Die einen hielten an dem fixen Charakter des Lieferungsabhandlung fest, änderten aber die vom Börsenvorstande

festgelegten Bedingungen in einigen mehr oder minder erheblichen Punkten ab und legten die so veränderten Bedingungen ihren Geschäftsabhandlungen zu Grunde. Andere hielten es für ratsam, auch den strengen Charakter des Geschäfts zu ändern, wobei sie die im Falle nicht rechtzeitiger Lieferung zu bewilligende Nachfrist im voraus fest begrenzten — sogenannte handelsrechtliche Lieferungsabhandlungen nach den Bedingungen der Darmschäbler Bank (Bank für Handel und Industrie). — Wieder andere ließen die Geschäftsabhandlungen in die Form von Kassa-Geschäften, bei denen durch Nebenabrede vereinbart wurde, daß die Lieferung der Stücke und die Zahlung des Kaufpreises bis zum jeweiligen Monatsende ausgesetzt sein solle — Kassa-Lieferungsabhandlungen, Kassacontocorrent-Geschäfte, Contoabhandlung.

Diese neuen Geschäftsformen verdrängten im Effektenhandel das nach den offiziellen Geschäftsbedingungen abgeschlossene Börsentermingeschäft, sie wurden auch im Handel mit Wertpapieren angewendet, in denen der Börsenterminhandel unterlagert ist, und die Beteiligten glaubten, daß ein solcher Zeithandel mit Effekten den Vorschriften des Börsengesetzes entzogen sei. In der Periode des glänzenden Aufschwunges, der sich in der Zeit, als das Börsengesetz in Kraft trat, fast auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens entwickelte und bis zum Frühjahr 1900 andauerte, gewann es denn auch vorübergehend den Anschein, als ob die Klagen des Handelsstandes über das Börsengesetz allmählich verstummen würden.

Nun sollte man annehmen, daß diese Gesetzgebungsvorfälle von der Regierung streng getadelt und die gegen solche Verträge gerichteten Reichsgerichts-Entscheidungen mit Genußnahme begrüßt würden. Doch davon findet sich in der ganzen Begründung keine Spur; vielmehr klingt es wie eine verstoßene Anklage gegen das Reichsgericht, wenn die Begründung fortfährt:

„Das Reichsgericht erkannte aber die Rechtsunsicherheit von Geschäften der in Frage stehenden Art nicht an. . . . Damit war den Zeitgeschäften in Effekten, die nach den boretwähnten Bedingungen abgeschlossen waren und die in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges naturgemäß großen Umfang gewonnen hatten, der Rechtsboden entzogen, soweit sie nicht durch Zahlung gemäß § 66 Abs. 4 des Gesetzes erwidert waren. Diese Entwicklung der Rechtsprechung gab der Erregung über das Börsengesetz in den Kreisen der am Effektenhandel Beteiligten wieder neue Nahrung.“

Im Anschluß daran werden die schädlichen Folgen des Register- und Differenzverwehres erörtert und dann diese Erörterungen in dem Satz zusammengefaßt:

„Der Gesetzgeber kann sich diesen Uebelständen gegenüber nicht etwa dabei beruhigen, daß er gerade durch das so lebhaft bekämpfte Börsenregister eine Einrichtung geschaffen habe, die bei allseitiger Benutzung die besagte Rechtsunsicherheit zu verhüten geeignet wäre, und daß die von letzterer Betroffenen nur die Folge ihres eignen Leichtsinns zu tragen hätten. Denn das Börsenregister gewährt gegenüber dem Nichtregisterwesen, der das effektive Lieferungsabhandlung in Getreide und Mühlenfabriken bedroht, überhaupt keinen Schutz, kann aber auch für die Geschäftszweige, in denen der Börsenterminhandel noch zulässig ist, wie die Verhältnisse sich nun einmal entwickelt haben, in seiner jetzigen Ausgestaltung den damit verfolgten Zweck nicht erreichen, da die Kommissions- und Bankfirmen durch Wettbewerbverhältnisse immer wieder genötigt werden, auch mit nicht eingetragenen Personen Börsentermin-Geschäfte abzuschließen.“

Die konsequente Folgerung würde lauten: Da nun doch einmal die betreffenden Bestimmungen den damit verfolgten Zweck nicht erreicht haben und nicht erreichen können, ist es am besten, das Terminhandels-Verbot aufzuheben. Doch Konsequenz ist keine Eigenschaft der Begründung; sie verläßt auf jeder Seite denselben Abscheu vor der „Konsequenzmacherei“, die des Grafen von Helldorf politisches Genie befehl. Nur den „schlimmsten Uebelständen“ abzuwehren, hält die Begründung für geboten — und zu dieser Abhilfe genügen, wie sie weiter versichert, die in der neuen Novelle enthaltenen Abänderungen. Folglich ist bewiesen, was zu beweisen war.

Eine geradezu komische Inkonsistenz. Bisher schon vermochten, wie die Regierung selbst offen eingesteht, der Differenz- und Registerverwehr unter den nun einmal bestehenden Verhältnissen den Börsenterminhandel nicht einzuschränken, die Bankfirmen schlossen doch mit allen möglichen nicht in das Börsenregister eingetragenen Personen Termingeschäfte ab. Das geschah trotz der den Bankfirmen aus dem Gesetz drohenden schweren Nachteile; jetzt werden diese Nachteile durch eine starke Beschränkung des Rechtes, sich der Erfüllung der durch Termingeschäfte begründeten Verbindlichkeiten zu entziehen, auf ein Minimum reduziert — was wird die Folge sein? Sicherlich doch, daß nun das Terminhandels-Verbot noch weit weniger beachtet wird, wie vorher. Gesetze aber, die ihren Zweck in keiner Weise erfüllen, sind nutzlos.

Die Börse ist sicherlich keine ideale Institution. Wie sie einen Centralmarkt des modernen Kapitals darstellt, so konzentriert sie auch in ihr alle widerlichen Erscheinungen und Gemeinheiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Aber sie erfüllt nun einmal im heutigen Wirtschaftsleben eine durchaus notwendige Funktion: eine gewisse Ausgleichung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Geldmarkt, und diese Funktion erfordert auch die Spekulation, ist doch unsere ganze jetzige Wirtschaftsweise eine spekulative. Auch die planlos auf die Befriedigung eines ungelassenen schwankenden Bedarfs gerichtete heutige Warenproduktion, die nur dadurch fortbesteht, daß die von ihr auf den Markt geschleuderten Waren beständig über- oder unter- oder auch entwertet werden, und daß in diesem stets neue Werte tragenden Prozeß die Produzenten mit der Nase darauf gestochen werden, was von ihren Produkten der Markt braucht und was nicht.

Verfassungen.

Wilmersdorf. Am 24. Februar tagte hier eine gut besuchte Versammlung der hiesigen Wählervereine, in der Genosse Bösencker-Charlottenburg über „Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“ in beifällig aufgenommenen Weise referierte. Fleming berichtete dann über die Verhandlungen des Provinzialtages in Rauen. Die Absicht der Filiale Berlin, die Wilmersdorfer Wählervereine von Charlottenburg abzugewinnen und nach Berlin anzugliedern, fand allgemeinen Widerspruch.

Schmargendorf. In der am Dienstag abgehaltenen Gemeinde- wähler-Versammlung sprach Stadtvorordneter Genosse Ost über „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“. Der Referent wies an der Hand eigener Erfahrungen nach, daß die bürgerlichen Parteien in keiner Weise die Interessen der Allgemeinheit vertreten und daß es deshalb unsere unabwendbare Pflicht sei, einen eignen Vertreter in die Gemeindeverwaltung zu entsenden. In der Diskussion legte Wille an der Hand eines umfangreichen Materials dar, daß die Gemeindevertretung der Durchführung selbst wichtiger Beschlüsse ungenügende Aufmerksamkeit widme, und ihre Rechte dem vielfach eigenmächtig handelnden Vorsteher gegenüber nicht wahrte. Gleichfalls rügte Redner die mangelhaften sanitären Verhältnisse, welche die Gemeindevertretung unberücksichtigt lasse. Eine Besserung sei erst möglich, wenn endlich ein sozialdemokratischer Vertreter gewählt würde. Mehrere Gegner erklärten unsere Forderungen wohl als unzulässig, aber für zu weit gehend und nicht durchführbar. Pudiß weist

darauf hin, daß das verschärfte Dreiklassenwahl-System vorschreibe, daß zwei Drittel aller Gemeindevertreter Hausbesitzer sein müssen. Dieses Mal siehe ein Mieter zur Wahl. Trotzdem hätten es die „Antistremen“ und eine Gruppe „unabhängiger Wähler“ fertig- gebracht, Hausbesitzer aufzustellen. Diesen Leuten sei das elende Wahlrecht noch nicht erbärmlich genug; sie möchten es noch verschlechtern. In der Schlußfrage kritisiert er das laue Verhalten der Bürgervereine und besonders das Blitzen des Herrn Senes gegen diese hochwichtige sozialdemokratische Forderung. Wille nagelte die Abneigung des Bürgertums gegenüber den sozialdemokratischen Kulturforderungen fest. Mit einem warmen Appell des Referenten an die Wähler, am Wahltag ihre Pflicht zu thun, schloß die Versammlung.

Rummelsburg. Am Dienstag fand bei Weigel eine gut besuchte Wählerversammlung statt, in welcher unsere Gemeindevertreter Genossen Ritter und Gebauer Bericht über ihre Tätigkeit erstatteten. In kurzen Zügen zeigten sie, wie wenig Verständnis die bürgerlichen Vertreter für soziale Fragen haben. Genosse John bewies die Notwendigkeit eines Schularztes durch drastische Beispiele aus Schöneberg, wo doch die Verhältnisse mindestens einige Prozent besser sind als in Rummelsburg. — Das Wahlkomitee brachte den Genossen Ritter als Angelegenen, die Genossen John und Gläser als Richtungsgegensätze in Vorschlag. Ihre Kandidatur wurde einstimmig acceptiert. — Genosse Berger forderte die Anwesenden noch auf, überall tüchtig für unsere Kandidaten einzutreten.

Ober-Schöneweide. Am Montag fanden zwei Gemeindevähler-Versammlungen statt. Die eine in Löffers Salon, in welcher Genosse Brunow referierte, verfiel der Auflösung, indem der überwiegende Beamte erklärte, um 12 Uhr müsse eine öffentliche Versammlung geschlossen werden, während eine Vereinsversammlung unbehindert tagen könne. Gegen diese Auffassung wird bei der Aufsichtsbehörde Protest erhoben werden. Genosse Brunow referierte über die wichtigsten Vorkommnisse im Gemeinderat, welche die arbeitende Bevölkerung interessierten. Es entspann sich hierüber eine lebhaft Diskussion, an welcher die Genossen Kaufholt, Herbig, Rinkwitz und Fritl, sowie seitens der Christlichen ein Herr Schulz teilnahmen. Letzterer erkannte aber unsere Forderungen ebenfalls für berechtigt an. Der Gemeindevorschläge Architekt Lehmann griff ebenfalls in die Debatte ein. Obgleich er in vielen Punkten mit den Ansichten der Versammlung differierte, fanden sich auch wieder Berührungspunkte, denn er trat ebenfalls für ein Gewerbegericht, Fortbildungsschule und moderne Schulbauten ein. Es wurde beschlossen, an der diesjährigen Gemeindevorwahl nicht teilzunehmen, weil die 3. Klasse einen Hausbesitzer wählen muß und hier kein Genosse anständig ist, der im Besitze eines Grundstücks ist. — Der Antrag des liberalen Bürgervereins beim Gemeinderat, die Zahl der Gemeindevorwähler Mitglieder von 9 auf 18 zu erhöhen, wurde seitens der Versammlung gutgeheißen, und wurden unsere Vertreter beauftragt, im Gemeinderat für den Antrag einzutreten. Es war nun 12 Uhr geworden und konnte wegen der Auflösung der Versammlung der letzte Punkt: „Protest gegen den Beschluß des Gemeinderats betreffend Bewilligung von 55 000 M. zum Kirchenbau“ nicht mehr verhandelt werden; jedoch wird dies in einer hierzu besonders einzuberufenden Versammlung nachgeholt werden.

In der zweiten Versammlung, welche bei Dobslaw (Trend) stattfand und in welcher Genosse Lange referierte, fand nach den Ausführungen des Referenten eine lebhaft Diskussion statt, an welcher die Genossen Rünzer, Jacobsen und Pessier teilnahmen. Hier wurden dieselben Anträge wie in obiger Versammlung angenommen. Gegen die Bewilligung von Kirchenbaugeldern wurde eine scharfe Protestresolution angenommen.

Röpenitz. Am Dienstag hielt der sozialdemokratische Wahlverein im Kaiserhof eine von 300 Mitgliedern besuchte Versammlung ab. Genosse Herbst gab den Bericht der Stadtverordneten. Mit regem Interesse beteiligten sich die Genossen an der Diskussion. Die meisten Redner bemängelten die Zustände der in städtischen Besitz befindlichen elektrischen Bahn. Mit der Tätigkeit der Vertreter im Stadtparlament erklärten die Anwesenden sich einverstanden.

Nieder-Schönhausen. Mit den bevorstehenden Wahlen zur Gemeindevertretung beschäftigte sich die am 24. Februar in Benzels „Lindengarten“ von sozialdemokratischer Seite veranstaltete Volksversammlung. Der Berliner Stadtverordnete Genosse Schubert hielt den einleitenden Vortrag: „Unsere Forderungen auf kommunalem Gebiete“. Seine fesselnden und treffenden Ausführungen wurden mit vielem Beifall aufgenommen. Außerordentlich lebhaft gestaltete sich die Diskussion. Die Gegner waren recht zahlreich erschienen; aus ihren Reihen ergriff besonders Gemeindevorteiler Rüdert das Wort, der dieses und jenes am Vortage des Referenten zu bemängeln hatte. Seines Erachtens kämen bei den fast noch dürftlichen Verhältnissen Nieder-Schönhausens Dinge, wie Markthallen, öffentliche Spielplätze u. dgl. in Betracht. Was das Schulwesen und die öffentlichen hygienischen Einrichtungen betreffe, so könne er nur versichern, daß sich die Gemeindevorteiler immer bemüht hätten, Besserungen anzustreben; bei der rapiden Entwicklung des Ortes sei aber eine sofortige Abhilfe der Mängel nicht immer möglich gewesen. Gegen diese Ausführungen zogen von unserer Seite die Genossen Rubig, Pähold, Gerde, Girard und Kochmann mit verschiedenen drastischen Beispielen von Mißständen ins Feld, die sich auf den Gebieten des Schulwesens, der Leichenbestattung, der Straßenbeleuchtung u. dgl. bewegten. Ein anscheinend mit den Ortsverhältnissen näher vertrauter Gegner suchte hier und da Aufklärungen zu geben, die ihm aber nicht immer glückten. In einem kräftigen Schlußwort wies dann schließlich Genosse Schubert, nachdem er zuvor mit Herrn Rüdert abgeredet, noch einmal auf unsere Forderungen hin und forderte die Versammelten auf, thätig für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten in die Gemeindevertretung einzutreten. Als Kandidaten für die dritte Abteilung wurden einstimmig aufgestellt die Genossen Dr. A. Conrad, H. Pähold und V. Salomon-Lessen. Nachdem dann der Vorsitzende die Versammelten aufgefordert, sich rege an den Vorarbeiten für die Wahl, namentlich an der demnächst stattfindenden Flugblattverbreitung zu beteiligen, schloß er die Versammlung.

Schönendorf. Am Sonntag fand im Lokale des Herrn Otto Pätz eine öffentliche sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, welche vom sozialdemokratischen Wahlverein Königs-Wusterhausen einberufen war. Als Referent war Reichstags-Abgeordneter Friedrich Kubel erschienen. Er sprach über: Die Arbeiterklasse im politischen Tageskampf. In fesselnder, mehr als zweifelhafte Rede behandelte er dieses Thema und empfahl am Schlusse, einen Wahlverein für Schönendorf zu gründen. Ein diesbezüglicher Antrag fand einstimmige Annahme. In den Vorstand wurden gewählt: Mag. Schönfeldt als erster Vorsitzender, Karl Rose als zweiter Vorsitzender, Wilh. Kolberg als Schriftführer, Wilh. Pähold als Kassierer und Paul Braun als Beisitzer. Zu Revisoren wurden gewählt die Genossen Aug. Reubarth, Otto Fänger und Feix Gruzun; in die Lokalkommission: die Genossen Gust. Danzke, Karl Fischer und Lehner.

Mittwoch, den 2. März, in der „Urania“, Wangelstraße 10, Volksversammlung. Vortrag der Genossen Helma Steinbach: „Unsere Waffen im proletarischen Kampfe“. Um zahlreichen Besuch bitten die Einberufer.

Die Arbeiter-Zamariterkolonne bezieht am Sonnabend, den 5. März, in Dales Feldern, Brunnenstraße 154, ihr 16. Stützungsfest, zu dem alle Freunde und ehemaligen Mitglieder der Kolonne hiermit eingeladen sind. Für gute Unterhaltung ist gesorgt. — Die nächste Lebnungsstunde findet am Dienstag, den 1. März, abends 9 Uhr, in demselben Lokale statt. Übung im Transport-Bezugsdienst und Exerzieren. Gäste sind willkommen. Neue Teilnehmer können in den Lebnungsstunden eintreten. Eintrittsgeld sowie Monatsbeitrag 25 Pf. Abblattel steht den Teilnehmern zur Verfügung.

